Grenzcamp Reader 1999



„Kein Mensch ist illegal"

Dokumentation und Diskussionstexte zum Camp
vom 7.–15. August 1999
im Dreiländereck bei Zittau

Inhaltsverzeichnis

Das Grenzcamp '99 • Looking back...

Das Grenzcamp '99 in Zittau liegt mittlerweile gut drei Monate zurück und in kalten Novembertagen ist es wahrscheinlich nur noch in wenigen Köpfen präsent. Auch die allerletzten Nachzügler von Einschätzungspapieren sind geschrieben und Zittaus Oberbürgermeister, Jürgen Kloß, hat sich einigermaßen beruhigt und droht nur noch auf Anfrage, daß er zusammen mit dem Innenministerium alles daransetzen werde, daß „so etwas nie wieder stattfinden" werde.

Gerade von dieser Warte aus haben wir vielleicht ausreichenden Überblick über die Nachwirkungen des Camps - sowohl in den teilnehmenden Zusammenhängen als auch in der heimgesuchten Grenzregion und in einer wie auch immer gearteten bundesweiten Öffentlicheit. Diesen Überblick wollen wir in diesem Reader vermitteln. Im Disko-Teil sind dazu die verschiedenen Diskussionspapiere von teilnehmenden Gruppen und Personen zu den Themen Camp-Einschätzung Sexismus, Camp-Motto, Grenze, Aktionsformen und Wohlstandsgefälle dokumentiert. In ihnen spiegelt sich der aktuelle Stand der internen Auseinandersetzung wieder. Das Thema der allgemeinen Camp-Zusammenfassung haben wir dabei mehr oder weniger stark gekürzt und versuchen vielmehr, dies in diesem Einleitungstext zu leisten. Es würde wohl auch die meisten zu Tode langweilen, die immer selben Lobe der Volxküche oder Kritiken an Plenumszuständen zu lesen. Im Anschluß an diese unsere Zusammenfassung folgt der beliebte Dokumentationsteil mit Fotos und Presseraktionen. Die TeilnehmerInnen des Zittauer Camps können dabei in Erinnerungen schwelgen, die Zuhause oder wo auch immer Gebliebenen ihre Neugier darüber befriedigen, was abgegangen ist, und wir unserer selbstauferlegten Chronistenpflicht nach gehen. Doch das tun wir gern. Denn schließlich hat sich im Zuge der angelaufenen Nachbereitung gezeigt, daß nicht wenige Leute und Gruppen unzufrieden damit gewesen sind, wie das Camp gelaufen ist. Viele kritische Einschätzungen mündeteten in der Erklärung, an einer Fortführung des Projektes auf diese Art und Weise nicht interessiert zu sein. Deshalb muß es eine inhaltlich fundierte und tiefgreifende Nachbereitung geben, auf der ein eventuelles Folgeprojekt im nächsten Jahrtausend (yo!) aufgebaut sein sollte.

Da der Reader nicht unendlich dick werden sollte und wir im Zeitalter des Austauschs elektronischer Signale leben, gibt es den Grenzcamp-Reader auch im Internet unter www.nadir.org/nadir/archiv/antirassismus/grenzcamp99/. Dort findet sich nicht nur alles, was in der Papierausgabe steht, sondern auch eine englische Version vieler Texte und alle Materialien, die keinen Platz mehr gefunden haben, die wir aber trotzdem allgemein zugänglich machen wollen.

Camp'99

Die Zahl der TeilnehmerInnen am Grenzcamp '99 hat die des letzten Jahres übertroffen. Insgesamt waren nach optimistischsten Schätzungen an die 1.500 Leute ins Dreiländereck Polen-Tschechien-Deutschland gekommen. Gleichzeitig anwesend waren die ganze Zeit über ca. 600, die Fluktuation war also wieder recht hoch. Aufgrund der Erfahrungen des letzten Camps kam dies jedoch weniger überraschend. Trotz aller Probleme muß festgehalten werden, daß es allein schon ein Erfolg ist, eine Ansammlung von anderthalbtausend Menschen organisatorisch zu rocken. Immerhin gibt es Neider, die behaupten, Antira-Camp sei gleichbedeutend mit Technikfeindlichkeit und Low-Level-Organisationstalent.

Inhaltlich gesehen, ist es gelungen, Grenze, Flucht und Abschottung in der Region um Zittau eine Zeitlang intensiv zum Thema zu machen. Einigen Leuten wurden Denkanstöße gegeben und von diesen wiederum begann ein Teil, selbst aktiv zu werden. Beispielsweise nahm eine Gruppe eine kontinuierliche Arbeit auf, die sich der Situation der Menschen im Zittauer Flüchtlingsheim annahm. So machten sie die unhaltbaren Zustände in dieser Einrichtung, von mangelnden Duschmöglickeiten bis zum ruinösen Gebäudezustand, auch nach dem Camp weiter zu Thema. Nach Einschätzung von Flüchtlingen hat das Camp und die damit verbundenen Aktionen überwiegend positive Auswirkungen auf ihre Situation gehabt. Es hatte unter anderem eine Demonstration zum Landratsamt gegeben, mit der die erbärmlichen Zustände im Heim angeprangert wurden, auf einer Kundgebung auf dem Zittauer Markt berichteten Flüchtlinge über ihre Lage, es wurden Häuser scheinbesetzt, um eine dezentrale Unterbringung der MigrantInnen in Innenstadtnähe einzufordern und einiges mehr. Berichten von HeimbewohnerInnen zufolge soll es nach dem Camp spürbar weniger Kontrollen durch den BGS auf der Straße gegeben haben. Außerdem war es gelungen, die bürgerliche Öffentlichkeit soweit für das Thema Flüchtlingsheim Zittau zu interessieren, daß die Sächsische Zeitung sogar einen Bericht auf der Landesseite darüber brachte. Einige Zeit später wurde es geschlossen und die Flüchtlinge auf andere Heime in der Region verteilt. Damit war zwar eine zentrale Forderung der Camp-Aktionen eingelöst worden - Schließung des Heims - , begründet wurde dies jedoch mit den gesunkenen Asylbewerberzahlen und der damit verbundenen geringeren Zahl von dem Landkreis zugeteilten Flüchtlingen. Die Ex-Heimbewohner wurden jedoch nicht, wie von uns gefordert, dezentral in Wohnungen unter gebracht, sondern einfach in andere Heime umverteilt. In diesen herrschen zwar bessere bauliche Zustände, in zweien davon gibt es jedoch Schikanen wie zm Beispiel Besuchsverbote. Auch wurde das Umverteilen von vielen Flüchtlingen nicht als postiv empfunden, so wurden Kinder dadurch aus ihren Schulen und einige Leute aus ihren Freundeskreisen gerissen. Die Ausländerbehörde hat das Engagement einiger Heimbewohner und deren Kontakte zu CampteilnehmerInnen außerdem zum Anlaß genommen, diese als vermeintliche Rädelsführer besonders zu schikanieren und umzuverteilen.

Menschen, die bereits am Grenzcamp 98 in Rothenburg teilgenommen hatten und auch an der Vorbereitung des diesjährigen beteiligt waren, waren im Nachhinein teilweise enttäuscht von den gelaufenen Aktionen. Im Vergleich zum letzten Jahr hätte es keine qualitative Verbesserung gegeben. Gerade bei den Aktionsformen und ihrer inhaltlichen Zuspitzung müßte es eine deutliche Verbesserung geben, wenn es ein nächstes Camp geben soll.

Trotz allem hat das Grenzcamp für eine Woche schon für so etwas wie eine linke Hegemonie gesorgt. Die Nazis hatten gewissermaßen eingeschränktes Aufenthaltsrecht in der Öffentlichkeit und beschäftigten sich vor allem damit, Parolen grölend am Camp vorbeizufahren und platte Internet-Statements zu verfassen[1]. Lediglich am abschließenden Sonnabend starteten sie in der Zittauer

Innenstadt eine schnelle Flugblatt-Verteilaktion gegen das Camp und kündigten im „Nationalen Jugendblock" ein (mehr als) bundesweites Nazitreffen unter dem Namen „Internationales Friedenscamp" an. Was sich jedoch eher als Bluff herausstellte.

Auch gegenüber den Staatsorganen ist es uns gelungen, uns weitgehend durchzusetzen. Zum ersten in der Platzfrage: Zwar blieb uns die Wiese in Lückendorf bis zum Schluß verwehrt, aber durch den Druck der Anwesenheit von über 100 Leuten bereits am Freitag wurde zumindest die vorübergehende Nutzung des NVA-Geländes erreicht. Und auch mit dem Platz an der B 99 fuhr das Camp aufgrund der Nähe zu Zittau letztendlich ziemlich gut. Den Behörden vor Ort, behaftet mit den typischen Obrigkeitsallüren von Provinzfürstentümern, wurde durch das anwesende linksradikale Potential das erste Mal gezeigt, wo der Hammer hängen kann. Das war für sie wohl Grundkurs darin, was sie sich als der Definition nach demokratische Institutionen letztendlich gefallen lassen müssen. Es ist halt alles nicht so einfach mit dem Verbieten und Auflösen.

Auch der Polizei wurde durch die Auseinandersetzungen nach der Demonstration am 9.August klargemacht, daß hier Leute anwesend sind, die durchaus bereit sind, sich gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr zu setzen. Drei Leute waren - wegen einer zugegebenermaßen umstrittenen Aktion - festgenommen worden, woraufhin sich alle Leute von der Kundgebung in Richtung Polizeirevier begaben. Dort wurde mit der Forderung, die Verhafteten freizulassen, eine Kreuzung des Stadtrings blockiert, was bei der Zittauer Verkehrsführung zu kilometerlangen Staus führte. Die Bullen hatten die Situation erst im Griff, als sie BGS-Verstärkung erhielten und die Straße unter einigem Gerangel räumten. Sicher sind uns dazu keine schriftlichen Nachweise in Form von Dienstprotokollen zugänglich, aber die Aktion war ziemlich wichtig, um sich den Bullen gegenüber Respekt zu verschaffen und Solidarität mit den eigenen Leuten zu zeigen. Einschränkend muss dazu gesagt werden: Mit der Solidarität war es letztendlich nicht soweit her, dass sich ausreichend Menschen gefunden hätten, die Verhafteten abzuholen, als sie wieder rauskamen. Lediglich drei Leute rangen sich dazu durch.

Bei allem Lob des souverän bis naßforschen Umgangs mit den Behörden: Bei der Klärung der Platzfrage im Vorfeld überschritt die Selbstsicherheit fast die Grenze zur Naivität. Die Möglichkeit von Verbotsversuchen und erfolgreichen Anstrengungen seitens der Administrative, das Camp zu verhindern, wurde wohl nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Das Mangeln von Ausweichkonzepten oder Szenarien für den Ernstfall war nicht unerheblich mitschuld am Chaos der Anfangstage und der dadurch bedingten Verzögerung der eigentlichen Camp-Aktivitäten.

Intern • der bunte Haufen

Alle, die dabei waren, wissen es, allen anderen wurde es in den meisten Berichten über das Camp erzählt: Was für ein buntes Spektrum sich dort zuammengefunden hätte. Und in der Tat kann es als Erfolg des Grenzcamps'99 gelten, recht verschiedene politische Ansätze zu einem Thema zusammenzubringen. Und leider merkte man es ziemlich schnell, daß so einige Leute mit anderen in ihrem politischen Alltag nicht allzuviel zu tun haben. Heraus kamen dabei auf der einen Seite das Camp überdauernde Bonmots wie das der „zottelhaarigen Wagenplatzhippies" und auf der anderen schwachsinnige Spitzelvorwürfe an Leute, die einfach nicht den eigenen autonomen dress codes entsprachen. Der internen Kommunikation waren durch solche Ressentiments von Anfang an Grenzen gesetzt. Was im Nachhinein vielen TeilnehmerInnen zu kurz gekommen war, ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit bestimmten Themen wie Grenze und antirassistische Politik. Gingen solche Veranstaltungen in den ersten Tagen noch aufgrund des Umzugsstreß' verloren, waren später die meisten Leute zu sehr mit praktischen Aktionen beschäftigt, als daß zwischen Abendplenum und Essen noch Zeit für tiefergehende Vorträge oder Diskussionen gewesen wäre. Und einige Tage nach Beginn des Camps hatte ein Selbstlauf an Aktionen begonnen, mit dem der jeweilige Tag komplett ausgefüllt werden konnte.

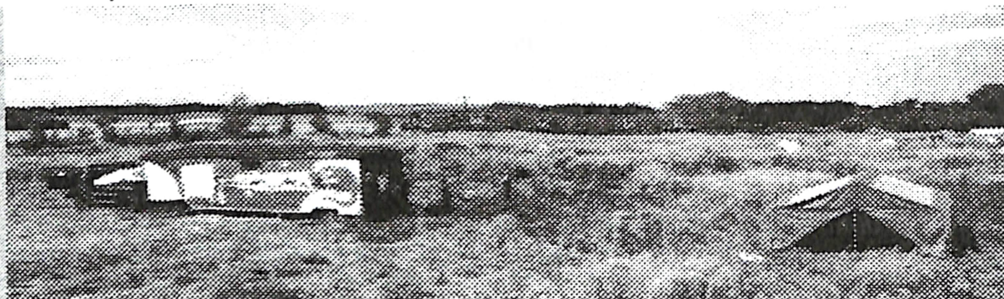
Trotz dessen fand sich bei vielen TeilnehmerInnen eine gewisse Konsumhaltung. Man ließ sich das Programm vorstellen und wählte daraus sein Tagesmenü aus. Auch die Entscheidungsstrukturen bedürfen einer kritischen Betrachtung. In den ersten Tagen gab es praktisch keine funktionsfähige Struktur, die die notwendigen Entscheidungen bezüglich der Platzfrage treffen konnte. Vielmehr wurde das Thema auf dem Plenum aller Anwesenden diskutiert, wo es erwartungsgemäß zu keinen Schlüssen kam außer stundenlangen Gerede. Der Vorschlag zur Bildung eines Delegiertenplenums wurde immer wieder zerredet, obwohl dies die bei so vielen Leuten die einzig mögliche Form ist, Entscheidungen zu treffen und dabei niemanden zu übergehen. Auf Großplena kann zwar viel geredet werden, da dort aber selten ein gemeinsamer Schluss herauskommt, entscheiden letztendlich die wenigen, die sich dazu bereit finden oder sowieso schon den Kontakt mit Behördenvertretern o.ä. hatten.

Was vielen nicht-deutschen Camp-TeilnehmerInnen sauer aufstieß, war die weitestgehende Einsprachigkeit des Camps: Deutsch. Die Plena sowieso, wurden auch die meisten Durchsagen nicht einmal in Englisch wiederholt.

future camp 2000

Wie oben schon bemerkt, wird es ein nächstes Camp nur geben, wenn das 99er einer umfassenden Nachbereitung unterworfen wird und damit ein Folgeprojekt auf inhaltlich stabilere Füße gestellt ist. Auch strukturell werden die (schlechten) Erfahrungen in bessere Organisationsformen münden müssen. Eine interessante Option ergab sich aus der Beteiligung polnischer Gruppen: Da die Abschottunspolitik der EU dort erst seit ein, zwei Jahren im Anlaufen ist, wollen die polnischen AktivistInnen nächstes Jahr auf jeden Fall ein Camp im polnisch-ukrainisch-weißrussischen Länderdreieck auf die Beine stellen. Geplant ist, dieses parallel zu einem Camp an der deutschen EU-Außengrenze durchzuführe n. So es denn eins geben sollte.

Fußnote: [1]Der Vollständigkeit halber soll hier noch angefügt werden, daß einmal beim Vorbeifahren mit einer Luftdruckpistole auf parkende Autos geschossen wurde und der NPD-Kreisvorsitzende, Thorsten Hickisch, zwei Abende lang versuchte, das Infotelefon zu nerven.



Freitag, der 6.8.

Anreise der "Vorhut" von ca. 100 Leuten incl. Wagen und Vokü auf dem Parkplatz am Forsthaus in Lückendorf
Umzug auf das NVA-Gelände in Zittau.

Samstag, der 7.8.:

Verhandlungen wegen neuen Platzes.

Camp-Konflikt

In Lückendorf stehen die Zeichen auf Abwehr

Fr 6.8.1999 SZ

Aussprache zwischen Gemeinderäten und Organisatoren von „Kein Mensch ist illegal" entwickelte sich zu einem peinlichen Spiel

SZ 6.8.99

Politik

Wird das Grenzcamp in Zittau am Ende nicht erlaubt?

Di 3.8.1999 SZ

Gepachtete Wiese liegt im Landschaftsschutzgebiet: Zelten ist hier verboten

SZ 3.8.99

12.00
MOVE - Umzug durch Zittau.
abends OpenAirDisco.

Angebliche Angliederung an Polen sorgt in Zittau für Verwirrung

Mainpost, Montag, 26. Juli 1999

Görlitz/Zittau (AP) Ein gefälschtes Schreiben des sächsischen Innenministeriums hat in der Stadt Zittau für große Aufregung gesorgt. Unbekannte hatten den Einwohnern in dem Brief mitgeteilt, daß sie im Jahr 2002 nach Polen ausgegliedert würden. Das Schreiben sei am Sonntag im Süden der Stadt in die Briefkästen der Häuser geworfen worden, teilte die Polizei Görlitz am Montag mit. Zeugen hätten angegeben, ein etwa 25 Jahre altes Pärchen beim Verteilen beobachtet zu haben.

Zittau liegt im Dreiländereck Deutschland, Tschechien und Polen. In dem Brief heißt es, die Stadt werde im Zuge einer Neuvermessung der Grenze ab 1. Januar 2002 zum polnischen Staatsgebiet gehören. Bis 1. März 2001 müsse die polnische Staatsangehörigkeit beantragt werden. Dies setze allerdings die Kenntnis der polnischen Sprache voraus. Kurse werde das Innenministerium kostenlos anbieten. Das Schreiben ist mit dem gefälschten Amtssiegel des Ministeriums versehen und von einem Staatssekretär Peter Schaubert unterzeichnet, den es aber gar nicht gibt.

Der Oberbürgermeister von Zittau, Jürgen Kloß, sprach von einer böswilligen Fälschung. Alle in dem Brief enthaltenen Aussagen seien frei erfunden. Die Polizei ermittelt unter anderem wegen des Verdachts der Urkundenfälschung.



NVA-Gelände

Grenzcamp sorgt schon im Vorfeld für Konflikte

SZ Zittau 4.8.99

Landratsamt sprach gestern Verbot aus Veranstalter wollen Rechtswege nutzen.

Zittau/Landkreis. Es ist viel geplant im Rahmen des Grenzcamps „Kein Mensch ist illegal", das vom 7. bis zum 14. August im Landkreis Löbau-Zittau stattfinden soll (SZ berichtete gestern). Gestern erreichte die Veranstalter aber erst einmal aus dem Zittauer Landratsamt das Verbot, in Lückendorf und damit im Landschaftsschutzgebiet zu zelten. Ein Brief, mit dem sie versucht hatten, die Behörde noch umzustimmen, fand keine Beachtung: „Es gibt darin keine Begründung, die unsere Meinung hätte ändern können", erklärte Hans-Günter Rothe, Dezernent der Eingriffsverwaltung im Landratsamt. Dort wüsste man bis heute nichts von der Veranstaltung, hätte der Besitzer der Wiese sich nicht an die Behörde gewandt. Rothe: „Wir waren es, die sich mit den Veranstaltern in Verbindung setzten." Im Landratsamt wird beinahe Taktik hinter dem Tun der Veranstalter vermutet: „Vielleicht sollten ja vollendete Tatsachen geschaffen werden", so Rothe. Im Übrigen könne man keine Ausnahme machen: „Wenn wir jetzt zustimmen, wie wollen wir dann spätere Ablehnungen begründen", so der Dezernatsleiter. Rechtliche Schritte blieben den Veranstaltern zwar offen, doch Rothe sieht gute Chancen, diese durchzustehen. „Wir haben uns bei der Beurteilung der Lage an die Gesetze gehalten." Die Veranstalter sehen das anders. Man werde alle möglichen Rechtswege wahrnehmen, erklärte Ulrike Rieder vom Berliner FFM e. V., einem Veranstalterverein. „Die Mobilisierung für das Camp läuft, aus ganz Europa haben sich Leute angemeldet." Der Vermutung, vollendete Tatsachen schaffen zu wollen, widerspricht sie: „Der Vermieter der Wiese wusste von Anfang an, was passieren soll." Nachfragen hier aber liefen ins Leere. Der Vermieter wollte sich gestern nicht zu der Aktion äußern. Die Veranstalter des Grenzcamps befinden sich in einer Zwickmühle. „Ausweichvarianten würden wir sofort annehmen", sagt Ulrike Rieder und hofft dabei auf die Unterstützung von offizieller Seite: „Es ist eine politische Entscheidung gefordert, und die sollte auch fallen - für das Camp." Doch eine solche Entscheidung ist vom Zittauer Landratsamt kaum zu erwarten. Denn hier hat man sich mittlerweile in Rothenburg bei Görlitz informiert, wo „Kein Mensch ist illegal" 1998 stattfand. Ein Mitarbeiter erinnert sich: „Zwar hielten sich die Veranstalter an die Absprachen, doch haben sie sehr provokative Methoden, ihre Vorstellungen voranzutragen. Die ganze Veranstaltung fand keine Resonanz bei den

Rothenburgern." Rothenburg würde eine solche Aktion wohl nicht noch einmal zulassen. Übrigens: Auch der NPD-Kreisverband versucht, Kapital aus dem Grenzcamp zu schlagen. Unter der Überschrift „Linke Chaoten kommen nach Lückendorf" macht er Stimmung gegen die Aktion. Deren Folgen würden Umsatzrückgang, schlechter Ruf, Buchungsrückgänge, Imageverlust und Gefährdung des persönlichen Eigentums sein, heißt es in einem Anschreiben an die Einwohner. (sc) Heute abend um 17.30 Uhr wollen sich die Oybiner Gemeinderäte in der Lückendorfer Mehrzweckhalle treffen, um über das Camp zu sprechen. Auch die Veranstalter wollen hier dabei sein.

Bericht vom Samstag

Flugblätter gehen weg wie heiße Semmeln

Die ersten Gitarrensounds des Camp-Frauen-Band-Projekts schallen über das ehemalige NVA-Gelände. Und so manche ist froh, daß dieser diskussionsreiche Tag jetzt in den netteren Teil übergeht. Die Bierbestände werden ausgepackt und ganz Schlaue kommen gerade aus Tschechien: dort ist das Bier nicht nur billiger, sondern auch richtig gut. Diskutiert wurde heute in nicht endenwollenden Plena, wo wir denn nun eigentlich unsere Zelte endgültig aufschlagen wollen. Nachdem der ursprünglich von den Camporganisatoren angemietete Platz plötzlich als Naturschutzgebiet vor uns geschützt werden mußte, hat die Stadt Zittau zunächst ein altes NVA-Gelände zur Verfügung gestellt. Das ist nicht nur wie NVA-Gelände eben so sind, sondern auch einfach zu klein. Mittlerweile sind hier knapp 500 Leute und ein Platz zum Zeltaufstellen ist kaum noch zu finden. Morgen ziehen wir um, aber ob das so richtig besser wird, daran zweifeln noch einige. Zumindest wird es wohl ein große Wiese geben - die ist allerdings eingekreist von einer Bundesstraße, einer Bahnstrecke und einer Zementfabrik. Und das ist in diesem idyllischen Dreiländereck wirklich schade. Ringsum Wald und Berge - ein kleiner Spaziergang über die grüne Grenze ist nicht nur aus politischen Gründen angesagt - Seen laden zum Baden ein. Aber die Stadt Zittau freut sich wohl nicht so über uns wie über ihre sonstigen Touristen. Vor allem einige Zittauer Sprösslinge sind sauer. Deren Bekanntschaft konnten wir auf dem Auftaktsmove - einem gemeinsamen Spaziergang durch die Zittauer Innenstadt - machen. Ein kleiner Haufen Glatzen griff nach den Zaunlatten, bevor wir ihren Grillabend stören konnten. Sie feierten im Garten des Hauses des Nationalen Jugend Blocks - Garten mit Haus vermietet die Stadt an die Jungnazis für knappe 80 DM im Monat. Dabei stieß die Aktion unter der Zittauer Bevölkerung und vor allem die Campzeitung, die in 1000er Auflage in Briefkästen und an Interessierte verteilt wurde, auf reges Interesse. Ob in Berlin, Hamburg, München oder sonstwo, Flugiverteiler kennen das gelangweilte oder genervte Abwinken von Schaulustigen und Demonstrierenden - nicht schon wieder das hundertste Flugi mit den gleichen Parolen. Zittau ist ein ganz anderes Erlebnis: Fahradfahrer hielten an, um an die Zeitung zu kommen, Autofahrer kurbelten das Fenster runter.



Umzug zum endgültigen Platz an der B99

Turbulent wurde es bei der gegenseitigen Grenzbesichtigung. Von polnischer wie von deutscher Seite sollte eine Demo auf die Grenze zulaufen - und sich von der jeweiligen Seite aus zuwinken - so war es wohl von den Organisatoren geplant. Die polnischen Freunde waren leider nicht so zahlreich. Das Grüppchen von zehn Aktivisten entschloß sich spontan einfach zu uns rüber zu kommen. Auf dieser Seite der Grenze fanden viele, daß so ein Rüberwinken nicht genug wäre. Der BGS ließ sich dann auch überzeugen, die Sperre 30 Meter vor der Grenze zu räumen und sich erst wieder direkt vor Polen aufzustellen. Als einige selbstverantwortlich die BGS-Sperre passierten und nach Polen spazierten, fanden das die Organisatoren gar nicht lustig. Wir wären doch für offene Grenzen und gerade würden wir die Grenze blockieren, meinte einer von ihnen und verwies auf die wartenden Autofahrer. Die Logik, daß man bei Aktionen keine Autofahrer blockieren sollte, war nicht jedem einleuchtend. Aber trotz mancher grundsätzlicher politischer Differenzen ist der Sound der Frauenband mit Bernadette von „Die Braut haut ins Auge" und Katrin von irgendwas anderem super geil.

Sonntag, der 8.8.:
Eröffnungsplenum.
Osteuropa-Workshop.



MOVE in Zittau.

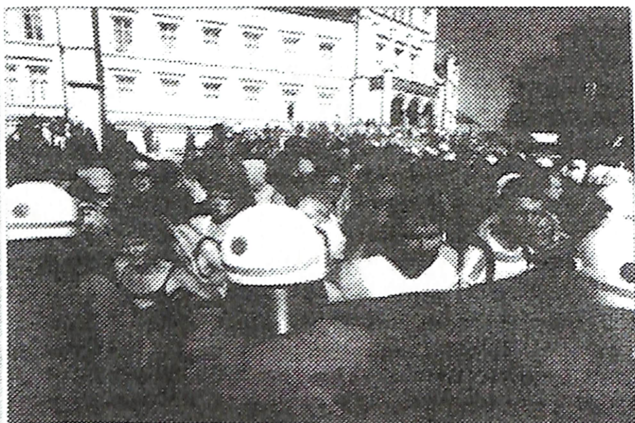
Eine Zusammenfassung der ersten Tage

kein camp ist illegal

„Verkehrssicherheit - Oberstes Gebot eines jeden Militärkraftfahrers". Auf den Garagen prangen in riesigen schwarzen Lettern Lehrsprüche für die NVA-Soldaten, die früher hier ihre Übungen durchführten. Auf den Betonplatten stehen bunte Bauwagen, zwei Esel gucken sich an, Hippies machen ein Lagerfeuer, bei der „Wendland-Volxküche" gibt es veganes Essen. Entlang des Zaunes, dort wo es grün ist, quetschen sich rund 300 Autonome, Antifas, Leute aus Flüchtlingsinitiativen, Freaks und Antiimps mit ihren Zelten. Kein



Ein König beim MOVE...



Platz für ein Aktionscamp, kein Platz, um die notwendige Infrastruktur aufzubauen, in Ruhe inhaltlich zu diskutieren und Aktionen vorzubereiten. Und vor allem kein Platz für weitere TeilnehmerInnen, die zu hunderten noch erwartet werden. Kein Wunder, daß alle hier wegwollen. Ein neues Gelände muß her! Diejenigen, die schon im letzten Jahr an dem Grenzcamp bei Rothenburg teilgenommen haben, denken voll Wehmut an die schöne Wiese mitten im Grünen zurück. Aber auch um jenen Platz gab es seinerzeit Ärger. Wo immer die Linken in der sächsischen Grenzregion auftauchen - erwünscht sind sie nicht. Dieses Jahr hatte es im Vorfeld so ausgesehen, als könne das seit langem geplante Camp gar nicht stattfinden. Sorgen bereiteten den OrganisatorInnen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal!" dabei weniger die Gewaltdrohungen von Nazis gegen CampteilnehmerInnen und Platzvermieter als vielmehr eine fehlende Ausnahmegenehmigung des Landrats, die in der als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesenen Grenzregion das Zelten erlaubt. Solche Ausnahmegenehmigungen werden in Brandenburg zum Beispiel ständig erteilt. Und welchen Stellenwert die Auszeichnung als Landschaftsschutzgebiet hat, sieht man schon daran, daß sogar das AKW Brokdorf in so einem Gebiet steht. Kein Wunder, daß die VeranstalterInnen und ihr Rechtsanwalt Ulrich von Klingengräff hinter den ökologischen Bedenken des Landratsamtes eher politische Motive vermuteten. Schließlich war die Stimmung in Lückendorf bereits Wochen vorher vergiftet. Der Wiesenverpächter berichtete, daß ihn im Ort niemand mehr grüße, beim Lückendorfer Festumzug letzte Woche wollte niemand auf seinem Wagen mitfahren. Die NPD überschüttete Lückendorf mit Flugblättern: „Linke Chaoten kommen!"

Obwohl Staatsregierung und Gemeindevertretung seit Monaten von dem Camp wußten, obwohl es bereits Verträge mit Wasserwerken und anderen Versorgern gab, hätten die Behörden nie den Kompromiß mit den VeranstalterInnen gesucht, klagt von Klingengräff. Entgegen aller Gepflogenheiten habe man weder über Umweltauflagen gesprochen, noch ein öffentliches Ersatzgelände angeboten. Die juristischen Schritte des Anwalts blieben wirkungslos, ebenso wie politische Interventionen von Bundespolitikerinnen wie der Ausländerbeauftragten Marieluise Beck (Grüne) und der PDS-Bundestagsabgeordneten Angela Marquardt.

Auch die Suche nach einem Ersatzgelände verlief ergebnislos. Die VeranstalterInnen riefen dazu auf, trotz aller Unklarheiten nach Lückendorf zu kommen. Die Wiese war schließlich rechtmäßig gepachtet, und der Zeltgenehmigung sollte durch den Druck des Faktischen auf die Sprünge geholfen werden. Doch auch der Mietvertrag für das Gelände wurde kurzfristig gekündigt. Bevor die OrganisatorInnen aus verschiedenen deutschen Städten am Freitag in ihre Autos stiegen, um nach Lückendorf zu fahren kündigten sie frustriert die Verträge für Wasserversorgung, Toiletten und Bierzelte.

Als am Freitag Abend etwa 100 AktivistInnen versuchten, auf die Wiese vorzudringen, hielt sie die Polizei auf. Auf einem benachbarten Parkplatz harrte man dann der Dinge. Die Camp-OrganisatorInnen verhandelten mit der Gemeinde, im Hintergrund wirkte das Innenministerium, die PDS-Landtagsabgeordnete Cornelia Ernst und die Zittauer PDS-Direktkandidatin für die Landtagswahlen, Juliane Wünsche, versuchten zu vermitteln. Schließlich bot der Leiter des Ordnungsamtes Wolff das ehemalige NVA-Gelände am südlichen Stadtrand als Übergangslösung an. Kurzfristige Überlegungen, den Platz für die ganze Woche zu besetzen, wurden aufgrund der beschriebenen Zustände schnell verworfen. Am Sonntag packte das inzwischen auf rund 500 TelnehmerInnen angewachsene Camp komplett alles zusammen und zog auf ein anderes Grundstück, eine Wiese im Norden von Zittau. Nicht schön, aber immerhin Platz genug, um die großen Veranstaltugszelte aufzubauen, das Camp beginnen zu lassen. „Wir wollen nicht die Zeit damit verbringen, uns mit Behörden und Polizei um einen Platz zu streiten. Wir sind hier, um das Grenzregime, die rassisstische Flüchtlingspolitik zu thematisieren", beklagte eine der Veranstalterinnen gegenüber Jungle World. In der Tat behinderte die Diskussion um den Platz und der Umzug am Sonntag den Start des Camp-Programms. Eine Veranstaltung der „Beute"-Redaktion mußte bereits ausfallen. Am Samstag gab es immerhin schon einmal eine „Move" genannte Demo durch Zittau zur polnischen Grenze. Die Zittauer Bevölkerung, duch zahlreiche Zeitungsberichte in den Lokalmedien auf das Ereignis vorbereitet, sah sich den Umzug skeptisch von Weitem an. Eine Massenzeitung wurde verteilt mit Hintergrundartikeln zum Grenzregime, zum



Auseinandersetzung mit der Polizei nach der Blockade des Stadtrings.

Montag, der 9.8.:

ab 13 Uhr
Dauerkundgebung mit Denkmalseinweihung.
Nachdem die Polizei drei Leute am Rande verhaftet hatte, zogen alle TeilnehmerInnen zur Polizeiwache und blockierten den Stadtring. Es gab einiges Gerangel...

Schengen-Abkommen und zur örtlichen Naziszene. Ob das Blatt die Bevölkerung allerdings überzeugen wird, darf bezweifelt werden. Auch das Konzert von Hamburger Rockstars aus verschiededenen berühmten und weniger berühmten Bands, die alle inkognito unter fadenscheinigen Namen auftraten, lockte die Bürgerinnen und Bürger am Samstag nicht auf den Zittauer Marktplatz.

Aber wer hatte das auch erwartet? Überhaupt: Das Verhältnis zur Bevölkerung ist eine der spannendsten Fragen dieses Camps. Einerseits ist es ja das Ziel, ein Stück Gegenkultur in die Region zu transportieren. Aber für wen? Ist die Bevölkerung vor allem Zielgruppe für Aufklärung oder gehört sie ohnehin auf die andere Seite, weil sie zum überwiegenden Teil aus rassistischen Denunzianten besteht? Wenn man sich konsequent weigert, die BürgerInnen dort „abzuholen“, wo sie sind. Wenn man nicht mehr glaubt, mit Demos jemanden erreichen zu können. Wenn man aber auf der anderen Seite Gebiete wie den Landkreis Zittau-Löbau nicht einfach den Nazis und Rassisten und dem BGS überlassen möchte. Was ist dann das Verhältnis der Linken zur Bevölkerung?

„Wir wollen die wenigen ansprechen, die anders denken, die sich solidarisch gegenüber Flüchtlingen verhalten, die sich vielleicht sogar vorstellen können, aktiv Fluchthilfe zu leisten“, erläutert Maria Woelker aus der Veranstaltungsgruppe das Konzept. Darüber hinaus geht es den AktivistInnen mit dem Camp vor allem darum, den alltäglichen Grenzterror gegen Flüchtlinge zu stören. Ob dieser Konsens allerdings bis zum Ende des Camps ausreicht, ist fraglich. Beschränkte sich das Spektrum der TeilnehmerInnen im letzten Jahr auf die ohnehin schon sehr unterschiedlichen Spektren: junge ostdeutsche Antifas, westdeutsche Altautonome/Alt-Antiimps und Menschen aus der Flüchtlingsarbeit, so ist der Kreis der TeilnehmerInnen

Zittau. 7. August 99

Schutz für Faschos durch die Bereitschaftspolizei

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag ereignete sich ein Vorfall gegen 1.00 Uhr, der wieder einmal belegt, daß die eingesetzten Bullen bei Übergriffen von Faschos, diese schützt.
Eine Gruppe von mehreren Campteilnehmern ist auf ihrem Weg zurück zum Camp an einem Haus von Faschos vorbeigelaufen. Nachdem die Gruppe das Haus passierte, wurden zwei leere Bierflaschen für jedermann offensichtlich aus einem Fenster auf Einen aus der Gruppe geworfen. Beide Flaschen schlugen nur wenige Meter hinter ihm auf den Gehweg. Die Zweite verfehlte nur um ca. 2 m die Motorhaube des Fahrzeug des Einsatzleiters der Bereitschaftspolizei, Herr Steffen Heinrich, Polizeihauptmeister der 1. Bereitschaftspolizeiabteilung Dresden. Der irrigen Vorstellung erlegen, nun einen unwiderlegbaren Beweiss für den Versuch einer schweren Körperverletzung durch einen Fascho zu besitzen, wollte der Betroffene eine Anzeige gegen den Fascho stellen. Statt die Personalien der Täter, liess Herr Heinrich die der Angegriffenen feststellen. Die Festellung der Täter wurde mit der Begründung unterlassen, dass dies zu gefährlich sei: über Funk klärten die Polizisten, dass sie sich nicht in der Lage fühlten ohne besonderen Schutz in das Haus zu gehen. Herr Heinrich gab daraufhin Anweisung, die ID-Feststellung der Faschos zu unterlassen. Auch eine angebotene persönliche Identifizierung der Fascho-Täter wurde von Herrn Heinrich ignoriert. Desweiteren versuchte der Einsatzleiter Heinrich die Anzeige abzuwenden, indem er behauptete selbst keinen Flascheneinschlag geschen zu haben und seine Kollegen hätten beobachtet, wie eine Flasche von der linken Gruppe geworfen wurde. Eine Beweisaufnahme der vorhandenen Spuren wurde von Herrn Heinrich ebenfalls grosszügig unterlassen.
Um eine Anzeige zu stellen, sollte der Betroffene bis 5.00 Uhr morgens warten oder am Montag wiederkommen. Offensichtlich werden Opfer-Täterbeziehungen sofort umgekehrt, damit kein von gesetzeswegen brauchbarer Angriffspunkt gegen Faschisten vorhanden ist.



SZ 10.8.99

Der Sturm auf Polizei endete im Kessel

Landespolizei und BGS-Bereitschaft mussten gestern gegen erste gewalttätige Demonstration des Grenz-Camp einschreiten

Von Jürgen Zacharias

Sollte es in Zittau viele Sympathisanten für die Leute vom Grenz-Camp 1999 gegeben haben, so dürfte die Zahl langsam aber sicher gegen Null sinken. Grund: Die befürchteten Krawalle und Gewalttätigkeiten haben gestern Nachmittag ihren Anfang genommen. Zuerst prügelten drei Camp-Teilnehmer auf einen Zittauer ein. Ursache der Schlägerei: Der Angegriffene hatte auf seinem Rucksack einen Eisernes Kreuz-Aufkleber. Das genügten den „Campern“ für eine körperliche Attacke. Der Mann kam mit mittelschweren Verletzungen und einer ambulanten Behandlung noch glimpflich weg. Die drei Schläger wurden von der zu Hilfe gerufenen Polizei vorläufig festgenommen.

Nur wenige Minuten nach Bekanntwerden der Festnahmen bei den Grenz-Teilnehmern zogen rund 200 von ihnen vom Marktplatz der Zittauer Innenstadt vor das Polizeirevier der Kreisstadt und forderten die Freilassung ihrer Freunde. Notfalls, drohten sie, würden sie auch das Polizeirevier stürmen, um die Kumpels zu befreien. Da das Zittauer Polizeirevier an der Hauptverkehrsader, dem Stadtring, liegt, legten die Demonstranten „nebenbei“ für rund eine Stunde den Verkehr auf dem Stadtring lahm und richteten ein Verkehrschaos an.

Mindestens zwei Hundertschaften BGS und Landespolizei blockierten die Demonstranten in zwei Kesseln, drängten sie zunächst von der Straße auf die benachbarten Plätze ab. Als die Beamten die Kessel auflösen wollten, wurden sie mit rohen Eier-Würfen daran gehindert. Dann wurde zwischen den Demonstranten und der Polizei verhandelt. Ein Beamter in der Kette: „Das Ritual kennen wir zur Genüge. Offensichtlich sind in der Zwischenzeit die Berufsdemonstranten hier eingetroffen. Die werden jetzt noch mit zwei drei Forderungen zu uns kommen. Wir werden den Forderungen natürlich nicht nachgeben.“ Schließlich meldeten vermutlich die Sprecher der Eingekesselten eine Spontan-Demo auf dem Marktplatz an. Die Polizei öffnete daraufhin die Kessel und eskortierte die Demonstranten zurück zum Marktplatz. Von dort zogen sich die Demonstranten nach ein paar Sprechchören in ihr Lager im Weinau-Gewerbegebiet zurück.

„Wie kann man die einfach ziehen lassen? Die fangen doch morgen wieder an zu randalieren“, erboste sich ein Zittauer. Die Meinung wurde von den Umstehenden beklatscht. Mag sein, daß die ursprünglichen Ziele durchaus gut gemeint sind. Für viele Menschen kommt nun zum Unverständnis für die Forderung nach den offenen Grenzen die völlige Ablehnung des Camps. Kommen jetzt auch Gewalt und Krawalle, ist für alle Schluss mit Lustig. Und das Camp an der Grenze geht noch die ganze Woche weiter.



Wer zahlt dafür? Sa/So 14./15.8.1999 SZ

Mir stellt sich beim Betrachten dieses Vorganges die Frage, wer zahlt dafür? Erhöhte Polizeipräsenz, Toilettenanlagen, Wasser u.s.w. – all das muss beglichen werden. Und von wem? Gibt es gar eine bundesdeutsche Stelle oder einen europäischen Fonds, die dafür Fördermittel ausreichen?

Gisela Sprenger, Dittelsdorf

Distanz zu körperlicher Gewalt

Die unterzeichnenden Vereine gehören weder zu den Organisatoren noch zu den VeranstalterInnen des Camps „Kein Mensch ist illegal". Generell unterstützen wir den Gedanken und die Initiative! Allerdings sehen wir uns gezwungen, zu den gewalttätigen und zerstörerischen Ereignissen Stellung zu beziehen.

Ein tolerantes Zusammenleben der hier wohnhaften Menschen ausländischer Herkunft und der deutschen Bevölkerung ist Grundanliegen unserer Vereinsarbeit. Methoden wie körperliche Gewalt gegen Personen, die man auf Grund ihres Aussehens für Andersdenkende hält, und Sachbeschädigungen gegen öffentliche und private Gebäude und Anlagen, die einige Teilnehmerinnen des Camps angewandt haben, unterstützen wir nicht. Im Gegenteil! Durch solche sinnlose Aktionen wird unsere oft mühsame Arbeit in der Öffentlichkeit zerstört. Wir sagen „Nein" zu Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung.

Multikulturelles Zentrum e. V. Zittau, Eiskeller e. V. Löbau, Raphaels-Werk e. V

SZ 14./15.8.99



Von der NPD im Vorfeld des Camps verteilte Flugblätter.

Linke Hegemonie in Zittau erfolgreich durchgesetzt

Bunter Montag

Nach dem Frühstück ging es heute endlich mal nicht um irgendwelche Camp-Technix, Umzüge oder Orga-Kram, sondern es stand die Besetzung der Zittauer Innenstadt mit unseren politischen Inhalten auf dem Programm. Nachdem kurz die Vorbereitung der Kundgebung für den Marktplatz vorgestellt wurde, machten wir uns - mit deutlich mehr Leuten als am Samstag - ein zweites Mal auf, die Normalität im beschaulichen Dreiländereck zu durchbrechen. Es ist uns gelungen, für diesen Tag eine deutliche linke Hegemonie in Zittau herzustellen. Das begann mit dem Einzug in die Stadt: Der Weg zum Marktplatz wurde schnell zur Demo, wenn auch auf dem Bürgersteig, begleitet vom Rhythmus afrikanischer Trommelmusik. Wer am Rand der Kundgebung sich unter die Passanten mischte oder mal in den Seitenstrassen einkaufen ging, konnte feststellen, dass der Zittauer Lieblingsthema immer noch das Camp ist. Schaulustige rechte Jugendliche trauten sich selbst in kleinen Grüppchen kaum aus dem Schutz von Toreinfahrten und kleinen Nebengässchen heraus.

Die Redebeiträge der Kundgebung, arrangiert mit lauter Musik, kreisten um Erfahrungen mit dem europäischen und vor allem deutschen Grenzregime. Beiträge zu den Morden von Grenzschutzbeamten und Faschisten an Flüchtlingen u.a. in Freiberg, Frankfurt, Guben und Wien, standen neben persönlichen Erfahrungen eines rumänischen Freundes, Hinweisen zum Taxifahren in Sachsen von den Taxistas (mit anschliessender Denkmalsenthüllung des heimlichen Fluchthelfers – *siehe Kasten*) und Berichten über die Situation der Flüchtlinge in Zittau von „The Voice of Africa". Ein mit grossem Applaus quittiertes Bonbon war das Aufhängen eines grossen Transparents mit dem „kein mensch ist illegal"-Logo von der Nicolai-Kirche in unmittelbarer Nähe der Veranstaltung.

Die Kundgebung war praktisch schon zu Ende, als die Polizei vier Campteilnehmer in einer Nebenstrasse festnahm. Um die der gemeinschaftlichen Körperverletzung beschuldigten Antifas unverzüglich wieder frei zu bekommen, machte sich eine grosse gemeinsame Spontandemo zum nahegelegenen Polizeirevier auf. Dieses liegt direkt am starkbefahrenen Autoring in der Zittauer Innenstadt, und die Zittauer sind ungeduldige Autofahrer mit geringer Demotoleranz. Ein Verkehrschaos befürchtend versuchten sogleich etwa 30 behelmte PolizistInnen die Menschenmenge an der Besetzung der Kreuzung zu behindern. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt noch klaren Kräfteverhältnisse war dieser Versuch zum Scheitern verurteilt. Menschen erklommen den mitten auf der Kreuzung zum Stehen gekommenen leeren Bagger - der Anhänger eines LKWs - und funktionierten ihn kurzerhand zur Tanzfläche um. Lautstarke Sprechchöre und der Lautsprecherwagen verliehen der Forderung nach sofortiger Freilassung Nachdruck. Absolut überflüssig war die Eskalation und Provokation der massiv anrückenden Zittauer Polizei und des BGS. Aber unser Argument, dass sie sich jede Menge Stress sparen könnten, wenn sie die Antifas raus liessen, wollten sie nicht verstehen. Mit Knüppeln und Tonfa-Schlägen schafften sie es schliesslich, die Demo zu trennen, einen Teil in Richtung Marktplatz zurück zu drängen und den anderen vor dem Polizeirevier quasi einzukesseln. Schliesslich durfte die gesamte Demo über den Marktplatz wieder zum Camp. Die Antifas wurden zwei Stunden später frei gelassen.

Besser als die STASI! Dank Ihrer Hilfe!

Aufkleber mit dem Spruch „Besser als die STASI! Dank Ihrer Hilfe!" wurden in den vergangenen Nächten in Ostritz und Bernstadt verklebt. Hierbei bevorzugten die sich selbst als „Spuck" und „Spucki" bezeichneten VerteilerInnen besonders Auto´s, Fentserscheiben, Haustüren und Briefkästen - also alles Stellen, worüber sich die BesitzerInnen nicht freuen werden, wenn sie einen Aufkleber dort finden.
Da auf dem Aufkleber das Logo des Bundesgrenzschutzes (BGS) ist und die Nummer des „Bürgertelefons" für weitere Informationen angegeben wird, kann bei den BürgerInnen der Eindruck entstehen, der Aufkleber käme tatsächlich vom BGS. Doch der im Sinn der Kommunikationsguerilla erstellte Aufkleber wurde von TeilnehermerInnen des Anti-Grenz-Camp, welches in der Region zur Zeit stattfindet, erstellt. Ziel soll die Diskreditierung des BGS sein. Gleichzeitig wird die denunziatorische Rolle der BürgerInnen bei der Flüchtlingsjagd angegriffen. Eine mögliche Sperrung des BürgerInnentelefons auf Grund von Beschwerdeanrufen der „betroffenen" BürgerInnen wäre ein erster Erfolg, so ein Campteilnehemer.

Was haben wir vor?

Wir werden über das gesamte Wochenende deutliche Präsenz zeigen und mit Anwesenheit nicht dulden, daß Linksextremisten weiterhin ihr Unwesen treiben. Das Anliegen des

NATIONALEN WIDERSTANDES OBERLAUSITZ

ist Sicherheit, Recht und Ordnung, getreu dem Grundsatz:

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Bürger und Einwohner der Stadt Zittau und Umgebung. Das Grundgesetz gibt das Recht den Bürgern in die Hand:

GG Artikel 20 Abs. 4: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Es liegen zahlreiche Anzeigen gegen die Organisatoren des Camps vor, der Staat hat bis zum momentanen Zeitpunkt nichts unternommen, um Abhilfe zu schaffen. Die Bürger teilten uns mit, daß sie das Gefühl haben, daß Chaos und Anarchie in Zittau Einzug gehalten haben.
Sollte dieses Camp weitergeführt werden und dabei weiterhin gegen geltendes Recht verstoßen werden, so haben Einwohner und Gewerbetreibende die Bildung einer Bürgerwehr angekündigt.
Wir fordern, entweder, die Bedrohung nimmt ein Ende, ansonsten ist damit zu rechnen, daß die von den Einwohnern geforderte Bürgerwehr sich formiert!

Schluß mit dem Terror - Schluß mit dem Grenzcamp!

getroffende Hunde bellen...O-Ton NPD...

Dienstag 10.8.
Keine Grenze überall



um 13 Uhr Neissespaziergang mit Einrichtung einer Floßfähre und Transpis von FrauenLesben

Blockade der BGS-Kaserne

um 17 Uhr finden sich zunehmend mehr Menschen vor dem Eingang der "Grüne-Grenze-Station" des BGS in Hirschfelde ein, um deren Schichtwechsel zu belagern; die stetig wachsende Anzahl ermöglicht schließlich eine dreistündige Blockade, erst einem bis dahin zusammengezogenen, größeren Polizeiaufgebot wird ausgewichen und zum Camp zurückgekehrt.



17.00 Uhr Blockade der BGS-Kaserne in Hirschfelde

Begleitschreiben zu einer Blockade beim BGS

Hallo x, hallo y,
hier ist das grenzcamp 99 von der kampagne kein mensch ist illegal. wir hoffen, ihr arbeitstag war nicht allzu ätzend. für die angestellten des bundesgrenzschutz beginnt gleich die abend-und nachtschicht. wesentliche aufgabe: die überwachung der grenze und die jagd nach menschen, die sie überschreiten. darum nennen wir diese schicht auch die jagdschicht.

wir haben uns daher überlegt, heute der jagdschicht für eine weile den weg zu versperren. zur zeit belagern eine reihe von campteilnehmerinnen den eingang der örtlichen bgs- kaserne, um die ausfahrt so gut wie möglich zu verhindern.
wir wissen, dass wir hier in der gegend nicht besondern gut angesehen sind. Wir wissen auch, dass es menschen gibt, die mit unseren anliegen etwas anfangen können. Dennoch ist der gesellschaftliche mainstream ein anderer. wir konnten in den vergangenen tagen feststellen, wie ungehemmt und unwidersprochen vielen einheimischen bürgern und bürgerinnen faschistische redewendungen von den lippen gehen. sätze wie „ beim adolf hätt's das nicht gegeben", oder „ alle an die wand", „ alle erschiessen" - sie verraten eine geisteshaltung, in der so ziemlich jeder andere lebensstil nicht einfach als fremd , sondern vor allem als bedrohung wahrgenommen wird. dementsprechend wird hier die arbeit des bgs auch in der regel gebilligt und häufig unterstützt - durch hilfeverweigerung, durch denunziation. wenn denn menschen, die als flüchtlinge hierherkommen, die grenze überschritten haben, betreten sie feindesland. feindstaat deutschland. das bisschen wohlstand, das hier erarbeitet ist, das wird verteidigt.

Der bgs schreibt in seiner jahresstatistik - 1998 wurden ungefähr 40.000 menschen festgenommen, davon an der deutsch- polnischen grenze ungefähr 4.900 und an der deutsch- tschechichen grenze ungefähr 19.200. die schleuserkriminalität. Laut bgs-statistik kommen auf einen schleuser 4-5 flüchtlinge. Das sieht eher danach aus, dass im allgemeinen ein paar leute, sich ein paar mark dazuverdienen. der bgs macht seinen job. klar. der einzelne beamte, logisch, was kann der schon machen. wir sagen, er kann seinen job quittieren. millionen andere menschen sind auch arbeitslos. es geht auch ohne diesen job. das ist keine ausrede, die wir akzeptieren.
Die Arbeit des bgs geht selbstverständlich weiter - und jede beamtin, jeder beamte, der diesen job macht, der geht das kalkulierte risiko zu töten ein. dieses jahr sind bei abschiebungen mit flugzeugen in europa mehrere menschen ums leben gekommen - getötet worden. wer gefesselt und geknebelt gegen seinen willen wie gepäck verfrachtet wird - ohne rücksicht, weil der job gemacht werden muss, daran ist nichts unabsichtlich. dabei ist die tötung einkalkuliert.
Ja, auch dafür ist der bgs inzwischen zuständig, ebenso für die überwachung der bahnhöfe oder bei autobahnkontrollen. Längst ist der grenzschutz eine jagd, die auch an orten weit abseits der grenze stattfindet. wenn bei hetzjagden über landstrassen unfälle von vollbesetzten autos in kauf genommen werden, dann ist die tötung ebenfalls kalkuliert und gebilligt.
von diesen jagden, von dem tödlichen ausgang, von den konkreten umständen der abschiebungen ist in den jahresberichten des

bgs nicht die rede. erfolgsstory bgs - grosses unternehmen im grenzgebiet mit mehreren tausend angestellten. wir reden von der kehrseite. wir zeigen auf den blinden fleck, auf das schwarze loch, in dem der bgs operiert. tatsächlich eine einrichtung, die ausserhalb einer öffentlichen kontrolle überwacht - die parlamentarischen kommissionen sind papiertiger und das innenministerium gibt die vorgaben.

Zivilcourage, die kann jeder als flugpassagier zum beispiel zeigen, indem sie sich weigern, sich hinzusetzen, wenn leute abgeschoben werden gegen ihren willen. Kein pilot startet dann.

die grenzen der einwanderung verschieben sich. im verhältnis zu polen hat es das deutsche innenministerium geschafft, die deutsche ostgrenze in fragen der einwanderung richtung ukraine und weissrussland zu verschieben. aber die gründe, aus anderen ländern abzuhauen, werden ja nicht deswegen weniger, nur weil hier der deutsche staat und eine überwältigende bevölkerungsmehrheit beschliessen - das ist nicht erlaubt. das recht auf freizügigkeit, auf wohlstand und ruhe gehört uns allein im rahmen der europäischen union. eine alberne vorstellung. die menschen kommen weiter, selbstverständlich. sie kommen jetzt vermehrt über die deutsch - tschechische grenze. also wird da jetzt hochgerüstet und die tschechische republik bearbeitet, dem beispiel polen zu folgen. eine ganz gewöhnliche politische erpressung, versüsst mit einigen millionen euro. tausche rigide grenzkontrolle gegen eu - eintritt. vielleicht, wenn ihr euch qualifiziert.

diese art von geschäften der bundesregierung - und da ist es wirklich gleich, ob sozialdemokratisch-grün oder cdu/fdp geführt - dieser arbeit des bgs, die wir hier ausgeführt haben, dieser unsäglich selbstgefälligen und selbstgerechten geisteshaltung im grenz- wie im ganzen bundesgebiet, der muten wir zu, unsere auffassungen zur kenntnis zu nehmen. Und denen, die an unserem anliegen gefallen finden, die fordern wir auf mit uns in kontakt zu treten.

kein mensch ist illegal.
und darum wird der bgs belagert.
so lange wie möglich.

SACHSEN



Erste Blockaden

ZITTAU - Rund 150 Teilnehmer der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" haben gestern bei Zittau versucht, eine „symbolische Brücke" über die Neiße zu errichten, um einen unkontrollierten Übergang für Flüchtlinge zu schaffen. Anschließend zog die Gruppe zu einer Blockade vor die BGS-Kaserne Rosenthal. Am Vortag hatten drei Teilnehmer des Camps, so die Polizei einen 16jährigen verprügelt, der sich ein Eisernes Kreuz an den Rucksack geheftet hatte. Die Beamten nahmen die Schläger fest. Daraufhin blockierten Mitglieder der Kampagne vorübergehend den Stadtring.

Open Border – Erste neue Brücke für Migranten

Aktion „Kein Mensch ist illegal" wanderte zur Neiße / Bundesgrenzschutz beobachtete das Ganze

Von Jürgen Zacharias

Gestern Nachmittag, eine halbe Stunde Umschau im Camp an der B 99. Die Vorbereitungen für die Errichtung einer neuen Brücke über die Neiße für die Flüchtlinge dieser Welt laufen in aller Gelassenheit. „Wir wandern nach den Empfehlungen des Zittau-Stadtführers und beginnen mit der Führung an den Neiße-Wiesen", klingt das Megaphon des Sprechers." Wer mit möchte, der solle sich jetzt bitte um den hoch gehobenen Schirm versammeln, verballhornt er schönste Fremdenführer-Traditionen.

Auf dem Weg an der TGZ vorbei zu den Neiße-Wiesen wird immer wieder aus dem Stadtführer zitiert: Zittaus früherer Reichtum (als die Stadt noch die Reiche hieß) stamme laut Führer unter anderem aus dem Braugewerbe, was ja nun den Bierkonsum im Camp zumindest relativiere.

Die Leute tragen T-Shirts mit Aufschriften wie „Wenn die Tiere schießen lernen, wird es gefährlich für die Jäger . .". Ein anderer eines der berühmten Anti-Castor-Shirts, ein Dritter das schon bekannte mit dem Kutter drauf und dem Wort „Schlepper". Ganze Familien sind unter den Wanderern.

Direkt an der Neiße wird ein Floß klar gemacht, ins Wasser gelassen, fünf sechs Leute springen nach, paddeln das Ding zum polnischen Ufer. Dort warten zwei andere „Camper" bereits und schnappen sich ein Seil, an dem dann ein Transparent auf die Fluss-Mitte gezogen wird. „Open Border" steht darauf und „Kein Mensch ist illegal". Es gibt Beifall, keine großen Reden. Das Zeichen für offene Grenzen ist gesetzt, die Brücke symbolisch geschlagen. Während die Flößer das Wasser der Neiße genießen, steht der Bundesgrenzschutz - höchstens ein Dutzend Leute ohne Einsatzbekleidung in unprovokantem Abstand auf der Neiße-Wiese. Und oben brummt ein Hubschrauber.

Entschuldigung folgte

In aller Form entschuldigte sich gestern der Cheforganisator des Camps, Hagen Kopp, für die Behinderungen und Bedrohungen, denen SZ-Mitarbeiter am Vortag während der Demonstration auf dem Zittauer Marktplatz ausgesetzt waren.

Mittwoch 11.9. Sonnenfinsternis

Gedenkdemo und christliche Symbole



Zur Sonnenfinsternis werden für die Toten an der Grenze Holzkreuze auf dem Marktplatz aufgestellt



Den ZittauerInnen und ihren Behörden müßte es eigentlich recht sein: Am Mittwoch, während der Sonnenfinsternis, starteten die CampteilnehmerInnen eine völlig ruhige Aktion ohne den geringsten Ansatz der so beschrieenen Gewalttätigkeiten. Mit einem Trauermarsch und Holzkreuzen gedachten sie der Flüchtlinge, die seit 1990 der deutschen Grenz- und Abschiebepolitik zum Opfer gefallen sind. Ursprünglich war noch angekündigt, das in einer Zittauer Kirche als Touristenattraktion ausgestellte "Fastentuch" zu entführen, letztlich wurde aber eine Prozession mit den Holzkreuzen zum Marktplatz durchgeführt.

An -wieder einmal- ziemlich erstaunt zuschauenden MarktbesucherInnen vorbei, wurden die Kreuze schließlich vor dem Rathaus aufgestellt. Während die Sonne sich verdunkelte, wurden die Namen der gestorbenen Flüchtlinge verlesen und die Folgen des Grenzregimes angeprangert. Das war dem Ordnungsamtschef von Zittau, Wolf, dann wieder zuviel: Er tobte wegen der an den historischen Straßenlaternen aufgehängten Kreuze - Für ihn ein klarer Fall von Sachbeschädigung - und überhaupt gehöre auch eine Gedenkveranstaltung angemeldet.

Auch Bürgermeister Kloß hatte es wieder einmal satt und fuhr mit mit seinem teuren Auto wütend mitten in die Trauerkundgebung, um es dort zwischen des Leuten und ihren Aufklebervorräten abzuparken. Auch die Folgen dieser Handlung werden wohl in einer Anzeige wegen Sachbeschädigung enden...

Als die KundgebungsteilnehmerInnen den Marktplatz dann wieder den einkaufenden BürgerInnen überlassen hatten, sorgte das Ordnungsamt für den Einsatz der Multicar-Brigade "Wir halten Zittau sauber". Die Männer im Baustellenorange machten sich der Grabschändung schuldig und räumten die aufgestellten Kreuze wieder ab. Daß sie diese aber auch noch auf ihren Laster laden und klauen wollten, war den verbliebenen Kreuzwächtern denn doch zuviel und sie holten sie sich zurück. ...auch die Polizei beteiligte sich mit einem bescheidenen Beitrag an der Vernichtung von Steuergeldern, indem sie kurzfristig den Rathauseingang abriegelte und anwesende Fotografen bedrängte. Sonst hatte sie nix zu tun.



Aktion Fluchthilfe e.V.

Aktion Fluchthilfe e.V. [redacted]

"Menschen sollen leben!"

Altkleider- und Schuh-Sammlung

Es werden gesammelt: Damen- Herren- und Kinderbekleidung, Wäsche, Textilien, Gardinen, Decken, Bettwäsche, Hüte, Schuhe etc. Bitte keine Auslegeware und Matratzen. Bitte benutzen Sie als Verpackung Kartons, Plastikbeutel, Säcke usw. oder verschnüren Sie die Altkleidung.
Die Sammlung findet bei jedem Wetter statt. Die Fahrzeuge fahren nur einmal durch jede Straße. Die Altkleidung auch bei Einbruch der Dunkelheit liegen lassen. Bei Regen bitte abdecken.

Die Bekleidung kommt nicht in dem Reißwolf
Unberechtigte Abholung der Textilwertstoffe ist strafbar

Humanitäre Abholung

Die Abholung erfolgt am kommenden
Mittwoch
durch unsere Fahrzeuge.
Wir bitten die Altkleidung gut verschnürt und gut sichtbar bis 8.30 Uhr an den Straßenrand zu legen.

Humanitäre Abholung

Wir verteilen unsere Sammelzettel wirtschaftlich und umweltbewußt nur an 65% aller Haushalte. Bitte helfen Sie mit unsere Sammelaktion bekannt zu machen. Teilen Sie den Sammeltermin auch Ihren Nachbarn, Freunden und Bekannten mit. Sollte am gleichen Tag oder einen Tag vorher eine zweite Sammlung stattfinden, so rufen Sie uns bitte an. Für die in der Kleidung befindlichen Wertsachen, insbesondere Bargeld, kann keine Haftung übernommen werden. Die Bewohner abseits gelegener Straßen werden gebeten die Altkleider an die innerörtlichen Hauptstraßen zu bringen. Bitte heften Sie diesen Zettel an, damit die Sachen nicht in unbefugte Hände geraten.

Wir danken für Ihre freundliche Mithilfe!

Verantwortlich für die Durchführung der Sammlung: Elan, 0 35 91 / 41 02 3
Vereinsregister:5422 **An alle Haushalte mit Tagespost**

Der Sonnenfinsternisfilm...

Am Vortag hatten neutrale Plakate zu einer Fimvorführung über die Bedeutung der Sonnenfinsternis für Deutschland eingeladen; den ca. 50 BesucherInnen wurde darin wissenschaftlich erklärt, warum die Finsternis über Deutschland anhalte, wie es daraufhin kalt und kälter würde, so daß zunehmend mehr Deutsche in die Nachbarländer zu fliehen versuchten, doch diese machen ihre Grenzen dicht! Der Abspann erklärt alle Flucht- und Migrationsgründe für berechtigt und fordert "kein mensch ist illegal", anschließend kommt es zu kontroversen, doch offenen Diskussionen...

Einen Tag vor der Sonnenfinsternis, am Höhepunkt des öffentlichen Interesses, tauchen in Zittau diese Plakate und Flyer auf. Der Einladung eines ominösen Arbeitskreises „Welt und All" folgen immerhin ca. 50 Leute, die nach wenigen Minuten wissenschaftlicher Erklärungen zum astronomischen Phänomen, unfreiwillige Zeugen des unterganges Deutschlands werden. Der Mond bleibt vor der Sonne stehen, und bereits nach wenigen Wochen in Kälte und Dunkelheit ist Deutschland am Ende. Unter diesen Bedingungen entscheiden sich immer mehr Deutsche zur Flucht: Sammellager, hochgerüstete Grenzen, illegale Grenzübertritte werden auch für die deutschen Flüchtlinge zur Realität.

An dieser Stelle bricht der Film ab, und eine Stimme meldet sich aus dem Off. die Fiktion, auf welcher der Film beruht, wird zerstört. Nicht nur vom naturwissenschaftlichem Standpunkt aus ist diese ewige Sonnenfinsternis völliger Schwachsinn (wobei es auch hier verunsicherte Nachfragen aus dem Publikum gab). Auch aus politischer Sicht hat diese Naturkatastrophe, die schicksalhaft vom Himmel fällt, wenig mit den tatsächlichen Ursachen und Gründen für Flucht zu tun. Es muss nicht nur immer ums nackte Überleben gehen, es gibt auch viele gute andere Gründe, ein Land zu verlassen: Armut, Perspektivenlosigkeit, Diskriminierung und Verfolgung oder einfach der Wunsch, woanders unter besseren Bedingungen ein neues Leben anfangen zu wollen.

Der Spiess kann nicht einfach umgedreht werden; Deutschland wird nicht einfach vom Wohlstands- zum Armutsstaat. Es ist das Wesen einer Industrienation, sich die notwendigen Ressourcen und Rohstofef auf lange sicht zu sichern (nachzulesen in den Verteidigungspolitischen Richtlinien).

Dissonanzen

Soweit zu unserem Film, den wir auch noch am Tag der Sonnenfinsternis zum Fest an der Sternwarte in Jonsdorf zeigten. Wie reagierten die ZuschauerInnen darauf?

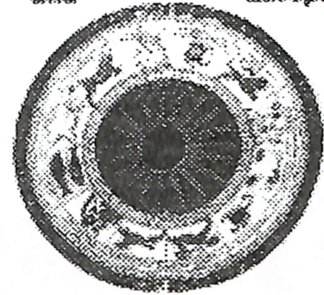
Wir waren durchaus darauf gefasst, dass sich Leute verarscht fühlen, verärgert reagieren und dass die Aussagen, die wir in dem Film treffen „Grenzen uf für alle - Kein mensch ist illegal" zu härteren Auseinandersetzungen führen.

Entgegen unseren Erwartungen gab es keine dumpfen Sprüche oder Störungen. Während des Films verliessen nur zwei Personen den Raum, die meisten ZuschauerInnen sassen danach relativ betroffen da und waren zu Gesprächen mit uns bereit. Zuerst waren wir erleichtert, dass es zu mehr oder weniger entspannten Diskussionen kam, die wohl auf beiden Seiten Vorurteile abgebaut haben. Im Nachhinein wurde in unserer Gruppe hierüber kontrovers diskutiert: hat nicht bereits der Titel unserer Veranstaltung den Kreis der möglichen ZuschauerInnen eingeschränkte? Konnten vorhandene Meinungen a la „Ausländer raus" überhaupt in diesem Rahmen geäussert werden? oder hinkt unsere Vorstellung von einem „krassen" rassistischen Denken immer noch einem längst überholten Bild hinterher, allen Neo-Rassismus-Diskussionen zum Trotz?
Leute, die Ursachen für Flucht und Migration durchaus im ungerechten Welthandel sahen und auch die Rolle von Kolonialismus, Imperialismus und Kapitalismus erwähnten, betonten, dass vor allem die Zustände in den Herkunftsländern zu ändern seien. Dieses Argument benutzen sie gegen die Forderung nach offenen Grenzen, deren Berechtigung und Notwendigkeit sie vordergründig anerkannten, dann aber in Sachzwängen erstickten. Die üblichen salonfähigen Argumente, die auf ökonomischen und kulturellen Ängsten gründen, wurden angebracht. Insgesamt spiegelten die Meinungen die auch in den Medien geführte Debatte wieder, die die Einteilung in „wir" und „die anderen" als Kriterium nicht überwindet.

Eine Aktion Ihres Politbüros Schwäbisch Hall

Bestellen könnt ihr den Sonnenfinsternisfilm unter der folgenden email-A0dresse:
politbuero@gmx.net

Die
Sonnenfinsternis
und ihre Folgen für Deutschland und **Europa**



20 Min. Videofilm
Eintritt frei

Arbeitskreis Welt & All der Universität Leipzig

Filmvorführung über die Bedeutung der Sonnenfinsternis für Deutschland

Demo in Lückendorf

Demo und Zeitungsverteilung an der Jonsdorfer Sternwarte, mit Vorführung des Sonnenfinsternisfilms

Donnerstag, der 12.08

Motto: Grenze-Wohlstand-Armut



Würfelspiel auf dem Zittauer Marktplatz.Bürger wurden aktiv mit in das Spiel einbezogen.



Ebenfalls am Nachmittag, in der Zittauer Innenstadt: Hausbesetzungen die im Zusammenhang mit dem Zittauer Flüchtlingsheim standen und deren AktionistInnen die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge forderten

zur Vorgarten-Perfomance der RaumschreiterInnen

Am Donnerstag sind ungefähr 40 Leute vom antirassistischen Grenzcamp nach Eichgraben gefahren, ein nicht gerade verarmtes Kaff nördlich von Zittau. Es wurde eine eher surrealistische Aktion. Der Donnerstag sollte Tag des Wohlstands sein, die Grenze als Wohlstandsgrenze gekennzeichnet werden. Natürlich ist Rassismus mehr als nationaler Sozialneid, aber unbestreitbar ist die Sorge um den eigenen Wohlstand/Reichtum/Besitz auch ein wesentlicher Bestandteil von rassistischem Denken und ein wichtiger Entschuldigungsmoment für RassistInnen.

Grenzziehungen als Einzirkelung des Eigentums. Bei der Aktion ging es darum, den BürgerInnen dabei möglichst nah auf die Pelle zu rücken, und ihre eigenen Wohlstands- und Eigentumsinteressen zu thematisieren. Die Camp-TeilnehmerInnen besuchten die EichgrabenerInnen also in ihrer Privatsphäre, im Vorgarten ihres Eigenheims- geradezu ein Symbol deutschen Wohlstands.

Das Spektakel dauerte nur gut zehn Minuten, aber das genügte, um die Bewoh-nerInnen einer ansonsten verschlafenen Strasse völlig zu verwirren. Aus heiterem Himmel tauchten plötzlich Fremde auf und begannen, in den (nicht umzäunten) Vorgärten der Menschen zu Picknikken. Rund um die Eigenheime der EichgrabenerInnen spielten junge Leute Federball, Frisbee und Fussball, auf dem Rasen sassen Leute und hörten Musik aus dem mitgebrachten Kasi oder assen auf ausgebreiteten Decken Obst. Die EigentümerInnen reagierten grösstenteils sehr verständnislos - will heissen: sie kapierten absolut nicht, was da gerade abging. Ob das Flugblatt, das es dazu gab, Licht in's Dunkel gebracht hat, darf man bezweifeln. Da war - ziemlich abgedreht - von „virtuellen RaumschreiterInnen" die Rede, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Räume zu durchschreiten. Manche Anwohner behaupteten einfach, das Grundstück sei ihr „Eigentum" und sie hätten es selbst gekauft. Die PicknickerInnen sollten doch bitte schön arbeiten gehen. Absurd!!

Als nach zehn oder 15 Minuten die Bullen kamen, beendeten die AktivistInnen das Happening und düsten davon. Dass das Ganze irgendjemanden überzeugt hat, kann ich mir zwar nicht vorstellen, aber auf jeden Fall hat diese auch für die TeilnehmerInnen unbekannte Aktionsform die BewohnerInnen der Eigenheime in ihrem beschaulichen Alltag gestört, sie verwirrt und mit hundertprozentiger Sicherheit zu zahlreichen Gesprächen in der Nachbarschaft geführt. Die BürgerInnen wurden als TäterInnen des Grenzregimes und des Kapitalismus wahrgenommen, nicht als Opfer, mit dem „wir" uns selbstverständlich zu verbünden hätten. Aus meiner Sicht, war die Aktion deshalb ein Erfolg. Schade nur, dass kein Raum war, darüber zusammen zu diskutieren.

einer, der dabei war

Strafcamp

Das Zittauer Asylbewerber-heim

„Das Problem ist nicht allein, dass die Bedingungen im Asylbewerberheim beschissen sind, sondern dass es mittlerweile ganz bewusst als Strafe für unliebsame Asylbewerber genutzt wird", erklärt ein Sprecher der Gruppe voice of africa aus Jena. Rund dreissig CampteilnehmerInnen haben sich auf Initiative der afrikanischen Aktivisten zusammengefunden, um die Situation im Zittauer Asylbewerberheim zu thematisieren. Für Donnerstag planen sie einige Aktionen in Zittau. Unter anderem fordern sie die Schliessung des Heims. In der alten Kaserne der sowjetischen Armee tropft es von der Decke, der Gestank der sanitären Anlagen raubt einem den Atem. Eine Delegation, die vor einigen Wochen das Gebäude besichtigen wollte, brach ihre Exkursion wegen Anfällen von Übelkeit ab.

Seitdem wurde einiges verbessert. Aber die Schikanen bleiben. Das fängt schon bei der Essenslieferung an. In Zittau gibt es keine Warengutscheine, die Flüchtlinge müssen auf Listen ankreuzen, was sie in den nächsten drei Tagen essen wollen. Aber was sie geliefert bekommen, ist nicht nur weniger als die ihnen zustehenden Rationen, sondern auch häufig für sie ungeniessbar. Muslime bekommen statt Hühnchen Schweinefleisch, das Haltbarkeitsdatum ist schon abgelaufen, bevor sie die Lebensmittel zubereiten koennen, erzählen Flüchtlinge dem Webjournal. Ein Hausmeister macht ihnen das Leben zur Hölle. Ohne ersichtlichen Grund hämmert er morgens um sechs an ihre Türen. „Wir denken jedesmal, die Polizei holt uns.“ Der Hausmeister, kurzhaarig und bullig, ganz der hiesigen Jugendmode angepasst beschimpft die Flüchtlinge, erzählt ihnen, wenn es ihnen nicht passt, sollten sie doch wieder nach Hause fahren. Anträge auf Verlassen des Bezirks Zittau werden in der Regel abgelehnt. Im Heim gibt es kaum Beschäftigungsmöglichkeiten: vier Menschen leben in einem Zimmer, es gibt keine Bücher, keine Spielräume für Kinder, nicht einmal einen Fernseher. Gegen die Langeweile bleiben den häufig schon seit Jahren in Zittau Lebenden nur Spaziergänge in die Stadt. Doch dort gehen die Schikanen weiter. Wenn sie die Polizei oder den BGS sehen, versuchen sie sich schnell in einen Hauseingang zu ducken. Trotzdem werden ihre Personalien pro Spaziergang vier bis fünf mal kontrolliert. In der 30 000 Seelen zählenden Gemeinde leben ca. 200 Ausländer, davon 50 Flüchtlinge. Die Polizei kennt jeden einzelnen. Aber Spaziergänge sind nicht nur nervig, sondern auch gefährlich. Die NPD kommt zwar in Zittau nicht ueber fünf Prozent, Jugendkultur ist hier aber trotzdem tendenziell deutsch national. Die Flüchtlinge erzählen von zahlreichen Überfällen der Nazis auf einzelne allein in den letzten drei Monaten. In den letzten sieben Monaten gab es drei Naziaufmärsche vor dem Heim. Die Polizei kam, wenn überhaupt, Stunden nachdem sie benachrichtigt wurde. Rassismus erleben Nichtdeutsche aber auch von ganz „normalen“ Bürgern. Ein am Camp teilnehmender afrikanischer Aktivist wurde auf die Frage nach der Toilette in einem Restaurant auf die Hintertür verwiesen. Ansprechpartner haben die Heimbewohner fast keine. An die Ausländersorge können sie sich nur wenden, wenn sie selbst einen Übersetzer mitbringen. „Die Frustration, die sie hier tagtäglich erleben, verschlimmert die psychologischen Probleme der Flüchtlinge.“ erklärt der Sprecher von voice of africa. Aber vor allem gibt es Hinweise, dass bundesweit Behörden eine Versetzung in das Zittauer Heim bewusst als Strafe einsetzen. So kam ein Asylbewerber, nachdem er in einem Hamburger Heim zum Beschwerdeführer geworden war, nach Zittau. Die CampteilnehmerInnen wollen bei ihren Aktionen mit Flugblättern ganz konkret die Zittauer Bevölkerung aufklären und sie auffordern, den Rassismus zu stoppen und die Flüchtlinge vor Übergriffen zu schützen. Ausserdem richten sie einen breiten Forderungskatalog an die Behörden. Neben der Schliessung des Heims wollen sie, dass Repressionen gegen politische Betätigung eingestellt werden, die Polizei endlich anfängt auch diese Menschen zu schützen bis zu Detailforderungen wie die Klopapierrationen von zwei Rollen pro Monat zu erhöhnen.

Hanna Wettig, Zittau

Demonstration zum Landratsamt

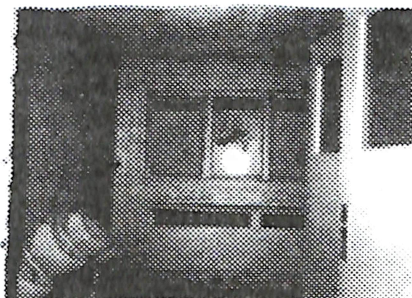
Auszug aus dem Aufruf

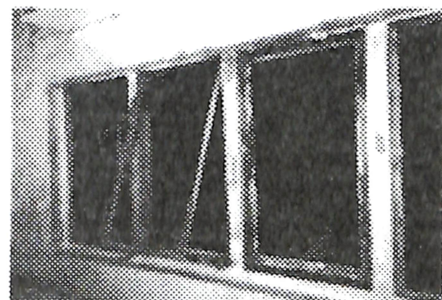
Angesichts dieser menschenverachtenden Zustände fordern wir:
Dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge gemäß ihrer jeweiligen Bedürfnisse in innerstädtischen Wohnbereichen und damit die Schliessung des jetzigen Flüchtlingsheims Zittau.
Schluß mit der Isolation!
Freie Wahl der Unterkunft. Flüchtlinge müssen, wie andere Menschen, selbst entscheiden können, wo und mit wem sie leben.
Bereitstellung ausreichender sanitärer Anlagen, Kochmöglichkeiten, Beheizung und hygienischer Wasserversorgung.
Angemessene und unbürokratische medizinische Versorgung.
Aufklärung der Flüchtlinge über ihre rechtliche Situation.
Bereitstellung von ÜbersetzerInnen für Behördengänge, mehr staatliche Initiative für den Deutschunterricht.
Freie politische Betätigung für Flüchtlinge ohne Angst vor Repressalien.
Schluß mit der staatlichen Unterstützung und Duldung von Naziaktivitäten.
Schließung des BGS-Denunziationstelefones,
Schluß mit rassistischer Propaganda!
Volle soziale und bürgerliche Rechte für Flüchtlinge, Barauszahlung des Existenzminimums.
Schluß mit der Sonderbehandlung!

Wir rufen alle, die sich dem rassistischen Klima nicht beugen wollen, auf, die Flüchtlinge zu unterstützen und gegen rassistische Angriffe einzuschreiten.

Stoppt die rassistische Politik!
Durchbrecht die Isolation!
Kein Mensch ist illegal!
Asyl ist Menschenrecht!







Menschenunwürdige Unterbringung im Zittauer Flüchtlingsheim

15.00Uhr: Demo zum Landratsamt und zum Flüchtlingsheim

Flugblattaktion gegen Nazikader Torsten Hiekisch in Hirschfelde

Improvisirter Überfall auf die Schmalspurbimmelbahn nach dem Motto: "Zittau begrüßt den 10.000 Flüchtling"

18.00Uhr: Vorgärtenaktion in Eichgraben

Freitag, der 13.08

Tag des Antifaschismus

Demonstration und Antifaaktionen in Ostritz und Görlitz

22.00Uhr: "Spiel ohne Grenzen" an der deutsch-tschechischen Grenze

NPDler reisen wegen Grenzcamp nach Zittau

Berlin (taz) – Die NPD plant zeitgleich mit dem Grenzcamp „Kein Mensch ist illegal" in Zittau eine Demonstration. Das geht aus einer Mitteilung der Jungen Nationaldemokraten in Schleswig-Holstein hervor. Eigentlich hätten die norddeutschen NPDler am Sonnabend in Lübeck zum Thema „Friedensnobelpreis für Rudolf Hess" demonstrieren wollen, hieß es. Stattdessen werde man aber an der Kundgebung der NPD Sachsen gegen die „Heimsuchung" Zittaus durch „linksanarchistische Horden" teilnehmen. Das Grenzcamp „Kein Mensch ist illegal" mit rund 500 Teilnehmern dauert bis Sonntag.

Move the Borderline: Nachts rockten Camperinnen an der Grenze

Besuche in der braunen Umgebung

Zum Antifa-Tag machten sich gegen 12.30 Uhr ca. 150 Leute auf den Weg. Zuerst ging es nach Ostritz zum Hotel Neisseblick, wo in den letzten zwei Jahren bundesweite Nazitreffen stattfanden. Die Fassade wurde mit hübschen Farbklecksen versehen, anschliessend die Bevölkerung auf dem Marktplatz über das Treiben der Nazis informiert. Uniformierte hielten sich im Hintergrund, Nazis fehlten vollends.

Von Ostritz ging es im Konvoi nach Görlitz, wo es galt, einige Nazi-Kader an´s Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Doch zuvor hielt bereits kurz hinter dem Ortseingang der gesamte Konvoi. Spontan wurde eine „Deplakatierung" von 30-40 REPUBLIKANER-Plakaten durchgeführt.

Im Stadtzentrum angekommen, gab es schon mehr Polizei- und BGS-Präsenz. Es formierte sich wieder eine unangemeldete Demo, die sich auf den Weg zu lokalen Nazi-Kadern und -Treffs machte. Vor Ort wurden die AnwohnerInnen über ihre braune Nachbarschaft in Kenntnis gesetzt Ein ganz spezieller Freund des Camps, der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Löbau/Zittau, Torsten Hickisch, zeigte sich mit zwei Kameraden an der Strecke; allerdings nicht lange...

Bereits am Donnerstag gab es eine Flugblattaktion in seinem Wohnort Hirschfelde, die ihn höchstwahrscheinlich zum Dorfgespräch gemacht hat NPD-Kader Michael Kubitzki erdreistete sich, aus seinem Haus heraus Fotos zu machen, was postwendend mit Glasbruch quittiert wurde. Ab diesem Moment waren die Bullen krasser drauf und die Situation drohte zu eskalieren. Dennoch wurde die Demo bis zum geplanten Ende geführt. Bei der Abfahrt nervten die Bullen noch mit Fahrzeugkontrollen und es gab eine Festnahme. Am Abend kam die Person wieder raus. Die Bullen haben wieder mal deutlich gemacht, auf welcher Seite sie stehen. Nicht nur Flugis wurden unter den Scheibenwischern parkender Autos abgesammelt, die Bullen entblödeten sich nicht, selbst frisch geklebte Spukis an der Demoroute zu entfernen.

Die Aktion kann als erfolgreich gewertet werden, da das Ziel, auf lokale Nazistrukturen hinzuweisen, erreicht wurde.

Flugblatt zur Antifa-Aktion in Ostritz

Hallo, liebe Anwohnerinnen und Anwohner, wie sie sich sicher denken können, sind wir heute nicht zufällig hier in Ostritz. Wir, das sind Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Anti-Grenze-Camps der Kampagne „Kein Mensch ist illegal" in Zittau.

Was aber ist nun der Grund für unser Kommen?

Unser Besuch gilt ganz speziell dem Hotel Neisseblick in der Bahnhofstrasse. Wiederholt fanden in diesem Hotelbundesweite Treffen von Rechtsextremisten statt. Diese Treffen haben eine wichtige Funktion innerhalb der deutschen Naziszene, genauso wichtig ist die Aufklärung über deren Treiben. Bevor sich die Nazis Ostritz als Tagungsort aussuchten, trieben sie ihre Unwesen im niedersächsischen Hetendorf.

Die Vorgeschichte

Das „Heidcheim" in Hetendorf bei Celle diente seit den 80er Jahren vielen rechtsextremistischen Organisationen als Schulungszentrum und Tagungsstätte. Mit den Verboten mehrerer dort ansässiger faschistischer Gruppen, genannt seien z.B die Wiking Jugend oder die Nationalistische Front (NF), ging die Bedeutung der Hetendorfer Tagungswoche zurück. Sie behielt aber einen hohen Symbolwert für faschistische Gruppierungen aller Art. Auch die Hetendorfer Tagungswochen fanden weiterhin dort statt. Diese Veranstaltungen fanden seit 1991 jährlich auf dem Grundstück des 1984 gegründeten Vereins „Heide-Heim" e.V. unter Leitung des Neonazis und Rechtsanwaltes JÜRGEN RIEGER aus Hamburg statt. Im rechtsextremen Lager prominente Redner hielten dort Vorträge zu verschiedenen Themen. Einig sind sich Referenten und Zuhörer in ihrer rassistischen Grundeinstellung, bei der Leugnung von NS-Verbrechen, insbesondere der Ermordung der Juden während der nationalsozialistischen Herrschaft, sowie bei der Verherrlichung des Nationalsozialismus. Trägerverein und Eigentümer des Schulungszentrums war der „Heide-Heim" e.V. mit Sitz in Hamburg. Am 12. Februar 1998 schliesslich wurden beide Vereine auf Druck von Antifas und Hetendorfer Bürgerinitiativen durch den Niedersächsischen Innenminister verboten.

Hetendorf heisst jetzt Ostritz

Der Nazi-Spuk hat damit leider kein Ende gefunden. Die Fortführung der Tagungswochen findet hier im Hotel Neisseblick in Ostritz statt. Im Juni 1998 fand die 1. Veranstaltung der Faschisten hier statt. Und auch in diesem Jahr waren RIEGER und seine ewiggestrigen Kameraden wieder im Neisseblick zugegen. Als Ausrichter der Veranstaltungen traten in beiden Fällen der wegen Volksverhetzung angeklagte Rechtsanwalt RIEGER und die von ihm geführten rechtsextremistischen Vereine auf. Diese haben so bezeichnende Namen wie „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" e. V. (GfbAEV), „Nordischer Ring"

e. V. und „Artgemeinschaft - Germanische ben. wegen können. Weder nationalstaatliche Grenzen und rassistische Diskriminierung, noch die Zwänge der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft sollen ihnen dabei im Wege stehen. Glaubensgemeinschaft wesensgemässer Daseinsgestaltung" e.V. Die Veröffentlichung der 1962 unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" gegründeten „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" e. V. sind Dokumente für offenen Rassismus. Nach ihrem Verständnis begeht jeder Mann „biologischen Verrat", der eine Partnerin „fremder Rasse heiratet" und „Kinder anderer Rassen adoptiert und in unseren Lebensbereich bringt, so dass dadurch die Bastardisierung gefördert wird".

Die neugermanisch heidnische Artgemeinschaft vertritt ebenso wie die GfbAEV, unter Leitung von JÜRGEN RIEGER rassistische Thesen. In einer Flugschrift, für die Rieger verantwortlich zeichnet, wird das „Sittengesetz unserer Art" dargelegt. Er fordert unter anderem die Anerkennung des Führertums („das Sittengesetz in uns bietet Gefolgschaft dem besseren Führer, mit Recht und Pflicht zu abweichendem Rat, nach bestem Wissen und Gewissen").

Der ebenfalls in der Veranstaltung hier in Ostritz beteiligte „Nordische Ring" e.V. propagiert in gleicher Weise rassistisches Gedankengut, er nennt es „Erhaltung und Pflege des nordischen Bluterbes". Das Ideal ist der „nordische Mensch", der auszusterben drohe. Um ihn vor diesem Schicksal zu bewahren, sei „Erbgesundheitspflege (Rassenhygiene, Eugenik)" nötig. Die Kontinuität der Veranstaltung hier in Ostritz zu den Hetendorfer Tagungswochen manifestiert sich im übereinstimmenden Programmverlauf, in der Identität der veranstaltenden Vereine und der rechtsextremistischen Referenten, sowie dem Höhepunkt der ersten mitteldeutschen Vortragstage, der neuheidnischen Sonnenwendfeier in der Nacht zum 21. Juni. Mit den von den beteiligten Organisationen als Erfolg gewerteten „Mitteldeutschen Vortragstagen" versucht RIEGER nach Schliessung des „Heideheims" die Hetendorfer Tagungswochen fortzusetzen. Die Bezeichnung der Gemeinschaftsveranstaltung ist dabei auch politisches Programm.

Revisionisten im Vormarsch

Die Wahl des Veranstaltungsortes fiel nicht zufällig auf Ostritz. Im Zuge der EU-Erweiterung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wittern gerade auch jene Morgenluft, die die Kriegsschuld Deutschlands und die damit verbundene Oder-Neisse-Grenze nie akzeptiert haben. Vor diesem Hintergrund muss der Versuch der Nazis gewertet werden, hier in der Grenzregion Fuss zu fassen. Auf ihrem Programm standen dann auch Besuche in den „verlorenen Gebieten", d.h. in Polen. Wie befremdlich das Auftauchen solch obskurer Gestalten wie RIEGER und anderer Germanen jenseits der Neisse auf unsere polnischen Nachbarn wirken mag, muss hier nicht weiter´ausgeführt werden.

Leichtes Spiel für Rieger & Co

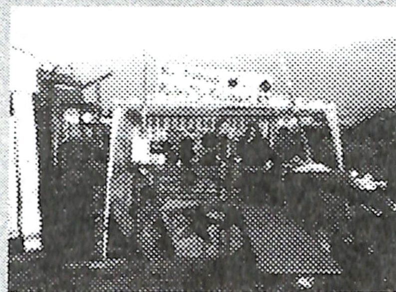
Der Landkreis Löbau-Zittau (Sachsen), auf dessen Gebiet die „Mitteldeutschen Vortragstage" ausgerichtet wurden, hatte die Durchführung der Veranstaltung in 1998 nach dem Versammlungsgesetz verboten und die sofortige Vollziehung dieses Verbotes angeordnet.Die Verbotsverfügung enthielt die Feststellung: „Nach gesicherten Erkenntnissen kann davon ausgegangen werden, dass die 'Mitteldeutschen Vortragstage' eine Fortsetzung der 'Hetendorfer Tagungswoche' darstellen, da Inhalte, Programme und auch zum grossen Teil die in der Programmübersicht enthaltenen Vortragenden dieselben wie in Hetendorf sind." Da das Verwaltungsgericht Dresden die aufschiebende Wirkung des Widerspruches wiederherstellte, konnte Rechtsanwalt RIEGER die Veranstaltung wie geplant durchführen.In diesem Jahr wurde ein Verbot durch öffentliche Stellen gar nicht erst versucht. Die Teilnehmer, sowohl junge als auch alte Nazis verschiedener rechtsextremer Strömungen fühlen sich in Ostritz wohl und haben angekündigt, im nächsten Jahr wiederzukommen. Nennenswerten Widerstand der Anwohnerinnen und Anwohner hier in Ostritz hatten die Nazis nicht zu befürchten. Zu erwähnen ist weiterhin die Anwesenheit von NPD-Kadern aus der Region auf den Veranstaltungen. Das alles spricht für eine schleichende Etablierung dieser Veranstaltung. Eine problemlose Abwicklung von Veranstaltungen der Nazi-Szene mit bundesweiter Bedeutung ist nicht an allen Orten in diesem Land möglich. Umso mehr reiben sich die Organisatoren die Hände, wenn sie auf Bedingungen wie hier in Ostritz treffen.

Was bleibt zu tun? Wir fordern den Betreiber des Hotels auf, den rechten Mummenschanz für's nächste Jahr auszuladen. Andernfalls weisen wir vornehm darauf hin, dass wir im nächsten Jahr wieder hier sind. Heute tanzen wir nur auf dem Marktplatz, das nächste mal geht der Sturm der Entrüstung in Form einer Antifa-Polonaise durch alle Zimmer des Hotels. Den Menschen hier vor Ort möchten wir noch einmal sagen, dass es möglich ist, sich gegen rechtsextreme Umtriebe zur Wehr zu setzen. Das Beispiel Hetendorf zeigt, dass es sich lohnt, wenn sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenschliessen und öffentlichen Druck aufbauen. Denn das können die Nazis am aller wenigsten leiden. Antifas aus Görlitz bieten hiermit schon mal Unterstützung an. Es gibt verschiedenen Motive gegen Nazis vorzugehen: Unser Engagement gegen die braunen Gesellen entspringt unserem linken Selbstverständnis.

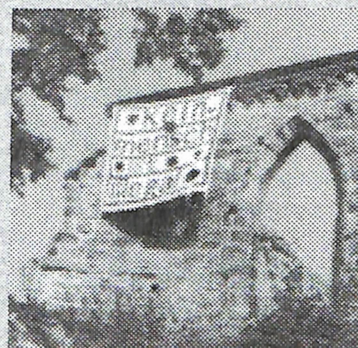
(...)

Samstag, der 14.08

Spiel ohne grenzen



Für Freiheit , Kuchen und Revolte!!!



Auf der Oybiner Burg

Am Nachmittag fand auf der Burg in Oybin ein versteckes Theater statt

Ungefähr zur selben Zeit flyerten Faschos in der Zittauer Innenstadt.

Brief der Wirte an OB Kloß

Sa/So 14./15.8.1999 SZ

Von Seiten des Wirtestammtisches wurde uns als Beschwerde wegen der andauernden Demonstrationen der Aktionsgruppe „Kein Mensch ist illegal" folgender offener Brief an den OB Jürgen Kloß und Landrat Volker Stange übergeben.

Als Vorsitzender des Wirtestammtisches Zittauer Gebirge e. V. wende ich mich beschwerdeführend an Sie. Die Aktionen, die sich in und um Zittau derzeit abspielen, schaden dem Image der gesamten Region. Das „zarte Pflänzchen" Tourismus, was wir durch Einsatz und Fleiß aufbauen, wird durch die sich in unserem Gebiet aufhaltenden Chaoten nachhaltig zerstört.

Die überregionalen Medien sind bereits sehr interessiert an den Vorgängen in unserer Region, was schon im Vorfeld zu einem Negativimage führt. Unsere Gäste, die sich am Montag, dem 9. August, und am Mittwoch, dem 11. August, in Zittau zur Besichtigung aufhielten, wandten der Stadt sofort den Rücken zu und berichteten von dem negativen Eindruck, den sie von Zittau hatten. Vorgeprägt von den negativen Schlagzeilen der Vergangenheit werden sie sicher nicht mehr nach Zittau kommen. Da aber unsere Existenz im Kreis Zittau von unseren Gästen abhängt, fordern Sie die Gastwirte auf, mit allen in Ihrer Macht stehenden Möglichkeiten diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Hinzu gehört ein striktes Versammlungsverbot für alle extremen Gruppen, von links wie von rechts, denn nur so können unseres Erachtens auch Zusammenstöße wie am Zittauer Markt verhindert werden. Weiterhin sind Demonstranten schon weit im Vorfeld abzufangen, um sie erst gar nicht in unsere Region vorrücken zu lassen. Sollen sie doch in Bayern demonstrieren! Haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, ob es einen nachvollziehbaren Grund gibt, warum sie das nicht tun? Sicher nicht, weil es den „Chaoten" bei uns besser gefällt! Sie finden dort einfach mehr Widerstand durch die Verantwortlichen und massiven Einsatz der Polizeikräfte vor Ort.

Wir wollen keinen Polizeistaat, fordern aber Recht und Ordnung, um unsere Existenz zu sichern, nicht nur die „Chaoten" haben Rechte! Deshalb werden wir Ihr weiteres Vorgehen mit Argusaugen betrachten.

Stoppt die anarchistischen Tendenzen

Auf Grund der sich häufenden Gewalttätigkeiten sowie der zunehmend offenen Brüskierung unseres Rechtssystems fordert die DSU-FDP Kreistagsfraktion i. G. eine Debatte im Kreistag über diese Vorgänge. Einer Bewertung des Kreistages bedürfen die Ausschreitungen zum Stadtfest in Zittau, der sogenannte Info-Brief des Innenministeriums und vor allem das Camp „Kein Mensch ist illegal".

Wir fragen uns, wieso können Persönlichkeiten unseres Kreises de facto nur fordern, gegen rechte Gewalt vorzugehen. Damit erteilen sie der linken Gewaltszene einen Freibrief. Das Ergebnis spüren wir zurzeit in Zittau und Umgebung. Wir fordern zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit auf und verurteilen alle zivile Gewalt.

Christfried Wiedemuth, DSU Kreisvorsitzender

SZ 14./15.8.99

Wehret den Anfängen, sonst haben wir bald eine Diktatur der Gewalt

„Kein Mensch ist illegal" ist das Motto des Camps in der Weinau. Illegal ist man allerdings nicht, sondern handelt man. Meyers Lexikon definiert „illegal" mit „gesetzeswidrig, ungesetzlich, ohne behördliche Genehmigung". Genauso handeln nicht nur Ausländer, die trotz Visumpflicht ohne Genehmigung über die grüne Grenze einreisen, sondern auch linke Krawallmacher, die unbescholtene Bürger bedrohen und von ihnen die Ausweise verlangen. Es ist auch eine Form von Rassismus, anders Denkende und anders Aussehende auszugrenzen. Andere verprügeln, festgenommene Schläger befreien zu wollen und Autos zertreten, deren Besitzer einem nicht gefallen, das alles ist illegal. Anderen seine Meinung notfalls mit Gewalt aufzudrängen, zeugt von erheblicher Intoleranz und Rücksichtslosigkeit. Die „Früchte" des Camps sind Provokation und Gewalt. Kein normaler Bürger wird dadurch für das angebliche Anliegen – bessere Bedingungen für Ausländer – gewonnen, eher das Gegenteil. Die „Rechten" werden nur noch mehr Sympathisanten finden, die wollen, dass Ruhe und Ordnung herrschen.

Oder auch nicht. Denn ihre Aktionen sind nicht besser: Im Schutze der Dunkelheit werden Hakenkreuze auf Wände geschmiert und in Pkw eingekratzt, und wie die „Linken" sind auch sie zu ehrlos und feige, Mann gegen Mann zu kämpfen und überfallen Gegner mit Vorliebe in der absoluten Überzahl aus dem Hinterhalt. Auch sie wollen anders Denkende mit Gewalt „überzeugen", lassen keine andere Meinung gelten.

Rechte und Linke können oft tun, was sie wollen, weil den meisten Bürgern die Zivilcourage fehlt, dagegen vorzugehen. Man könnte dann ja selbst Repressalien ausgesetzt sein. Erst, wenn man als Unbeteiligter zum Opfer wird, wünscht man sich, die anderen würden einem zu Hilfe kommen. Die anderen, zu denen man bis dahin selbst gehörte.

Rechte und Linke, Diktatoren wie Hitler, Stalin und Milosevic vertrauen darauf, dass die Mehrheit wegsieht und schweigt. Leider ist dies auch so. Und deshalb möchte der Verfasser dieser Zeilen auch anonym bleiben. Um nicht Opfer von Rechten und Linken zu werden, die Adressen unliebsamer Mitbürger veröffentlichen. Und die hierfür nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, weil Zeugen sich nicht melden. Der Verfasser würde jedenfalls im Ernstfall Hilfe leisten und als Zeuge aussagen. Wehret den Anfängen, sonst haben wir bald eine Diktatur der Gewalt.

(Name der Redaktion bekannt.)

SZ 16.8.99

Junge Leute, ernsthaft, engagiert, diskutierend

SZ 14./15.8.99

Eigentlich habe ich gar keine Zeit. Ich habe einen Betrieb. Da muss ich mich um Arbeit bemühen, telefonieren, planen, kontrollieren, ... und tagsüber muss ich arbeiten. Ich habe die SZ, weil ich wissen will, was passiert – Fakten, Fakten, Fakten, Hintergründe, Meinungen, Tendenzen.

Nun das Camp „grenzenlos", „Kein Mensch ist illegal". Aber wie haben Sie informiert? Zunächst gar nicht. Wenn im Januar ein solches Treffen mit einem derart brisanten Thema vorbereitet wird, 500 Leute aus vielen Ländern Europas für eine Woche kommen wollen, da hätte berichtet werden müssen. Dann auf einmal schreiben Sie von Schwierigkeiten, aber Sie schreiben, dass (so in Lückendorf) man gar nicht davon schreiben kann – da sträube sich die Feder. Auch hier hätten Sie objektiver berichten müssen. Ihre Berichte sind so, dass man meint, man habe es mit Assis zu tun, die in unserer Heimat ihr Unwesen treiben. Also habe ich am Dienstagabend selbst das Camp gesucht. Schließlich fand ich es auf einem Sturzacker im meterhohen Gestrüpp. Kaum, dass man ein gerades Stück für ein Zelt fand. (Ist das die Gastfreundschaft aus den Hochglanzbroschüren, mit denen der Fremde empfangen wird?)

Junge Leute, ernsthaft, engagiert, diskutierend total. Einer war mit dem Fahrrad aus Regensburg gekommen, er hätte mit mir bis Mitternacht diskutiert. Ein Flüchtling aus Ghana stand Rede und Antwort. In einem „Internetzelt" standen vier Laptops und verbanden das Camp mit der ganzen Welt. Gruppen standen herum, andere schrieben ... Was werden sie wohl berichten?

Jürgen Cieslak, Seifhennersdorf

Verurteilung

Dieses Auftreten erzeugt Chaos

.1999 SZ

Zittau. In einer Erklärung verurteilt Oberbürgermeister Jürgen Kloß das Auftreten der Teilnehmer des Grenzcamps. Dieses diene nicht dem Ziel, offenere Grenzen zu erreichen, sondern eher dazu, Angst und Chaos zu erzeugen. (SZ)

SZ 14./15.8.99

SZ 16.8.99

Aktionen geben Anstöße zum Nachdenken

Mo 16.8.1999 SZ

Da sich das Pro zum Camp „Kein Mensch ist illegal" sicher in Grenzen halten wird, möchte ich mich darin versuchen.

1989 jubelte fast die ganze Bundesrepublik, als sich in Ungarn die Grenzen für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik öffneten.

Aber kaum war die deutsche Einheit erreicht, begann die Abschottung.

Selbst das Grundgesetz wurde in Fragen des Asylrechts geändert.

Fluchthilfe war auf einmal keine Heldentat mehr, und Beihilfe zum illegalen Aufenthalt wurde neuer Straftatbestand.

Auf der Kundgebung des Camps am Montag wurde auch auf die menschenunwürdigen Bedingungen im Zittauer Asylbewerberheim aufmerksam gemacht.

Verbot vielleicht deshalb das Landratsamt selbst Journalisten der „Sächsischen Zeitung" für eine Reportage den Zutritt? (Kurzmeldung auf der Kreisseite.)

Die jungen Leute des Camps geben auf alle Fälle durch hier Hiersein, aber auch durch ihre Kampagnenzeitung und Aktionen viele Denkanstöße. So auch zu meinem Brief.

Gerd Engelmann, Zittau

SZ 21./22.8.99

Woher kommt der Unwille?

Sa/So 21./22.

Die Berichterstattung über die Aktionen „Kein Mensch ist illegal" füllt viele Spalten der örtlichen Zeitungen. Die rigorosen Methoden der jungen Leute (Linke?) werden breit dargelegt und stoßen natürlich auf den Unwillen der betroffenen Bürger. Dabei gehen die wirklichen Probleme der Region wie Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Abwanderung der jungen Leute unter. Inhaltlich wird wenig gebracht, obwohl gerade eine gesunde Demokratie von Anregungen und Anstößen profitieren kann.

R. Wirth, Zittau

Camper anders sehen

Drei Tage lang informierte ich mich im Camp „Kein Mensch ist illegal" über die Ziele der Camper und über die Methoden, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollen. Ich gewann den Eindruck, dass sie unveräußerliche Menschenrechte für wichtiger erachten als von Menschen gesetzte Grenzen. Ich begleitete sie zu verschiedenen Aktionen und stellte fest, dass sie das Mittel der Provokation bewusst einsetzen. Sie wollen damit die Aufmerksamkeit auf die Menschenrechte lenken. Sowohl Polizei als auch BGS begleiteten die Aktionen mit Argwohn, es zeigte sich aber, dass vermittelnde Gespräche gut dazu beitragen konnten, heraufziehende Konfliktsituationen rasch zu entschärfen.

Ilja Seifert, MdB, PDS

Sa/So 21./22.8.1999 SZ

Runder Tisch gegen Gewalt

Sa/So 21./22.8.1999 SZ

Egal welcher politischen Richtung man sich zugehörig fühlt und wie man das Anliegen des sogenannten Grenzcamps auch immer einschätzen mag, ist es höchste Zeit, in dieser Stadt wieder zu zivilisierten politischen Umgangsformen zurückzufinden.

Sachbeschädigungen, Nötigungen, Krawalle, das Betreiben illegaler Radiosender, die Anmaßung staatlicher Hoheitsaufgaben sowie andere ungesetzliche Handlungen, mit denen als misslebig bezeichnete Andersdenkende, aber auch noch normale Bürger unter Druck gesetzt wurden, dürfen unter keinen Umständen hingenommen werden oder gar zu alltäglichen Erscheinungen in dieser Stadt werden.

Die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt und im Landkreis Löbau-Zittau mögen bitte öffentlich erklären, warum sie nicht mit der gebotenen Entschiedenheit diesen ungesetzlichen Aktionen entgegengetreten sind. Von denjenigen, die das Camp aus politischer Solidarität heraus befürwortet haben, ist zu erwarten, dass öffentlich zumindest eine Distanzierung von kriminellen Aktionen, die im Zusammenhang mit diesem Grenzcamp gelaufen sind, erklärt wird.

Ich schlage ganz ausdrücklich die Einrichtung eines „Runden Tisches gegen Gewalt" vor und fordere alle friedliebenden Kräfte auf, ein deutliches Signal gegen den Niedergang der politischen Streitkultur zu setzen. **Gregor Janik, Rechtsanwalt**

SZ 21./22.8.99

SZ 16.8.99

Absender aus lauter Feigheit vergessen?

Mo 16.8.1999 SZ

Unter der Überschrift „Das Katholikenproblem lösen!" hatten offenbar Sympathisanten aus dem Umfeld des Camps Flugblätter in den Briefkästen einiger Zittauer verteilt und die Bürger verärgert. Dazu schreibt unser Leser M. Ludwig aus Zittau:

Sehr geehrtes SZ-Team, anbei übergebe ich Euch diese Schmähschrift, wie sie heute als Postwurfsendung in den Briefkästen zu finden war. Der oder die Verfasser eines solches Pamphletes scheinen jedoch vor lauter „versuchter Problemlösung" den Absender vergessen haben anzugeben.

Oder war es gar Absicht vor lauter Feigheit?

Unglaublich, so etwas im Briefkasten zu finden! Wo leben wir eigentlich? Wie ist Eure Reaktion?

Reaktionen auf die Aktion „Kein Mensch ist illegal"

Kein Mensch ist illegal – nur das, was er tut . . .

Sa/So 14./15.8.1999 SZ

Da kommt ein Haufen, zu allem bereiter Gestalten nach Zittau, um für Dinge zu demonstrieren, von denen sie gar nicht wissen, was es ist. Als mir am Montag an der Post ein „Demonstrant" sagte, er sei gegen „deutschen Rassismus", und ich ihn fragte, was „deutscher Rassismus" sei, konnte er mir keine Antwort geben und beendete die Unterhaltung, indem er sich umdrehte.

Da werden Bundesstraßen blockiert, Polizeibeamte beleidigt, Häuserfassaden mit geistlosen Parolen beschmiert, Kfz-Kennzeichen unleserlich gemacht, sich mit Passanten im Rentenalter geprügelt, und dann ist man erstaunt, dass man bei der Bevölkerung auf totale Ablehnung stößt. Wenn ich mir zum Beispiel als Fahrzeugführer bei einer Verkehrskontrolle auch nur einen Bruchteil dieser Delikte zu Schulden kommen lassen würde, ja dann . . .

In Anbetracht der Ereignisse der letzten Tage und Wochen kann man eigentlich nur zu einem Schluss kommen.

Da alle im extremen Bereich befindlichen politischen Gruppierungen Toleranz fordern, aber selbst die Intoleranz in Person zu sein scheinen, können derartige „Demonstrationen" – wie sie Zittau in den letzten Tagen erlebt hat – nicht mehr genehmigt werden, denn sie setzen Zittau in ein Licht, das es nicht verdient hat.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass die sogenannten „Berufsdemonstranten" ihre prügellose Zeit von Berlin nach Zittau verlegen, nur weil sie keine Grenzen mögen – Hauptsache ihr Camp ist eingegrenzt und nach Möglichkeit von der Polizei bewacht.

Zittau darf nicht zur Bühne von rechten oder linken Demos werden, die man uns nach Zittau exportiert, denn die Anzahl der an den Ausschreitungen am Montag beteiligten Zittauer dürfte sich ein Sägewerker an einer Hand abzählen können. **Thomas Pilz, Stadtrat CDU**

SZ 14./15.8.99

SZ 11.8.99

Grenzcamp

Landpartie mit „Castornix"

Mi 11.8.1999 SZ

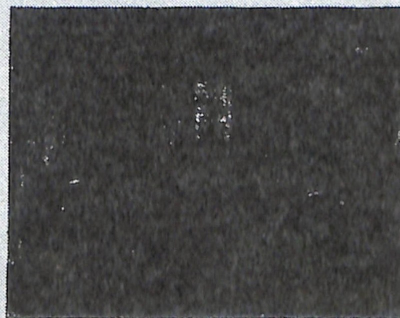
Zwischen Handy und Volxküche / Eine Woche lang professioneller Protest in Zittau

Von Petra-Alexandra Buhl

Rossi sitzt auf den Stufen des „Castornix Volxküchenbauwagens". Ob er für die Volxküche zuständig ist? „Nee", tönt es ein wenig tadelnd, „die ist Volkseigentum." Rossi klettert in den Bauwagen und reicht mir einen Handzettel. Darauf steht, dass man die Volxküche in Dannenberg im Wendland anfordern kann – in der Wiege der deutschen Anti-Atombewegung. „Bei dem kannst du anrufen, wenn du sie für Aktionen brauchst."

In drei Tagen schnaufte die Volxküche samt Zugmaschine und Wassertank von Dannenberg nach Sachsen. Vollbeladen mit Geschirr für 300 Leute und Vorräten. „Alles Lebensmittelspenden von Biobauern aus dem Wendland, die sind mit uns solidarisch", erläutert Rossi und zeigt auf pralle Kartoffelsäcke und Möhren mit welkem Kraut. Das Prinzip der Volxküche: Jeder zahlt, soviel er kann oder hilft bei der Arbeit. Die Küche ist ein Symbol, sie versorgt bei Castor-Transporten Demonstranten mit Essen.

„Die Wendlandküche!", johlen etliche Camp-



Grenz-Camper vor der Volxküche. Foto: SZ/J. Böhme

Teilnehmer begeistert, als sie den acht Meter langen, buntbemalten Bauwagen sehen. Seit dem Sommer 1994 fährt er durch Deutschland und verkündet die Botschaft „Ihr habt das Geld und die Uhren, wir haben die Zeit und das Leben."

Blasse Aufkleber erzählen von den Karawanen und Demonstrationen, bei denen die Volxküche schon mit dabei war.

Rossi übrigens auch. Deshalb will er seinen echten Namen gar nicht nennen: „Das ist Selbstschutz, wenn ich den nicht sage, sonst haben ihn die Nazis gleich gedruckt." Eine Ausnahme unter den Aktivisten ist Rossi damit nicht. Der Kontakt mit dem Grenzcamp lässt sich mit einer fast-konspirativen Handy-Nummer halten. Am anderen Ende meldet sich bei jedem Anruf eine andere Person: „Ja ja, ich bin für die Organisation verantwortlich." Jedes Mal dasselbe Zögern, wenn es um den Namen geht: „Also, äh, ich bin Dirk Schneider." Andere reagieren mit einem Seitenhieb auf den Verfassungsschutz: „Nö, meinen Namen sag' ich nicht, ich will Lehrer oder Staatsanwalt werden."

Am Abend wird über das weitere Verfahren diskutiert. Da fragt eine Frau: „Könnt Ihr denn mal kurz sagen, wer Ihr überhaupt seid?" Kurzer Verständigungsblick der beiden Wortführer: „Na ja, also wir gehören zu den Organisatoren, ähm, wir sind das Zeltplatzkomitee aus Berlin."

Grenz-Camp

Befürchtete Konfrontation in Zittau ist ausgeblieben

Mo I

Präsenz und Deeskalationsstrategie zeigten Wirkung

Zittau. Die befürchtete Konfrontation zwischen den Linken und Rechten in Zittau ist ausgeblieben. Die Polizei hatte mit hoher Präsenz und mit einer Gewährenlassen-Strategie bis zu einem gewissen Punkt dafür gesorgt, dass es zu keinen größeren Ausschreitungen kam. So kam es zwischen Freitagabend und Sonntagmittag lediglich zu einzelnen Übergriffen. So wurden mehrere Angehörige der rechten Szene ermittelt, die mit Schreckschuss-Waffen um sich ballerten. Die Waffen wurden von der Polizei beschlagnahmt, gleichzeitig wurde von einigen der Schützen die Fahrerlaubnis vorläufig eingezogen. Wie die Kontrollbeamten feststellten, waren mehrere der Schützen angetrunken mit ihren Autos unterwegs.

Das Grenz-Camp ging gestern zu Ende. Am Vormittag hielten sich auf dem Camp-Areal noch rund 30 Teilnehmer auf und packten. Eine Woche lang hat das Grenz-Camp mit seinen auch fragwürdigen Aktionen den Landkreis unter Spannung gehalten.

Mit Unverständnis und glatter Ablehnung haben viele Bürger auf das Ereignis reagiert. Die dürfte sich in Oybin am Freitag noch verstärkt haben. Grenz-Camper hatten nicht nur am Berg Oybin Transparente angebracht, sondern sich auch noch verbal mit Angestellten der Einrichtungen auf dem Berg Oybin angelegt.

Im Zittauer Toom-Markt richteten andere Grenz-Camper kurzfristig ein Chaos an. Die Waren aus vollbeladenen Einkaufswagen hatten sie in die Kasse eintippen lassen, die Wagen aber dann einfach in der Kassenzone stehenlassen und sich aus dem Staub gemacht.

Gegen eine Grenz-Camperin wurde Anzeige erstattet wegen Widerstands gehen die Staatsgewalt. Sie hatte sich der Feststellung ihrer Identität widersetzt, musste vorübergehend festgenommen werden. (SZ/jz)

SZ 16.8.99

...und immerhin:

Keine gehäuften Anzeigen beim Camp

Zittau. Einige Anzeigen wegen Sachbeschädigung, unter anderem wegen besprühter Schilder und zerkratzter Autos, hat es in Zusammenhang mit dem Grenzcamp „Kein Mensch ist illegal" gegeben. Allerdings kann nach Polizeiangaben nicht von einer „Häufung der Anzeigen" gesprochen werden. (SZ/oy)

SZ 20.8.99

Camp-Trecker aus dem Verkehr gezogen

Zittau/Dresden. Die Dresdner Polizei hat einen Teil der zurückfahrenden Fahrzeugkolonne des Zittauer Grenzcamps „Kein Mensch ist illegal" in Dresden-Weißig aufgehalten, da die Fahrzeuge augenscheinlich nicht zugelassen und in einem schlechten technischen Zustand waren. Bei der Kontrolle habe man an den Zugfahrzeugen und den Anhängern erhebliche technische Mängel festgestellt, teilte der Pressesprecher der Dresdner Polizei, Karsten Schlinzig, mit. So fehlten Radbolzen, waren Bremsen und Beleuchtung defekt. Von drei Traktoren und drei Anhängern war überhaupt nur ein Traktor für den Straßenverkehr zugelassen. Die anderen Fahrzeuge wurden ohne Zulassung im öffentlichen Straßenverkehr genutzt. (SZ/pc)

SZ 19.8.99

Zittau

Keine Zustimmung für Treffen „Peace On Borderline"

Das diesjährige trilaterale Jugendtreffen „Peace On Borderline" ist gefährdet. Zittaus Oberbürgermeister Jürgen Kloß hält die Veranstaltung „kommunalpolitisch zurzeit" für nicht vertretbar. In einem der SZ vorliegenden Schreiben an den Veranstalter des Festes, den Verein Multikulturelles Zentrum Zittau (MUK), teilte Kloß mit, „keine Zustimmung für eine solche Veranstaltung geben" zu können. Die Nerven der Zittauer seien seit den Auseinandersetzungen der vergangenen Tage zu angespannt. Kloß will den Antrag des MUK, die Flutungswiese unterhalb der Schlegler Straße für das Fest zu nutzen, den Stadträten zuleiten. Für den 30. August ist ein Treffen mit den Fraktionschefs vorgesehen, bei dem über das MUK-Anliegen beraten werden soll. Wenn diese das Fest befürworten, will der OB einlenken. (SZ/pc)

SZ 18.8.99

Jugendtreffen findet im MUK statt

Zittau. Das diesjährige trilaterale Jugendtreffen „Peace On Borderline" wird vom 3. bis 5. September im Multikulturellen Zentrum (MUK) in Zittau stattfinden. Dies sei der letzte Ausweg gewesen, um das seit einem Jahr geplante Fest deutscher, tschechischer und polnischer nicht ausfallen zu lassen, sagte MUK-Geschäftsführerin Kerstin Bast-Haider gestern auf Nachfrage der SZ. Ursprünglich sollte für die Veranstaltung die Flutungswiese unterhalb der Schlegler Straße genutzt werden. Zittaus Oberbürgermeister Jürgen Kloß (CDU) hatte dafür jedoch keine Zustimmung erteilt, und das Jugendtreffen als derzeit „kommunalpolitisch nicht vertretbar" bezeichnet. (SZ/pc)

sz 28./29.8.99

Eine Auswahl weiterer Artikel

zum Grenzcamp '99

analyse◦kritik 26.8.99
Antifaschistische Nachrichten 2.9.99
CEE IEH (Leipzig) 10/99, 11/99
Gegenwind Nov. 99
Jungle World 11.8.99, 25.8.99
junge Welt 12.8.99
Klarofix (Leipzig) 9/99
Ornament◦Verbrechen (web) ◦1
Sächsische Zeitung 7.10.99 u.v.m.
Swing (autonomes rhein◦main◦info) Sept.99
taz 11.8.99, 30.8.99

Besser als die STASI.
Dank Ihrer Hilfe!



BGS

Für mehr Informationen wenden Sie sich an unser Bürgertelefon:
01805/319320



Camp99radio

Ein Text von den MacherInnen

[[Das [camp99radio] ist ein freier, netter, kleiner Stein im Äther, ein Signal, das man/frau sich nehmen kann oder nicht, ein Argument, das niemals davoneilt und dennoch in den unendlichen Weiten des Grenzlandes entschwindet. (Erst wenn der oder die letzte durchs Ziel gelaufen ist haben wir gewonnen.) Das [camp99radio] handelt nicht strategisch, sondern taktisch - es ist jederzeit bereit zum Empfang und zum Senden. Dabei ist die Struktur von [camp99radio] vollkommen undurchsichtig; die Standardfrage der Macht: Wer ist hier verantwortlich? fällt in ein großes schwarzes Loch! Keine DJs, keine Anmoderatation. Das kann doch gar sein! Dennoch gibt es handelnde Personen, die der festen Überzeugung sind: Wer nicht zuhört, hat gerade was besseres vor! Jenseits Radio. Jenseits der Grenzen, der ferngesteuerten Hoergewohnheiten. Sinnlos und dazu noch umsonst. Diese Personen sind daran zu erkennen, dass sie immer mit irgendwelchen Geräten hantieren oder gar nichts tun; Debatten führen, Fragen stellen, Mikrofone mit sich herumtragen, vielleicht auch Audiocassetten ausleihen und vergessen sie zurueckzubringen. Aus der Sicht der (informierte) Macht trudelt das [camp99radio] sehr chaotisch, das macht aber nix, „denn deren Chaos ist schliesslich nicht unser Chaos, so wie deren Ordnung nicht unsere Ordnung ist." (Agentur Bilwet)]]

André Simon, Markus Gehring, Genc Greva und andere

Auf dem Grenzcamp gab es, wie letztes Jahr, wieder ein Camp-Radio. Es machte also Sinn Radios mitzubringen: Radiowecker fürs Zelt, fette Ghettobluster für die Wiese und tragbare für Unterwegs und auf Aktionen. Alle waren aber auch herzlich eingeladen, bizarre Töne mitzuschleppen Und einen vagen Wundermix zu veranstalten, in der tiefen Nacht. Eher kein Vinyl. Also, jenseits des 'Auflegens'...

Das [camp99radio] INFORMIERTE - über letzte und ungültige Wahrheiten; UNTERHIELT - den antirassistischen Widerstand gegen das herrschende Grenzregime; BILDETE - Banden.

Auf dem Camp gab es viele Kommunikationsflächen: Das Küchenzelt, das Plenumszelt, den Frauen/Lesben-Bereich, den Bauwagen-Halbkreis, die diversen Treff-Zelte der einzelnen Städte im Labyrinth. Das Radio-Zelt war dazwischen: die Antenne an den Masten des Küchenzelts, inmitten und vermittelnd in der Mitte des Camps, sowas wie Megahertz im Herzen!

Das [camp99radio] war eine offene und eine geschlossene Grenze zu gleich. Seine Bauteile kamen aus aller Welt. Die am meisten gereiste Maschine war der Mixer aus den U.S.A., die am wenigsten die Batterie aus der nächsten Tanke. Kein Wort an dieser Stelle, woher die Bauteile dieser Bauteile stammen:



Grenzenloser Warenverkehr der kapitalistischen Welt. Der schönste Augenblick war, als zwei Freunde aus Moskau nach fünf Tagen ‚on the road' in die Sendung platzten und sagten: „Wir sind jetzt da!" und die Geschichte ihrer Reise ins Mikrofon erzählten, mit offenem Daumen am Strassenrand des halben Kontinents. Es war der Abend der Gesprächsrunde von ‚Deep Europe': Menschen aus Polen, der Ukraine, aus Tschechien und vom Balkan, aus Großbritannien, Russland, den Niederlanden usw. Sie schilderten ihre Erfahrungen mit der Grenze und ihren Widerstand. Eine schöne, präzise, Sendung zum zuhören - oder weghören.Egal. Offene Grenzen. Wie die Rythmen der Trommeln von The Voice. Eine Stimme unter vielen. Das Radio-Zelt als Platz der Übergänge.

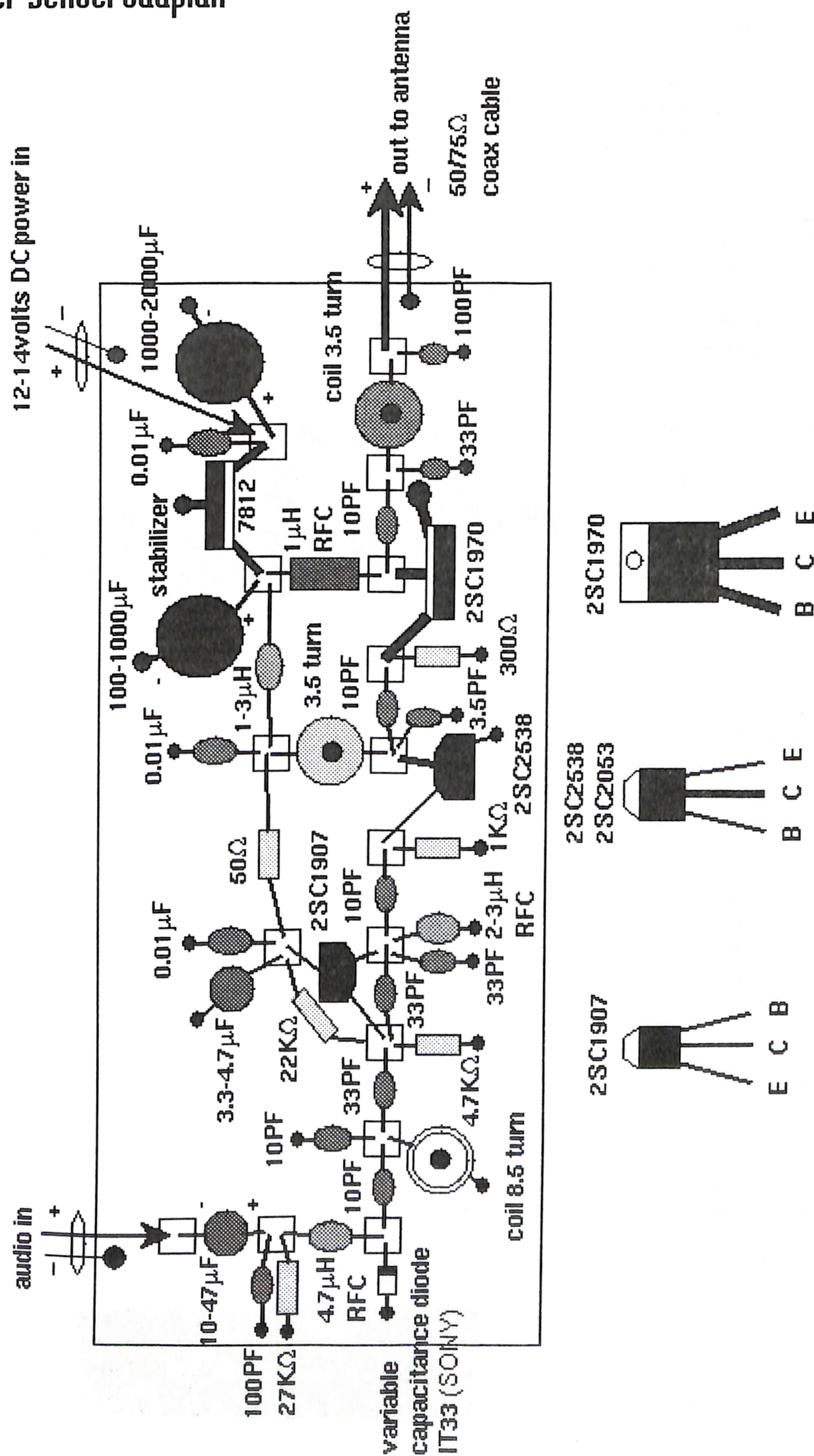
Oder auch ganz anders: Das Radio-Zelt als Ort der Stabilisierung eigener Identitäts-Inseln, noch im besten Sinne verstanden als Wille zur Gegeninformation. Ein Parforce-Ritt durch die ritualisierte Politik-Monokultur.
Der Höhepunkt war eine Sendung gegen unsere treuesten Hörer und Hörerinnen von der Waldfraktion (BGS verwandelt euch in Bäume). Ein Moderator in bester Privatfunk-Ästhetik beleidigte konsequent den Feind. Ein symbolisches Grenzkontrollprogramm nach dem Motto: ‚Wir, die Guten sind hier, und ihr, die Schlechten seid dort draussen im Äther. Das Radio-Zelt ermöglichte also Beides: Den praktischen Versuch Grenzen zu ignorieren, und die Praxis Grenzen zu organisieren, um seinem eigenen Kontext zu fröhnen.

Dennoch: Das brachte Bewegung ins Spiel: Die Lust und Überzeugung das Medium sich anzueignen und zu nutzen. Erst wenn der oder die letzte durchs Ziel geht, haben wir gewonnen! Äther-StrategInnen und TaktikerInnen. Beides spiegelte das Camp und machte das Dilemma der aktuellen Diskussion, was offene Grenzen in unserer Praxis bedeuten hörbar.

Und so war's am Allerschönsten, als abends die Bühne platzte vor ZuhörerInnen, die alle dachten, nur zu feiern und damit jedes Sendungsbewusstsein im lauten und chaotischen Rauschen des Aethers in sich zusammenbrach. Da war das kleine Radiozelt auf einmal voller FunkerInnen.

Nun ganz praktisch: Das [camp99radio] bestand aus Konsum-Ware: Alle Geräte sind im Handel kostengünstig greifbar. Der Sender selbst war reinste Sahne und in Stereo. Ein simpler Monobauplan, dessen Nachbau etwa eine Stunde dauert, liegt hier an.

Der Senderbauplan



... das Webjournal ....

Auf dem Camp wurde ein Webjournal erstellt, das täglich aktualisiert wurde und über das Berichte und Photos von Aktionen, Flugblätter, inhaltliche Diskussionsbeiträge und weitere News veröffentlicht worden sind. So wurde das Camp und die von dort ablaufenden Aktionen für Nichtanwesende transparent - überregional war es eine der wenigen Infomöglichkeiten, um zeitgleich zum Camp die Aktionen mitzubekommen, und auf jeden Fall die einzige, in denen sich die Sicht der TeilnehmerInnen widerspiegelte.

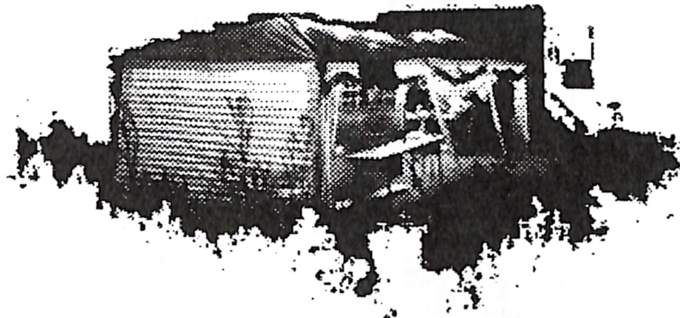
Das Material kam zum größten Teil von den CampteilnehmerInnen, die sich häufig spontan an einen der Laptops setzten und ihre Eindrücke oder Kritiken an Aktionen eintippten, oder Photos zur Verfügung stellten - es fanden sich dann auch Leute, die Texte ins Englische oder Tschechische übersetzt haben. Viele der Texte wären sonst nicht entstanden, und nicht wenige der Aktionen weitgehend undokumentiert geblieben.
Das Webzelt war besonders abends Anlaufpunkt für Neugierige („??? was machen denn die vielen Computer hier ???"), die, nachdem der Irrtum aufgeklärt war, dass es kein Internetcafe sei (was aus technischen Gründen auf dem Camp nicht ging), aber mensch sich das Webjournal, die nadir-seiten und einige andere dennoch anschauen könnten, gemeinsam surften, über Aktionen und Texte diskutierten, und nicht selten dann auch Texte verfassten, um das Journal zu ergänzen.
Die Mischung aus Arbeitsatmosphäre, fröhlichem Chaos, Technik und Do-it-Yourself-Journalismus war auf jeden Fall extrem spannend :-)

Leider haben es die MacherInnen des Webjournal nicht rechtzeitig geschafft, einen eigenen Beitrag zu schicken; deswegen veröffentlichen wir hier nur das Editorial, das noch in den ersten Camptagen entstanden ist und aber unserer Meinung nach trotzdem einen guten Eindruck von der spezifischen Stimmung im Webzelt und der Arbeitsatmosphäre vermittelt - oder vielleicht gerade deswegen?

Editorial

Wie immer kam alles ganz anders. Am ersten Tag haben wir natuerlich nicht die Berichterstattung aufgenommen. Am zweiten auch nicht und jetzt, naja wir werden sehen...

In den Berichten des webjournals koennt ihr einige der Gruende lesen, zum Beispiel wie wir hier anfangs taeglich umziehen mussten. Aber jetzt steht das Camp und auch unser Computerzelt. Anstoesse zu stories, die wir hoffentlich demnaechst ins Netz stellen werden. Bislang sitzen wir (einige von nadir und eine von der Arranca!) den halben Tag in unserem Zelt, basteln viel zu lang an der laestigen Technik und deshalb viel zu wenig an den Inhalten des webjournals. Zudem schauen ab und zu einige UebersetzerInnen und LayouterInnen vorbei und jede Menge Leute, die glauben, wir seien ein Internetcafe - doch das sind wir nicht! (Aber vielleicht kann das ja mal wer fuer's naechste Camp organisieren.)



Am Sonntag waren wir noch ziemlich unzufrieden mit der Entscheidung, uns hier an die B99 abschieben zu lassen, statt einen der vielen netten Plätze in der Umgebung zu besetzen. Mittlerweile ist aber - scheint's - doch das Kalkuel der OrganisatorInnen aufgegangen: Wir konnten endlich zum politischen Teil des Camps uebergehen, statt mit den Behoerden Katz und Maus zu spielen. Trotzdem finden wir nach wie vor, dass die Besetzung eines geeigneteren Platzes auch politisch richtig gewesen waere.

Ohne Umzugsstress wurden am Montag Spaziergang und Kundgebung am Zittauer Marktplatz gelungene Aktionen, obwohl oder gerade weil wir danach eine kleine Spontandemo zur Polizeiwache unternehmen mussten: Dort wurden drei Leute festgehalten, die sich angeblich mit einigen der zahlreichen einheimischen Nazis gerangelt haben sollen. Die Redebeitraege gaben uns einige An-

Leute von voice of africa aus Jena halten hier ihre Plena ab, und ein Journalist der jungle World nutzt unser Zelt nicht nur ebenfalls als Redaktionsbuero, sondern sogar als Frisiersalon.

Nochmal ein dickes Dankeschoen, dass wir seinen ersten Text schon vorab ins Netz stellen konnten. Hier ist also viel los, aber alles noch etwas chaotisch. Ob wir euch mit stuendlichen News versorgen koennen, wie wir es eigentlich vorhatten, ist noch fraglich. Auf jeden Fall koennt ihr hier immer die jeweiligen Tagesberichte abrufen. Dazu gibt es hoffentlich ab Dienstag spannende Reportagen und Interviews. Ausserdem stellen wir Berichte aus der Presse, Redebeitraege, Pressemitteilungen und alles, was von den CampteilnehmerInnen so kommt, ins Netz. Uebersetzt wird zumindest einiges davon ins Englische und ins Tschechische.

Sie koennen das Editorial jetzt ausschalten.

Das Webjournal könnt ihr euch anschauen unter :
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/camp/

Arbeitskreis Lufthansa

Auf dem Camp fanden sich bundesweit Leute zusammen, die gegen das Mitwirken und das finanzielle Profitieren der Flughafengesellschaften, speziell der Lufthansa, eine Kampagne initiieren wollen und thematisch dazu arbeiten wollen.
Entsprechende Aktionen sind inzwischen schon angelaufen, z.B. eine Flughafendemo am 1.10. in München und die Veröffentlichung einer Postkartenserie; geplant ist ein Plakatwettbewerb zur bundesweiten Kampagne gegen die Abschiebungen der Lufthansa

Erklärung zu der bundesweiten Kampagne:

Wir wollen mit unserer Kampagne gegen die Lufthansa durch vielfältige Aktionen auf die Verantwortung der Lufthansa, die am Abschiebegeschäft gut verdient, aufmerksam machen. Es handelt sich dabei nicht um eine Boykottkampagne. Vielmehr werden Fluggäste und Flugpersonal zum Handeln gegen Abschiebungen aufgerufen. Das Image der Lufthansa soll durch diese Kampagne mit dem Ziel geschädigt werden, daß sie sich aus diesem
schmutzigen Geschäft zurückzieht.

Anlaß zur Kampagne ist - unter anderem - der Tod des sudanesische Flüchtlings Mohamed Aamir Ageep, der im Mai 1999 an Bord einer Lufthansamaschine starb. Er sollte, durch BGS-Beamte begleitet, in den Sudan abgeschoben werden. Die Beamten hatten ihn gefesselt, ihm einen Motorradhelm aufgesetzt und ihn solange auf dem Sitz gedrückt, bis er erstickte. 1994 starb bereits der Nigerianer Kola Bankole bei seiner Abschiebung - ebenfalls in einer Lufthansa-Maschine. Immer wieder werden die sogenannten "Schüblinge" beim Transport im Flugzeug brutal mißhandelt. Fußfesseln, Mundknebel oder Integralhelme dienen nach offiziellen Angaben dem Schutz der Bundesgrenzschutzbeamten vor "renitenten", sich ihrer Abschiebung widersetzenden Flüchtlingen. Gegen diese menschenverachtenden Deportationen regt sich in verschiedenen europäischen Ländern Widerstand. So gibt es in Frankreich, Belgien und den Niederlanden Protestkampagnen gegen die Luftfahrtgesellschaften Air France, Sabena und KLM.

Auch in der BRD gab es bereits verschiedene Aktionen, zum Beispiel auf Flughäfen, um die Fluggäste auf Abschiebungen hinzuweisen und sie zum Widerstand aufzufordern.

Postkartenaktion

„Allein vom Frankfurter Flughafen werden täglich über 30 Menschen in Verfolgung, Folter, Krieg und Armut abgeschoben. Kaum eine Fluggesellschaft verweigert dabei ihre Mitwirkung. Die meisten profitieren davon. 50% aller Abschiebungen finden in Lufthansa-Maschinen statt.

Was können sie tun?

Sollten sie eine Abschiebung beobachten - mischen sie sich ein! Protestieren sie lautstark! Sprechen sie Mitreisende an! Fordern sie das Personal auf, diese Abschiebung zu verhindern! Verweisen sie auf die Menschenrechte! Jeder Flugkapitän kann die Mitnahme von Abzuschiebenden verweigern. Fordern sie ihn dazu auf! Drohen sie mit Fluglinienboykott! Bringen sie ihre Beobachtungen an die Öffentlichkeit!

Greifen sie e+in! Ihre Zivilcourage kann Leben retten! Wir fordern sie auf, aktiv mit Mut und Solidarität gegen rassistische Praxis und Hetze einzugreifen! „

(Rückseitentext)



Postkartenmotiv zur Kampagne

Kontaktadresse:
Bayerischer Flüchtlingsrat,
Valleystraße 42,
81371 München,
Tel.: 089 / 76 22 34,
Fax: 089 / 76 22 36,
e-mail: bfr@ibu.de

Ein Kurzfazit zum Grenzcamp '99 in Zittau

[...]
Geplant war eigentlich neben dem täglichen großen Plenum eine Delistruktur, die wurde jedoch anfangs von einigen wirksam boykottiert, so daß sie erst Anfang der Woche aufgebaut wurde. Wir haben alle keine Übung mehr (in Bewegungszeiten war das anders, aber das ist nun mal leider schon lange her) mit sovielen Menschen zu planen, zu kommunizieren, zu entscheiden und das alles im Konsensprinzip! Eine funktionierende Delistruktur braucht natürlich auch eine funktionierende Basis, sprich Gruppen, die sich verstehen und streiten können; auch das ist in unserer linksradikalen Landschaft nur noch rudimentär vorhanden. Selbst von unserem Vorbereitungskreis, der eigentlich aus 21 Städten bestand, war auf dem Camp kaum noch was zu sehen. Erst ab Mitte des Camps gab es endlich eine angenehmere Kommunikation über das sog. Deliplenum und auch die Großplenas mit mehreren Hundert Leuten waren nicht nur Tummelplatz für einfach mal ins Plenum eingeworfene Gedanken. Ich fand diese 9 Tage in der Beziehung ein unglaublich spannendes Experimentierfeld, auch wenn ich zweimal vor lauter Genervtheit kurz vor der Abreise stand. Die Analyse der abgelaufenen Prozesse bedarf jedenfalls einer besonderen Auswertung.
Einen großen Kritikpunkt muß ich allerdings noch loswerden: die erste Hälfte des Camps war geprägt von großem konsumistischen Verhalten. Eigenverantwortung in einer Selbstverständlichkeit scheint außer Mode gekommen zu sein, der gesellschaftliche Mainstream hat auch vor „uns" nicht Halt gemacht. Eigentlich sind wir doch immer so großartig in unserer politischen Analyse, die da heißt, wir sind nicht nur Opfer, sondern können die Entwicklung durchaus auch selbst mit in die Hand nehmen. Wir als Vorbereitungsgruppe wollten lediglich den Rahmen und die Mobilisierung stellen, die inhaltliche und praktische Gestaltung des Camps lag in den Händen aller. Einzige Ausnahme war die hervorragende Vokü aus dem Wendland (an dieser Stelle nochmals viel LOB und ANERKENNUNG), die Mithilfe hierbei funktionierte vorbildlich.
Mehr politische Debatten und auch strategischere Perspektivdiskussionen waren im Vorfeld erhofft gewesen. Es liefen einige parallel dazu, der Schwerpunkt war aber auch dieses Jahr eindeutig die politische Aktion nach außen. Schade auch, mit so vielen Menschen wäre es auch eine gute Chance gewesen, strategisch ein paar Zentimeter weiterzukommen, andererseits hatte der Autonomiekongreß 1995 mit 2000 TeilnehmerInnen, der als solches gedacht war, die erwünschten Zentimeter auch nicht gebracht. Meine Einschätzung ist die, daß es uns in so bewegungsarmen und ohnmachtsgefüllten Zeiten mehr bringt, wenn wir (damit meine ich durchaus diese heterogene Mischung, wie sie im Camp war) uns gebündelter auf wenige Regionen und/oder Ereignisse konzentrieren, diese nach innen als Experimentierfeld begreifen, wo wir uns in der praktischen Umsetzung unserer schwammig formulierten Utopien üben und nach außen zumindest in kleinsten Schritten in puncto gegenmacht bewegen. Zittau hatte zumindest gezeigt, daß wir eine braune und stockkonservative Gegend durcheinanderwirbeln können, den Jugendlichen vor Ort die Erfahrung ermöglichten, daß es auch nazifreie Tage gibt, bzw. zu zeige, daß es geht, die einzuschüchtern. Ein weiteres Ansinnen war, Andersdenkende zu unterstützen. Durch die praktische Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen vor Ort gründete sich nun eine Initiative, die die Forderung nach Schließung des Flüchtlingsheims unterstützt. Mehr Aufbau und Zusammenarbeit war, glaube ich, auch nicht möglich, weil wir im Vorfeld sehr ignorant und undifferenziert mit den örtlichen Gegebenheiten umgingen. Für ein nächstes Mal - wo auch immer - erhoffe ich mir einen Lernprozeß unsererseits. Die 9 Tage und die ganze Vorbereitungszeit wollte ich in keinster Weise missen - im Gegenteil, trotz Nerv und Totalerschöpfung habe ich aufgetankt - auch wenn sich das jetzt pathetisch anhört - anyway!

Eine vom Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E.
(Abschift aus der Interim Nr. 428)

Platzhirsche, Plena, Plattitüden

aus Interim Nr. 483 - 9.9.99 (Abschrift):

Es war tatsächlich eigentlich gar nicht mal so schlimm. Selbst die Plena liefen vergleichsweise zivil ab, wenn auch wieder die üblichen Platzhirsche jenes dominante Redeverhalten zur Schau trugen, welches seit eben jenen zehn bis fuffzehn Jahren zurecht kritisiert wird, in denen genau dieselben Platzhirsche ihre Ratschlüsse herrlich verkünden. Denn seit der „Bewegungszeit", wie eine Resümierende aus Berlin sich nicht entblödet die „autonomen" 80er Jahre zu bezeichnen, reden sie immer denselben krausen Kram, der schon zu Beginn dieser „Epoche" wenig Anregendes hatte. Inzwischen fehlt dem Geschwafel aber die Bewegung und das ganze klingt nochmal hohler als damals. Egal, es ist eine Handvoll Leute, beileibe nicht nur Männer, die die etwas ausufernden Gesprächsrunden mit um die 300 Leuten mit ihren Suaden, ihrer Lautstärke und ihrer Impertinenz bestimmten. Namen müssen wohl nicht genannt werden, wer da war - und sei's auch nur einen Abend -, weiß, wer gemeint ist, Kenner der Berliner Szene könnten es auch raten, ohne dort gewesen zu sein. Ja, die BerlinerInnen, die vom Zeltplatzkomitee: Alle reiten auf ihrem Slogan „Keine Grenze ist für immer" herum, das ist auch sicher notwendig, aber die ein bißchen kommt es schon auch auf die Form an, damit die Kritik solidarisch genannt werden kann. Dieser Gestus des ertappenden Kontrolleurs der herrschenden Gesinnung, wie ihn Tjark Kunstreich in der Konkret zelebriert, ist ekelhaft und nichts weniger als denunziatorisch. Klar, ist der Slogan Scheiße, darüber waren sich alle einig, selbst diejenigen, die ihn auf Plakate drukken ließen. Es gab auf einem Plenum einen ziemlich schönen kritischen Beitrag zu dem Slogan, der hoffentlich auch im Campreader nochmal zu lesen sein wird. Einer der (oder DER) „Wortführer" (gute Umschreibung für den Betreffenden) der BerlinerInnen gestand ein, daß der Zeitdruck ein konzentriertes Nachdenken über den Slogan verhindert habe, kann passieren. Schade nur, daß er dann noch gleich anschließend zu einem völlig blindwütigen Gegenangriff ausfiel, der die KritikerInnen des Slogans des Wunsches zieh, sie wollten endlich mit ihrer pingeligen Quengelei „den guten, sauberen Linken" entwickeln und finden. Darum war es nicht gegangen, und wieder bügelte der Redner rhetorisch alles nieder, verbrauchte Zeit und Atemluft der Anwesenden, und provozierte um des Provozierens Willen, was irgendwann ganz gewaltig auf den Zeiger derjenigen geht, die den verquasten Mist schon tausend mal gehört haben und auf Kosten derer, die sich vielleicht nicht so ohne weiteres trauen, vor einem derart großen Plenum und seinen eloquenten EinpeitscherInnen zu sprechen. Dies ist kein Plädoyer für einen Maulkorberlaß wider Altautonome mit oraler Schließmuskelschwäche, sondern ein Aufruf zur Rücksichtnahme und Redezeitbegrenzung. In einem Papier heißt es, es habe sich gezeigt, daß es lohnend war, wieder

gemeinsam und als gemischter großer Zusammenhang eine Aktion wie das Grenzcamp zu veranstalten: Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, wenn es dann auch nicht mehr diese völlig holzhammermäßig formulierten, in ihrem Duktus super autoritären und in ihrer Konsequenz totalitären Redebeiträge des FrauenLesben-Plenums mit eingebauter Selbstimmunisierung gäbe. Auch hier wären Formen solidarischen Umgangs auch zwischen Frauen/Lesben und Männern denkbar. Andererseits hatte sich im vergangenen Jahr auch das zeitlich und räumlich getrennte Vorgehen durchaus bewährt: niemand jedenfalls ist gezwungen mit jemandem zu zelten, den er/sie richtig und unrettbar Scheiße findet.

Das Ende der Geduld mit den Einheimischen

Es ist viel und auch konstruktiv über den Umgang mit den BewohnerInnen der Grenzregion gesprochen und gestritten worden. Beim ersten Camp war es vor allem der Wunsch der Gruppen vor Ort, die am „Tatort" würden weiterleben müssen, auch wenn das Camp schon fort ist, daß ein ziemlich großer Aufwand getrieben wurde, die Aktionen, das Camp und die Kampagne „Kein Mensch ist illegal" vermittelbar und für die Bevölkerung transparent zu machen. Ob „Bekennerschreiben" oder Diskussionsgrundlage, das Konzept der Massenzeitung zur Verteilung an die Leute vor Ort ist in jedem Falle gelungen. Aber wo ist die Grenze der Vermittelbarkeit und vor allem die Grenze der Geduld mit den in ihren Wahngebilden erstarrten Bevölkerung. Man muß wahrhaftig kein Antideutscher oder Antinationaler sein, um ab einem bestimmten Punkt zu sagen: „Das ist. mir scheißegal, wie das hier finden, diese Deppen." Das tägliche fiebrige Warten auf die Lokalzeitung und wie sie „uns" darstellt oder dastehen läßt, war teilweise schon fast peinlich, zumal diese Medien auch für die rassistische Zurichtung der Köpfe der GrenzbewohnerInnen zuständig sind, oder besser gesagt, die die rassistische Gedankenwelt der meisten Leute dort im Sinne der Erfinder der „Inneren Sicherheit" bei Laune halten sollen. Was erwartet man von den SchreiberInnen dieser Zeitungen, den Reportern dieser Radios? Im vergangenen Jahr wurde - zum Teil zurecht - kritisiert, daß allzu „staatsmännisch" auftretende Joschka-Verschnitte seitens der CampvorbereiterInnen sich bei den Behörden „eingeschleimnt" hätten, um gute Stimmung zu machen. Man war sich einig, daß in diesem Jahr andere Saiten aufgezogen werden sollten, doch nichts dergleichen. Der Blödmann von der Sächsischen Zeitung (SZ) hatte den Hetzartikel gegen das Camp noch nicht ganz fertig, da entschuldigte sich schon eine namentlich bekannte Person bei der SZ, eine Person übrigens, die bislang nicht als Kenner der zimperlichen Befindlichkeit des bürgerlichen Spektrums bekannt war. Es ist richtig, unkluge oder saublöde Aktionen zu kritisieren, wie die, mit der Grobschablone eines Antifaschismus des dummen Kerls rumzulaufen und blindling(k)s nach Kurzhaarköpfen, augenscheinlichen Polizeispitzeln oder vermeintlichen Polizeipfarrern zu treten. Aber dabei geht es um das eigene Selbstverständnis, und nicht um ein Image, das gefährdet werden könnte.

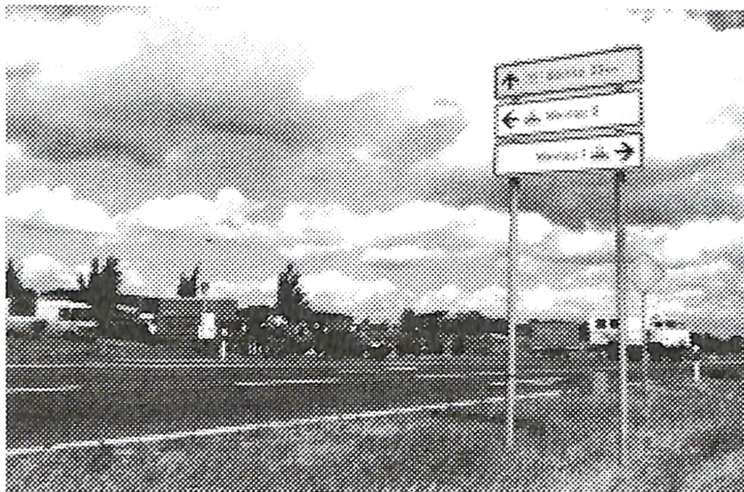


Sich einerseits um die Betitelung der CamperInnen als „MenschenrechtlerInnen" zu amüsieren, sich aber nach außen hin als eben diese Menschenrechts-Fuzzys zu gerieren, ist auch eine Art „humanitäre Katastrophe". Camperseits waren sich immer alle einig, daß die RassistInnen nicht dort abgeholt werden sollen, wo sie ihr trübes reaktionäres Süppchen kochen (Aufschlußreich ist hierzu die Lektüre der Leserbriefe in der SZ zum Camp, und daß die SZ sie abgedruckt hat). Wenn sie sich nicht bewegen wollen, was man - zumal nach all den unermüdlich vorgebrachten Gesprächs- und Diskussionsangeboten - zumindest von einzelnen hätte erwarten können, dann sollen sie „uns" am Arsch lecken! Das gilt im übrigen auch für „unsere" Bezugsgruppen vor Ort.

Links ist weites Feld

Eine Einschätzerin des Camps schrieb, die Vorbereitungen vor Ort seien dilettantisch gelaufen, weshalb man kaum Bezugsgruppen dort mobilisieren konnte. Dem muß einmal entschieden widersprochen werden: die Gruppen, die unermüdlich als potentielle Kooperationspartner in Zittau gehandelt wurden und werden, sind nicht das wofür man sie hält. Zwar ist es richtig, das sie in dieser Gegend die einzigen Leute zu Mitgliedern haben, die überhaupt irgendetwas im Sinne nicht-rechter Jugendarbeit und „Ausländerarbeit" machen. Das heißt aber nicht, daß sie wirklich gut drauf wären. Sie stehen in ihrem Umfeld zwar am weitesten links, das ist aber verdammt weit rechts, weil es links der Mitte so gut wie nichts (mehr) gibt. Hätte man von einem Jugendtreff wie dem „Emil", welches zwei Wochen vor dem Camp Ziel eines Neonazi-Angriffs war, nicht erwarten können, daß sie von sich aus mal in die Gänge kommen, wenn es gegen Nazis geht. Die „Emil"-Leute sind im übrigen schon zur Teilnahme am ersten Camp mehrfach eingeladen worden und es waren sogar zwei Leute aus Berlin extra nach Zittau gefahren, um dort für das Camp zu mobilisieren - sie wurden von einer Mitarbeiterin des Treffs mehr oder minder abgewimmelt. Auch auf nachfolgende Faxe, Briefe und Anrufe haben sich die Emils niemals zurückgemeldet. Der größte Klopper aber ist das MUK: auf einem Plenum wurde diese Institution über den grünen Klee gelobt, hatte doch im vergangenen Jahr eine MUK-Mitarbeiterin bei der öffentlichen Veranstaltung des Camps mit auf dem Podium gesessen und ziemlich gute Sachen gesagt. Nachdem diese Person das MUK und Zittau verlassen hat, gibt es keinen Grund mehr, mit diesen Leuten zusammen zu arbeiten. Der jetzige Vorsitzende des Vereins - ein FDP-kompatibler reaktionärer Warmduscher - sagte im Vorfeld des letztjährigen Camps, ihm seien die Rechten oft sogar lieber, da sie wenigstens nicht die Linken brauchten, um sich selbst zu definieren, wie die Linken die Rechten. Außerdem gibt es personelle und ideologische Verbindungen zwischen dem MUK und dem ntelle Gesellschaftsgestaltung" aus Belzig/Brandenburg. Der frühere Geschäftsführer Thomas „Pille" Pilz (oder so ähnlich) ist nicht nur ZEGG-Mitglied, sondern hat eine Art Ableger dieser an Otto Muehls Wiener Vergewaltigungskommune orientierten Eso-Sex-Sekte in der Nähe Zittaus, die sog. Fabrik, gegründet. Diese Gruppe steht

noch heute in engem Kontakt mit dem ZEGG und dem MUK, in dessen Periodikum, dem „Südost", noch heute Veranstaltungshinweise der Belziger Psychosekte abgedruckt werden. Es wird gemunkelt, daß Pilz' Gruppe auch das Café „Platane" im MUK übernehmen soll. In der Vorbereitung des 98er Camps hat das MUK die CamperInnen nach Strich und Faden verarscht, schuldet der Kampagne bis heute über 700 Mark Kopierkosten und hat angesichts des letztjährigen Aufrufes kurz vor einer aktiven Beteiligung am Camp den Arsch zusammengekniffen. Kurz und gut, das sind keine Leute, mit denen eine Zusammenarbeit möglich ist und denen eine Träne nach zu weinen wäre. Das hätten sie auch nicht dadurch unter Beweis stellen müssen, daß sie sich - ohne vorher ein klärendes Gespräch mit den CamperInnen gesucht zu haben - öffentlich vom Camp distanziert haben, diese kleingeistigen Hasenfüße und Denunzianten! Trotzdem bleibt klar zu stellen, daß es einen Intentionskonflikt mit Gruppen vor Ort und den „Auswärtigen" gibt und daß man ihn ernst nehmen muß, um nicht über die Interessen lokaler Kooperationspartner hinwegzutrampeln. Doch dazu müßten es echte FreundInnen sein, die ein Interesse an den gewählten Schwerpunkten Antifa und AntiRa haben. Die Leute aus Görlitz, ohne die vergangenes und dieses Jahr die Camp-Vorbereitung überhaupt nicht möglich gewesen wäre, sind eine solche Gruppe. Und die Tatsache, daß in diesem Jahr haufenweise Gruppen aus den neuen Bundesländern da waren, zeigt, daß es hier auf der Kommunikationsebene auch kein Ost-West-Problem gibt, mit welchem viele die Mißverständnisse mit den Gruppen aus Zittau zu erklären versuchen.



Vorschlag zur Güte

Da Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung der Inhalte der Kampagne die aufgezeigten Grenzen haben und viele Aktionen die Ebene des Symbolischen nicht verlassen (was nicht negativ sein muß) und angesichts der Masse von Leuten das Inhaltliche doch auch immer wieder eher eine untergeordnete Rolle spielt, sollte überlegt werden, ob es nicht sinnvoller und nützlicher wäre, den Schwerpunkt des Camps auf die Vernetzung der in- und ausländischen (v.a. südost- und osteuropäischen) Gruppen und auf die breite Diskussion antirassistischer Themen im europäischen Zusammenhang zu legen. Das ganze könnte als eine Art „Grenzkongress" organisiert werden, mit interessanten ReferentInnen und spannenden Foren, Diskussionsrunden und Arbeitsgruppen. Die auch weiterhin gewünschten Aktionen, Kundgebungen, Kulturveranstaltungen und Demonstrationen würden nebst Vermittlungsversuchen deutlich in die zweite Reihe rücken, das ganze Camp von der Öffentlichkeitswirksamkeit unabhängiger machen und ein intensiveres Kennenlernen der Gruppen und Personen ermöglichen.

Hans Meister und Fred König

Einige Beiträge zum Abschlussplenum

'Marketing-Position' gegen 'Militaristischen Ansatz'

Der erste Beitrag bezieht sich auf den Widerspruch zwischen den beiden Zielen des Camps: zum einen die Irritation und Provokation des Alltags der Bevölkerung, zum anderen die Vermittlung von anderen (als den herrschenden) Verhaltensmöglichkeiten zun Grenzregime. Damit auch „die Unterstützung aller derjenigen vor Ort, die unter den dort gegebenen Verhältnissen auf ihre Weise dem Rassismus und den Rassisten widersprechen" (s. Schreiben vom Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E. zum Grenzcamp und ihren Motivationen). Daraus ergab sich die Frage, ob es möglich ist, diesen Widerspruch aufzulösen, indem versucht wird, durch Provokation „Kommunikationskanäle" zu schaffen, durch die Gegenöffentlichkeit über den Grenzalltag hergestellt werden kann. Dafür auch z.B. die Camp-Zeitung in einer hohen Auflage. Aber was verstehen wir eigentlich unter Provokation und Irritation? Und welche Ziele werden tatsächlich damit verfolgt? Die Aktionen, die vom Camp ausgingen, haben eine vielfältige Palette von Möglichkeiten aufgezeigt. Aber es ist notwendig zu differenzieren zwischen der Provokation von Menschen direkt, auf Grund ihres Daseins, oder auf Grund ihres rassistischen und nationalistischen Handelns. Wenn dazwischen nicht unterschieden wird, hängt das 'Angriffs'-ziel nicht mehr unmittelbar mit der Begründung des 'Angriffs' zusammen, und wird damit unklar. Und wenn Provokationen nicht mehr das Ziel haben, Inhalte zu vermitteln bzw. Kommunikationskanäle zu schaffen, sondern einfach nur den Selbstzweck verfolgen, zu stören, sorgt das für nur noch mehr Probleme mit der Bevölkerung, anstatt unterstützend zu wirken oder gar Unterstützung zu bewirken. Beispiele dafür sind die Distanzierung des Multikulurellen Zentrums in Zittau vom Camp, weil aus einer Kundgebung auf dem Marktplatz heraus Kurzhaarige angegriffen worden sind, nur weil sie kurze Haare hatten. Da war keine Vermittlung mehr möglich.* Oder die Schwierigkeiten der Frau, die in der Kirche St. Johannis die Ausstellung über Abschiebehaft in Sachsen organisiert hatte, allerdings offiziell nicht im Zusammenhang mit dem Camp. Als dann ausgerechnet diese Kirche vollgesprüht worden ist, sorgte das für eben diese Schwierigkeiten (daß es wahrscheinlich die letzte Ausstellung dieser Art gewesen sei) und mindestens Verständnislosigkeit. Ein anderes Beispiel zeigt, wie sich die Wirkung von Aktionen gegenseitig aufgehoben hat. Beim Verteilen der Camp-Zeitung waren die Sprüche zu hören, „Ihr seid doch die, die unsere Autos vollgeklebt haben". Diese Leute haben gleich dicht gemacht. Da war keine Kommunikation mehr möglich. Dabei ging es um die „BGS-besser als die STASI"-Aufkleber, die ja eigentlich sehr gelungen waren. Aber durch das Bekleben von Autos, in der Region als 'Beschädigung' von Privateigentum gewertet, machen wir es den Menschen einfach, nicht über den Inhalt der 'Botschaft' als solches nachzudenken, sondern davon abzulenken, und letztlich eine Nicht-Auseinandersetzung zu legitimieren.

Die Bedeutung von Eigentum ist nun mal sehr hoch in der

Region (und nicht nur da), höher vielleicht noch durch die hohe Arbeitslosigkeit, deswegen wohl auch die höhere Verurteilung der Beschädigung von Eigentum. Es geht hier nicht um soziologische Erklärungsversuche von Lausitzer Spezialitäten, aber vielleicht ist es möglich, solche Überlegungen mitzunehmen, wenn sich eine Aktion ausgedacht wird. Durch eine Vernachlässigung von solchen Sachen wird es den Menschen in der Region leicht gemacht, die Blockade runterzulassen und wegzuschauen.
Wenn mensch davon ausgeht, daß es sowieso nicht möglich ist, etwas an die LausitzerInnen zu vermitteln, warum stecken wir dann soviel Geld und Mühe in eine Zeitung, in Kundgebungen, in Pressearbeit? Und dann ist da noch als Beispiel die „Vorgarten-Performance der RaumschreiterInnen". Natürlich ist es wichtig, Menschen aufzuzeigen, daß sie mitprofitieren von der Ausgrenzung von AusländerInnen, aber funktioniert das so? „Ob das Flugblatt, das es dazu gab, Licht ins Dunkel gebracht hat, darf man bezweifeln" schreibt einer, der dabei war, im Webjournal des Camps und behauptet, es war in seiner Sicht ein Erfolg, weil „die BewohnerInnen der Eigenheime in ihrem beschaulichen Alltag gestört" sind, „verwirrt" und es hat „mit hundertprozentiger Sicherheit zu zahlreichen Gesprächen in der Nachbarschaft geführt". Aus unserer Sicht wäre es nicht nötig gewesen, eine Performance mit einer solchen Absicht so weit außerhalb des Camps zu machen, im Frauen/Lesben-Bereich wäre sie in diesem Sinne auch sehr erfolgreich gewesen. Vermittelbare Provokationen sind aus unserer Sicht, einem Fascho-Anwalt Scheiße vor die Tür zu kippen oder eine BGS-Kaserne zu blockieren. Zu der konkreten Störung des Alltags kommt ein Sichtbarmachen von anderen Verhaltensweisen diesen Schweinen gegenüber. Aber Stören nur um des Störens willen ist nur Selbstzweck und paßt in das „Wir sind die Guten" (ein lustiger Spruch am Anfang des AK Kraak-Videos über das 98er Camp) und „Alle LausitzerInnen sind scheiße"-Schema.

BINSENWEISHEIT Die nächsten Sätze beziehen sich nochmals auf die BGS-Blockade. Bei einem Vorbereitungstreffen wurde unter anderem zu den Zielen des Camps formuliert, „den BGS binden und beschäftigen zu können, daß Flüchtlinge die Chance zum Grenzübertritt wie auch zu einem ungestörten Weiterkommen in Richtung ihres Zielortes haben." Eine Störung des BGS bzw. des Grenzregimes kann nur symbolisch sein. Wenn wir uns mit Bullen, BGS oder Faschos prügeln, begeben wir uns auf die unterste Ebene. Nur die Konfrontation mit den ausführenden Organen wird angegangen. Dieser militärische Kampf ist nicht gleichwertig. Die Faschos sind viel skrupelloser als wir es jemals sein könnten (oder wollten), der BGS hat außerdem noch die bessere technische Ausrüstung. Diese Art von Konfrontation macht nur dann Sinn, wenn auch auf politischer Ebene etwas gemacht wird. Die Wurzeln von Rassismus und Faschismus werden nicht durch eine militärische Auseinandersetzung angegangen. Dadurch entstehen keine neuen Gedanken in den Köpfen der Menschen.

(SELBST-)KRITIK AN DER KONSUMGESELLSCHAFT IM CAMP UND DRUMHERUM Die folgende Kritik geht in mehrere Richtungen. Ganz praktisch der Umgang mit organisatorischen Dingen im Camp: zum Schluß der Woche stand der Schutz immer erst im letzten Moment; der Mangel an Interesse und Bereitschaft, für Übersetzungen zu sorgen, war erbärmlich bei dem gleichzeitigen Anspruch, ein internationales Camp zu wollen; das Abschlußplenum ist wahrscheinlich deswegen nicht fortgesetzt worden, weil keineR die Initiative ergreifen wollte. Aber auch eine wenig vorhandene Bereitschaft, sich VOR einer Aktion damit auseinandersetzen zu wollen, ob die denn wohl so stimmt, was Ziel, Zweck, Mittel, Effekt auf andere Aktionen angeht. Wenn etwas vorgeschlagen wird, wird mitgemacht, nach dem Motto: Hauptsache, es passiert überhaupt etwas. So entsteht Fußvolk, besser: so lassen wir uns zum Fußvolk machen. Auch letztes Jahr ist diesem Umstand besondere Beachtung geschenkt worden: „Voraussetzung eines derartigen 'Erfolges' (ist), daß sich auch in Zukunft genügend Leute nicht allzu viele Gedanken machen, wenn sie ihre Körper als Aktionsgefäße zur Verfügung stellen."
(Lotte und Kurt Rotholz, Camp-Reader 1998) Aber: dazu gehören zwei Seiten. Auf der anderen Seite stehen die Leute, die diese Bereitschaft ausnutzen, die ihre Aktion mit stummem Fußvolk machen wollen, nicht selber denkend, nicht sprechend. So entsteht Macht, so entstehen hierarchische Strukturen. Wir müssen aber Leute mitdenken lassen, die Möglichkeiten dazu schaffen. Wenn z.B. bei einer eventuellen Auseinandersetzung VOR einer Aktion diese abgewürgt wird mit den Worten „Jetzt reicht es, laß' uns los" oder „Man kann eine Aktion auch totreden", dann läßt jemand Menschen etwas tun, für das sie vielleicht gar nicht fertig sind. Außerdem paßt das überhaupt nicht zu der Überzeugung, daß jeder Mensch dazu in der Lage ist, für sich selber zu denken und seine eigenen Entscheidungen zu treffen.
Viele Menschen sind da nicht dran gewöhnt, aber das kann und muß geübt werden. Auch auf so einem Grenzcamp. Sonst hat dieses Camp überhaupt nichts mit diesem Anspruch zu tun, daß „solch ein Zusammenkommen von Hunderten von Menschen auch immer ein Stück Utopie in sich birgt, was das solidarische Umgehen miteinander angeht."
(aus den Motivationen vom Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E.)

An den letzten Punkt schließen sich

NOCH EIN PAAR GEDANKEN UND OFFENE FRAGEN

an, was die Auseinandersetzung mit bzw. unter allen CampteilnehmerInnen (und darüber hinaus) angeht. Ob die eigentlich überhaupt so gewollt ist? Oder ob es da nicht doch Zweifel gibt? Diese Frage, warum soll ich mich mit „denen" austauschen; wenn die es immer noch nicht kapiert haben, hat es ja doch keinen Zweck. Da ziehe ich mich besser zurück hinter die Grenzen meiner eigenen Bezugsgruppe, wo alle einer Meinung sind. Ist es dann nicht auch akzeptabel, wenn die denunzierende Bevölkerung das gleiche macht, und dicht macht für jede Diskussion mit Andersdenkenden? Dieses Dichtmachen heißt doch, das gedacht wird, die anderen (nicht wir selbst) sind statisch und nicht veränderungsfähig. Aber in Gruppen steigen auch immer wieder neue (junge) Leute ein. Da ist es doch richtig und wichtig, sich die Mühe zu geben, einen Austausch anzufangen. Es ist nicht auszuschließen, daß es immer mal wieder einen neuen Blickwinkel auf eine Angelegenheit gibt, der einem selber noch nicht aufgefallen war.

Das Fußvolk

* Der Artikel von Meister und König aus der Interim Nr. 483 zum MUK ist mittlerweile gelesen, aber uns fehlen die Informationen, um mehr dazu sagen zu können, also können wir das so nur zur Kenntnis nehmen und verweisen auf die anderen Beispiele, die unsere Kritik erhellen sollen.

Henk-Jan The Netherlands

Einschätzung des Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.T.E.E.

Eine weitere kurze Rückmeldung vom Grenzcamp '99 bei Zittau Unter uns, das heißt allen MitgliederInnen des Berliner Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.T.E.E., herrschte nach dem Ende des Grenzcamps bei Zittau eine weitgehende Zufriedenheit. Wenn man und frau dabei erstmal „die Politik" beiseite läßt, dann waren wir uns einig darin, daß die Durchführung und der Verlauf des Camps ein großer Organisationserfolg waren. Gegenüber dem letzten Camp bei Rothenburg haben sich im Durchschnitt dreimal soviel kontinuierlich anwesende Teilnehmerinnen an dem Grenzcamp beteiligt. Die exzellent von einem Kollektiv aus dem Wendland betriebene Vokü hat unter angenehmen Verzicht auf dubiose Veganer-Ideologien rund um die Uhr gedampft und alle satt gemacht. Und das was die unterschiedlichen Gruppen aus den Städten gekocht haben, hat sogar meistens sehr lecker geschmeckt. Wer es bei einem ersten Überblick über das Camp beließ, konnte sehr begründet den imposanten Eindruck von einem lustigen kommunistischen Basis-Favela mit Eseln, Handys, Hunden und world-wide-web-Internet-Kommunikation gewinnen.

Eine Reihe von gelaufenen Aktionen fanden wir ausgezeichnet durchdacht und sowohl in taktisch-operativer wie strategischer Ebene als auch argumentativ-vermittelnder Weise von Beginn bis Ende gelungen. So etwas macht Mut auch in Zukunft „irgendwie" weiter zu machen. Wer sich ein paar weitere Eindrücke von einer Vielzahl von Aktionen, Diskussionen und Stellungnahmen von dem Camp machen will, der sei ganz energisch auf die wirklich sehr liebevoll und übersichtlich gestaltete Web-Site im Internet verwiesen:

www.nadir.org/nadir/initiativ/camp

Der Verlauf des Camps bot im Schnitt 500 Leuten aus den unterschiedlichsten Gruppen, Szenen und Milieus die Gelegenheit, sich einmal aus räumlicher Nähe mit zu bekommen. Dabei war der Raum des Grenzcamps groß genug dafür, erst mal die Leute und Gruppen ignorieren zu können, mit denen man nun wirklich nicht zuviel zu tun haben will; auf der anderen Seite war das Grenzcamp eine soziale Kontaktbörse par excellance. Pech für die, dich nicht dabei waren!

Verglichen mit anderen Ereignissen hielt sich die Aggression untereinander insgesamt in engen und überschaubaren Grenzen, auch wenn immer mal wieder bei ein paar Plena-Auseinandersetzungen das Phänomen der „Reinigungsmeute" aufflackerte. Zumindest hat es der Gesamtverlauf des Camps nicht unmöglich gemacht, daß sich für das nächste Jahr wieder ein paar Organisationsheinze und Gretes finden können, die etwas vergleichbares auf die Beine stellen wollen. Einige von uns werden daran auf jeden Fall - wenigstens für eine bestimmte Zeit - als neugierige Besucher wieder teilnehmen. Aktuell werden wir aber auch deshalb noch mit einigen finanziellen Aufräumarbeiten beschäftigt sein, weil sich einer Zahlungsmoral bei dem Obolus für den Teilnehmerbeitrag nur etwa mehr als ein Drittel von doch über 1.000 GesamteilnehmerInnen verpflichtet gefühlt haben. Uns ist es als Gruppe gerade auch im Vorfeld, als uns der Platz weggezogen worden ist, gelungen ein paar - je nach Betrachtungsweise eher privat oder eben politisch motivierte - Streitigkeiten wieder in der gemeinsamen Organisierung des Camps aufzuheben. Erneut hat sich gezeigt, daß es richtig ist und bleibt niemals die Hoffnung aufzugeben, nicht doch „irgendwie" wieder zu einer aus einem „offenen Geist" heraus geführten guten Zusammenarbeit zu finden.

Gegenüber einem aus meiner Sicht nur borniert zu nennenden Verständnis von „Autonomie", daß im wesentlich darin besteht mit und in den Gruppen selber identitäre (Unter-)Ordnungsverhältnisse zu errichten, und sich damit folgerichtig vor der Welt und damit den Leuten abzuschließen, ist das der Vorzug eines prinzipiellen politischen Verständnisses von Autonomie, diese sowohl in der Theorie wie in der Praxis unbedingt im Sinne von offenen und gemischten Gruppen zu verstehen. Unsere wieder gefundene Praxis einer gemeinsamen Organisierung des Camps war somit eine sinnfällige Anwendung des von uns zunächst in einem außenpolitischen Sinne gewählten Slogans: „Keine Grenze ist für immer!" auf unsere eigene „innere Uhr", über die wir uns - so oder so - handelnd verknüpfen müssen.

„Politisch" wurde bis jetzt natürlich noch nichts zu dem Camp und seinen mittelfristigen Wirkungen sowohl in der Region Zittau als auch auf die bundesweit und überregional angereisten TeilnehmerInnen und Gruppen gesagt. Angesichts der wirklich kontrovers im Raum stehenden politischen Fragen, die uns dieses Camp gerade auch im Zusammenhang des Organisationserfolges zurück gelassen hat, ist es jetzt allerdings noch zu früh von uns aus etwas gemeinsames wie substantielles dazu zu sagen.

Auf jeden Fall steht für mich fest, daß wir mit den angefangenen wie abgebrochenen Diskussionen auf dem Camp einfach noch zu viele Antworten auf die Frage, wie ein kommunistisches 21 Jahrhundert aussehen kann und soll, schuldig geblieben sind. Und das ist zwar kein Grund zur Trübsal, aber mindestens einer dafür, es sich nicht als dicke Katze auf dem Sofa des „Organisationserfolges" gar zu bequem werden zu lassen. Gerade in der Zukunft wird die Musik bei einem gut begründeten - wie bestimmten! - „Nein" gegenüber diesen Verhältnissen spielen; ein „Nein" das erstmal niemanden ausschließt sondern gewinnt!

Ein Anderer vom
Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.T.E.E.

Theaterstück zum Eröffnungsplenum des Grenzcamps

(Auszug • Einleitung)

SZENARIO:

Eröffnungsveranstaltung. Eine Podiumsdiskussion soll durchgeführt werden. Das Ziel ist es die beteiligten Schauspielerinnen eine verwirrende Reise zwischen privat und politisch, Grenze und Nichtgrenze, Politik, Nicht-Politik, Praxis und Theorie antreten zulassen. Das Ziel ist es, daß die einzelnen Spielerinnen alles das aussprechen sollen, was sonst öffentlich nicht gesagt werden soll oder darf, weil sonst das ganze Bündnis auseinanderfliegt. Die Leute sollen sich nach und nach von einem Gespräch in einen Streit verwickeln bis nach und nach alles auseinander geht. Es treten auf: Zunächst vier Personen, die von zwei weiteren kurz unterbrochen werden.

PERSONAE:

Moderator Bodo. (Trägt ein Basecap) Der organisiert dieses Camp und will die Sachen vernünftig und repräsentativ zusammen halten. Motto: „es war verdammt schwierig, das hier alles zu organisieren"

Autonomer Harry. (trägt Kapuze und Sonnenbrille) Der ist noch aus den 80er Jahren übrig und auch theoretisch dort stehen geblieben. Ist aber in der Praxis nach wie vor konfrontationsbereit. Motto: „Feuer und Flamme, mehr kann ich dazu hier nicht sagen, ihr wißt schon"

Antira Klara Ist eine gute und stets hilfsbereite humanitär engagierte Person. Sieht das Leid und hat Probleme mit „komplizierter Politik". Motto: „Ja und, was soll denn daran schlecht sein"

Postmoderne Intellektuelle Elisabeth., will euch in der Kampagne unterstützen und vor der Macht durch Analyse schützenì. Motto: „Vorsicht, die Macht lauert überall!"

Migrant Cengiz (Trainingsjacke) Vertreter der MigrantInnengruppen. Motto: „Ich bin hier der Alibi-Ausländer für die deutschen Antiras"

Feministin. Hat kein Interesse an einer gemischten Perspektive. Will klare Grenzen ziehen, um von dort aus die Konfrontation gegen den BGS und andere Männer voranzutreiben. Motto: Mackern ziehen wir klare Grenzen

Zwischenrufer macht bissige, zuweilen zynische Kommentare

Das vollständuge Theaterstück ist in der Internetausgabe des Grenzcampreaders veröffentlicht:
http://www.nadir.org/nadir/archiv/antirassismus/grenzcamp99/

Moderator (kommt auf die Bühne): Ja Hallo Leute. Es geht gleich los hier mit der Diskussionsveranstaltung. Also das letzte Camp war ja organisatorisch ein voller Erfolg, so viele Aktionen gegen die Grenze und den BGS, und dann mit den ganzen Fun-Aktionen und dem Rave zu Beginn, und dann gabs ja zwischendurch noch diesen Unfall mit den 7 toten Flüchtlingen aus, ja woher waren die nochmal, na und insgesamt wollen wir diesmal natürlich an die tolle Stimmung von letztem mal anknüpfen, aber eben auch inhaltlich, also inhaltlich hier an der Grenze was gegen die Flüchtlingspolitik machen. Und die Frage jetzt für das Podium wird sein -ach nee, erst nochmal besser was organisatorisches, sonst vergess ichs noch, also wir brauchen noch Leute für die Kinderbetreuung und für die Essensausgabe, also überlegts euch mal. Wo war ich? ach ja, also wir diskutieren jetzt über Kein Mensch ist illegal, das Motto unserer Kampagne, was heißt das eigentlich für jede und jeden von uns, also halt den Leuten, die wir fürs Podium eingeladen haben

Zwischenruf: ja, wo sind denn die Leute, oder redest du auch für die weiter?

Moderator: Nee, also wir haben uns echt um Vollständigkeit bemüht, aber leider haben wir eine Absage von dem, der hier als Vertreter von Westdeutschland auftreten sollte, und auch für die Kontakte zu den Leuten aus den Herkunftsländern, also den verschiedensten, wars leider wieder mal zu spät, es gab so viel zu tun... Dafür kommen jetzt gleich jemand aus dem „autonomen Spektrum", das ist der Harry jemand aus dem Antira-Bereich, das ist die Klara von den MigrantInnengruppen, der Cengiz und eine Theoretikerin, die Elisabeth die die Arbeit mit tollen Analysen unterstützt hat. (Guckt sich um) Soweit ich sehe, ist der Vertreter vom autonomen Spektrums noch nicht da. Wenn er kommt soll er sich hier melden. Wir haben auch versucht eine Frau aus der feministischen Bewegung einzuladen, aber das hat nicht geklappt ...

Zwischenruf von der Feministin aus dem Publikum: Was heißt das, „hat nicht geklappt"!

Moderator: Es gab da einen Streit um angeblich fortwährende Grenzüberschreitungen, also das ließ sich in der Vorbereitung nicht klären, vielleicht könnte man das später nochmal im kleinen Kreis besprechen, für die, die das interessiert. So. Ich darf kurz die Leute bitten jetzt für die Diskussion hierher zu kommen. Stellt euch doch bitte einmal kurz vor.

Antira Klara: Ich heiße Klara und arbeite seit 8 Jahren in der Flüchtlingsunterstützung. Wir machen da so verschiedene Sachen. Angefangen von der Rechtsberatung, Gang mit auf die Ämter und versuchen für die Flüchtlinge das Nötige zu organisieren. Letztens als die Behörden Borungo Swinga nach Togo abschieben wollten, haben wir eine Kampagne, also mit Protestfaxen und so gemacht, um diese Abschiebung zu verhindern. Als sie Borungo abschieben wollten hat er sich total gewehrt, so daß sich der Flugkapitän geweigert hat, ihn mitzunehmen. Er sitzt jetzt im Abschiebeknast und wir fordern seine bedingungslose Freilassung. Also für mich wird das immer ganz konkret in solchen Fällen, wenn ich mitmache bei Kein Mensch ist illegal!

PI Elisabeth: Mein Name ist Elisabeth und ich arbeite zu Themen, die für die Kampagne von Bedeutung sind. Einige meiner Veröffentlichungen sind in direktem Zusammenhang mit der Kampagne entstanden. Dabei geht es mir vor allem um die Klärung der Komplexität multikultureller Segmentations- und Migrationsbewegungen in der Globalisierungsfalle. Das interessiert natürlich auch die Gegenseite. Das ist der Widerspruch aller subversiven Theoriearbeit, die sich nicht avantgardistisch versteht und revoltierenden Bewegungen öffentliche Reflexion liefert. Meine Ergeb-

nisse stehen definitiv euch und der Kampagne zur Verfügung. Für mich stellt die Forderung „kein Mensch ist illegal" sowohl eine Paradoxie als auch eine Provokation dar. Es gehört zu den Antinomien des Politischen ...

Autonomer Harry (kommt aus dem Publikum auf die Bühne): Hey, du, also Theorie ist ja echt wichtig, keine Frage, aber wir wollen hier im Grenzgebiet doch auch auf die normalen Leute zugehen, und das gerade, also Anti und dann irgendwas, versteh ja ich noch nicht mal. Machs nochmal, Elisabeth, aber nicht so anstrengend...

Zwischenrufer: Dann geh' doch an den Tresen, wenn du dich nicht anstrengen willst ...

Moderator Bodo: Ey, also um das erst mal klarzustellen: auf diesem Camp gibt es während der Diskussionen keinen Alk. Und ihr auf dem Podium, macht euch bitte nicht an, es war verdammt schwierig, das hier alles zu organisieren, und tut mir also den Gefallen, und geht immer erst auf das bei anderen ein, was euch gefällt, dann ergibt sich am Ende der Konsenes ganz von selbst. Das gilt übrigens auch für euch aus dem Publikum nachher! Ich finde wir sollten uns hier ein wenig konzentrieren und die Referenten erst mal aussprechen lassen. Elisabeth, kannst du vielleicht mal kurz erklären, was du darunter verstehst „Antinomien des Politischen", hab` ich nämlich auch noch nie gehört.

PI Elisabeth: Ja Danke. Unter Antinomien des Politischen kann man den Widerspruch einer gesellschaftlichen Tatsache in sich verstehen. Und das liegt ja wohl hier vor: Von „illegalen Menschen" zu sprechen, da kreuzen sich doch zwei diskursive Ordnungen, denn ein Mensch ist ein Mensch, ist einfach und damit erstmal weder legal noch illegal. Das ist eine echte Antinomie, aber die Sprache des Politischen ist ja dermaßen entleert, von den Politikleuten hört ja keiner mehr den Widerspruch. Es ist kein Wunder, daß es ein Dichter gewesen ist, Elie Wiesel, der den Satz geschrieben hat, der zur Parole der Kampagne wurde ...

Antira Klara: Ja und? Was soll denn daran schlecht sein? Ich finde Dichtung erstmal nichts schlechtes, und wenn die dazu nützt, ganz konkret Flüchtlingen zu helfen, dann ist das hundertmal besser, so stringente Dichtung, als wenn man ein beschissene Politik macht und Leute zu Illegalen abstempelt ...

PI Elisabeth: Ja, aber um nochmal auf meinen Begriff zu kommen, der nächste Widerspruch, der diese ganze Antinomie gleichsam doppelt, ist ja, daß ausgerechnet die staatskritischen Linken sich mit dem Motto auf das Prinzip von Legalität positiv beziehen, während der Staat gegenüber Flüchtlingen nach dem Motto verfährt legal, illegal, scheißegal, welches bekanntermaßen früher doch von den ...

Autonomer (ruft laut): Legal, illegal, scheißegal? Das hat doch nichts mit'm Staat zu tun, das war doch immer mein Stichwort!

Moderator Bodo: Ah, endlich aber auch für dich gilt: Kannst du dich bitte kurz vorstellen?

Autonomer: Ich bin der Genosse Harry. Ich spreche hier für eine Gruppe, die in autonomen Strukturen organisiert ist, Feuer und Flamme, mehr kann ich dazu hier nicht sagen, ihr wißt schon. Also wir beteiligen uns an der Kampagne „Kein Mensch ist illegal", weil wir damit eine klare Politik verfolgen. (Spricht im Stakkato) Wir kämpfen nicht pauschal für Flüchtlinge, sondern gegen ein System der kapitalistisch-imperialistischen Ausbeutung. Und das geht nach wie vor von den Metropolen aus. Und wir leben ja nicht in den Herkunftsländern, sondern nunmal hier, im Herzen der Bestie, darin liegt unsere Verantwortung gegenüber den Ausgebeuteten der Welt, obwohl also hier gibts natürlich auch verschärft Ausgebeutete, mehr kann ich dazu hier nicht sagen, ihr wißt schon . Es geht den Schweinen um Machtkonzentration und Profitmaximierung. Beides bedient sich eiskalt auch der rassistischen Ausgrenzung. natürlich auch der sexistischen, deshalb finden wir es auch echt bedauerlich, daß es dieses Jahr als Auftakt zum gemischten nicht wieder ein FrauenLesben Camp gegeben hat. Wenn wir hier am Camp teilnehmen, dann geht es für uns nicht darum, sich hier als selbstlose Gutmenschen darzustellen. Wir lehnen die Gründung einer Autonomen Flüchtlings-Caritas ab. Für uns ist der Kampf gegen Grenzen kein abstrakter Selbstzweck, sondern ein Teil des ganz konkreten Kampfes gegen das herrschende System, gegen den Imperialismus in unserem Alltag, aus dem heraus sich die Rassismus verursachenden Strukturen entwickeln, gegen die wir politisch und deshalb organisiert vorgehen müssen und ...

Antira Klara: Bla bla bla bla. Kapitalismus, Imperialismus, Rassismus, Faschismus ...

Autonomer Harry: Das hab' ich alles gar nicht gesagt ...

Antira Klara: Ja genau, vielleicht hast du wirklich überhaupt nichts gesagt. Du wählst dir den Ausschnitt so verdammt groß. Je größer du den Gegner machst, um so stärker fühlst du dich wohl. na denn mal los, dann kämpf doch gegen die Bullen los mach mal...

Autonomer Harry: Wieso machst du mich denn jetzt so an. ich hab' dir doch gar nichts getan. Wenn du dich dafür entscheidest, Autonomen-Caritas zu machen, dann ist das für dich doch vielleicht völlig o.k. Ich wollte doch nur sagen, daß es mir einfach nicht reicht nur etwas gegen die Erscheinungen von Rassismus zu machen, ohne das ganze System umzuwerfen ...

Antira Klara: ja und dabei uns als „Gutmenschen" denunzieren und mir hier den Schwester Clara-Orden zu verleihen, tolle Politik. Werd doch lieber Priester, die haben so ein ähnliches Verhältnis zu ihren Schäfchen wie du zu deinen Genossen

Migrant Cengiz: Vor lauter Streiten vergessen die Deutschen Antiras mal wieder zum hundertsten Mal uns zu Wort kommen zulassen. Das werd' ich mir aber jetzt nehmen: Hallo ich bin der Cengiz. Und für euch Deutsche soll ich hier jetzt die Rolle des Alibiausländers spielen. Jetzt guckt ihr, was? Ihr kriegt ja sowieso das Maul nicht auf, wenn wir uns mit unseren Forderungen zu Wort melden; eure Kinder sollen wir sein, ja, die sich von euch beschützen lassen sollen. Vielen Dank an euch, ihr seid einfach immer sehr großzügig ...

Zwischenrufer: Was ist denn schlecht an Großzügigkeit?

Migrant Cengiz: Nichts ist schlecht daran, wenn eure Toleranz nicht immer so penetrant gutmütig wie verlogen wäre. „Den Mut von Flüchtlingen bewundern", was, aber selber den Arsch in der warmen Stube haben. Nee, für mich bedeutet Kein Mensch ist illegal erst mal, daß ich mich hier von niemanden anlabern lasse und mich keiner zu „beschützten braucht". Kein Mensch ist illegal heißt für mich: Du hast Respekt vor mir, klar ?

Moderator: Ich glaube wir fangen an, und daß das jetzt gerade von dir, Cengiz, ausgeht, ärgert mich richtig, hier gerade eine sehr unsachliche Debatte zu führen, die anfängt persönlich zu werden und ...

PI Elisabeth: Aber das ist erstmal gar nichts schlechtes daran, wenn die Leute anfangen „persönlich" zu werden. Die meisten sozialen Bewegungen, wenn ich das mal kurz erwähnen darf, haben so

angefangen. Den Leuten scheint es doch hier endlich mal wieder um etwas zu gehen. Für mich ist das alles sehr spannend, wunderbares Material für eine Theoriebildung des Politischen.

Zwischenrufer: Was willst du hier eigentlich?

PI Elisabeth: Kann ja sein, daß Du Dich im Kopf nicht bewegen willst. Aber auch Du könntest hinterher zum Beispiel schlauer von hier weggehen als du gekommen bist!

Autonomer Harry: Genau (zeigt auf Elisabeth und auf sich): ihre Schlauheit und unsere Politik...!

PI Elisabeth zu allen: Nun, danke, aber es geht hier nicht um mich. Es geht um das, was mit Bewegungen wie dieser passieren kann, wenn sie bewußtlos bleiben ... Deshalb solltet Ihr Euch wirklich einmal anhören, was passieren kann: Die Analyse der sozialen Bewegungen zeigt zum Beispiel folgende Phasenbildung: In der zweiten Phase kommt es zur Machtentfaltung, mehr und mehr Leute kommen hinzu, nicht alle aus Betroffenheit, manche auch, einfach weil hier halt was los ist...

Autonomer Harry: Genau, also damals, wißt ihr, 80/81 war voll viel los, Freiraum und so, in den besetzten Häusern...

PI Elisabeth: Auf diese Phase beziehen sich auch die meisten Legenden und Mythen, doch dazu später. Als nächstes erfolgt nämlich erst die Konsolidierung, in dieser Phase kommt es zu den verschiedensten Grenzziehungen: manche dürfen noch dazugehören, manche schon nicht mehr, es bildet sich eine Identität.

Zwischenrufer: Buh, ich weiß schon, worauf das jetzt wieder rausläuft: Auf den backlash gegen die feministische Bewegung! Dabei haben die doch gar nicht angefangen mit der Identitätsgeschichte, die herrschenden Verhältnisse und darin die dominanten Männer haben doch die Grenzen gezogen und Frauen immer wieder an den Rand gedrängt!

Auftritt Feministin: Danke, Herr Zwischrufer, aber das mit der feministischen Bewegung kann vielleicht ich hier mal klarstellen: gegenüber bestimmten Typen haben wir die Grenzen gezogen und werden das auch weiterhin tun. Im Kampf mit patriarchalen Strukturen und konkreten Mackern wird das eine Form unserer Politik bleiben. Und theoretisch sind wir ja längst einen Schritt weiter: Die feministische Debatte ist schließlich der Hauptdiskurs, indem die Debatte über die Auflösung von Identitäten betrieben wird. Ich kann nur sagen: Lebt und lest Butler! Cengiz (zu sich): komisch, früher hieß das bei uns noch: wenn du eine Festanstellung willst: werde Butler!

Moderator Bodo: Nochmal zu dir, ich stell dich jetzt mal vor, Sabine: Du sagst „klare Grenzen setzen", aber wir sind hier doch eigentlich auf einem Anti-Grenzen-Camp . ...

Feministin: Wenn ihr in eurem Aufruf schreibt: Grenzen sind dazu da überschritten zu werden" so werden Typen das auch als eine klare Aufforderung lesen, die Grenzen die ihnen Frauen setzen, zu überschreiten. Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Zwar gilt: Kein Mensch ist illegal, aber es gilt nicht: Kein Mann ist unerwünscht

Autonomer Harry: Also ich finde das wichtig, was die Genossin da gerade gesagt hat ...

Feministin: Für dich bin ich keine Genossin!

Autonomer Harry: Nu warte doch mal ab: Für uns als Typen, die wir die Macker in uns haben, sind solche Zaunpfahl-Denkzettel ganz wichtig- und wenn wir uns mit den Bullen prügeln, dann fressen wir die Gewalt, da sind dann so ganz sadistische Sachen in uns drin, für uns stellt sich in den Auseinandersetzungen einfach die Frage, wie wir auf die andere Seite der Barrikade kommen: Zu den Frauen und Kindern. Das ist eine existentielle Sache von uns als Genossen mit also ganz klar mit emotionalen Defiziten, als Revolutionäre, die noch einen langen Weg vor sich haben ...

PI Elisabeth: Also in der Phase vier der Herausbildung der modernen Nationalstaaten, ach nee, der sozialen Bewegungen, wenn die Bewegung etabliert und konsolidiert ist, erfolgt zum einen, weil aktuell ja nicht mehr so viel los ist, die Legendenbildung bezüglich der Vergangenheit, und der Diskurs über die Zukunft wird zur allgemeinen Phraserei von den Mühen der Ebene, dem langen Weg, den die Revolution noch vor sich hat usw...

Antira Klara: Ich fühle mich hier echt von dir denunziert. Du unterstellst mir hier mit deiner abstrakten Analyse, ich würde mich hier genauso im weltweiten Getümmel von gangs und gangstern bewegen, nur um mir irgendwelche Mittel unter den Nagel zu reißen und dann möglichst meinen kleine Staat aufzubauen. Das hat mit unserer konkreten Politik nichts zu tun, ein Beispiel: Die medizinische Versorgung von illegalisierten Flüchtlingen ist einerseits unerläßlich geworden, andererseits frißt sie die Zeit und das Engagement von vielen engagierten Leuten auf, sie arbeiten und beraten bis zum Umfallen, für Politik bleibt nichts mehr...

Cengiz: Oh, ich wußte gar nicht, daß ich erst von euch gesundberaten werden muß, bevor euch politisch nichts mehr einfällt.

Antira Klara: Es geht hier doch nicht um dich, sondern um Illegale. Du bist doch bestimmt legal hier, Illegale sollten doch besser erst gar nicht hier auf das Camp kommen,

Cengiz: Na, wenn es nicht um mich geht, sondern um Illegale, andererseits aber kein Mensch illegal ist, geht es hier ja um nichts!

Moderator Bodo: Wenn ich hier nochmal gegen diese Polemik einschreiten kann: Wir alle hier wollen uns an diesem Platz gegen das Grenzregime engagieren. Wenn ich die Aufrufe, für die ich hier alles organisert habe, mit anderen zusammen natürlich, richtig verstanden habe, sind wir ein großes Bündnis unterschiedlichster Leute: Hacking the borderline heißt das Motto, bei dem hier Polit- und MedienaktivistInnen, Radio- und Video-Piraten, MusikerInnen, DJs, KünstlerInnen, antirassistische und antifaschistische Gruppen, Menschen aus allen Teilen Europas und vielleicht sogar aus dieser Gegend hier zusammen kommen.

Cengiz: Sisters and Brothers! Yeah!

Feministin: Sisters: No Fraternization!

Moderator: Doch, wir müssen zusammenkommen, We all come togehter, we share the taste, Borders, BGS, fuck off!.

PI Elisabeth: Also in der fünften Phase wendet sich die etablierte Führung der Bewegung mit einigen der altbekannten Parolen an die konkurrierenden Machtbündnisse, um Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Man hat sich schließlich im jahrelangen Kampf zum Experten geschult und sieht jetzt Möglichkeiten, dies in langfristige Lebensperspektiven umzusetzen. Ein möglicher Verlauf wäre zum Beispiel, daß die Experten der medizinischen Betreuung von illegalen Flüchtlingen sich mit der Ausländerbeauftragten eines Bundeslandes treffen, die Spielräume ausloten und dann mittels ABM-Geldern, Projekten der Caritas und der Arbeiterwohlfahrt und als Sahnehäubchen auch noch einigen Forschungs-

projekten, also da hab ich gerade auch meine Erfahrungen gemacht, versuchen, Gelder abzuzocken, natürlich nicht für sich, sondern zu Gunsten der besseren Versorgung der Flüchtlinge

Antira Klara zu Moderator: Woher weiß der das, dazu wollen wir doch nachher erst unsere AG ankündigen!

Autonomer Harry: Ja. ja, er hat doch ganz recht ! Wehr sich nicht gegen die Marktmechanismen wehrt, kommt darin um. Sonst wird alles immer ein riesiges Geschäft sein. Mit Rassismus werden Geschäfte gemacht, mit dem Antirassismus aber auch. Deshalb muß es doch hier nicht um Hacking the borderline sondern um eine Neubestimmung revolutionärer Politik gehen. Und das ist eine total praktische Sache, die zusammengehen muß mit konkreten Aktionen hier gegen bekennende Denunzianten, gegen Firmen, die am Grenzregime und der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen Profit machen, mit Angriffen auf BGS-Büttel und andere Schergen, die Parole „Grenzen auf für alle" muß praktisch umgesetzt werden, also „militant" darf ich ja hier öffentlich nicht sagen, aber ihr wißt schon was ich meine!

PI Elisabeth: Später, wenn das Finanzielle geregelt ist, ergibt sich dann überraschend, daß man schon immer mehr Ähnlichkeiten hatte, als man dachte. Überall tun sich Anschlußmöglichkeiten auf, die gleichzeitig Möglichkeiten sind, sich völlig zu integrieren, ein Platz im staatlich alimentierten Institutionengefüge ist nun sicher. So könnte der Vertreter des Bundes der Vertrieben davon erzählen, daß auch sie hier an der polnischen Grenze immer für die Grenzüberwindung eingetreten sind, der BGS erinnert daran, daß in der Zusammenarbeit mit den polnischen Grenzern die deutsch-polnische Grenze schon längst überwunden wurde, und zum Schirmherren der Stiftung Deutschlands Grenzen überwinden wird Ex.Außenminister Genscher gewählt wegen seiner Verdienste um die Grenzänderungen im ehemaligen Jugoslawien...

Antira Klara (guckt genervt, macht einfach weiter) Ich finde, du bist hier mittlerweile auf der falschen Veranstaltung. Nochmal zu Harry: ich hab' ja gar nichts dagegen, wenn andere Leute hier vom Camp den Bundesgrenzschutz angreifen wollen. Und was dann? Einmal im Jahr den Dicken machen, und dann wieder zurück in die großen Städte an die tollen alternativen Arbeitsplätze und die schönen Studienplätze. Unsere Aufgabe muß doch vor allem auch darin bestehen, hier an einem exemplarischen Ort Überzeugungsarbeit gegen den in der Bevölkerung verankerten Rassismus zu betreiben. der BGS schwimmt doch nur wie ein Fettauge in der ganzen teuflischen Suppe des Rassismus der Bevölkerung

Zwischenrufer: Willst wohl hier Bevölkerungsbekehrung machen, wa, ich stell mich schon mal an!

Antira Klara: ja klar, wenn ich die Chance dazu habe., mache ich das, welche Chance habe ich denn sonst ...

PI Elisabeth: ... politisch denken!

Autonomer Harry: ... praktisch kämpfen!

Moderator: vielfältig zusammenkommen!

Migrant Cengiz: ... sich Respekt verschaffen!

Feministin Sabine: sich auf die eigene Kraft verlassen!

Antira Klara: Aber der Weg muß auch schon das Ziel sein. Deshalb stehen die Menschen bei meiner Arbeit im Mittelpunkt. Und wenn ich für die Geld organisiere, ist das keine Geschäftemacherei, das ist eine Unterstellung.

Moderator: gegen die sich niemand verteidigen kann ...

Antira Klara:... und mit der man im Feuilleton mindestens soviel Geld verdienen kann, wie mit dem Rassismus ...

Migrant Cengiz (aggressiv): ... ja genau und auf die Plakate für die Solipartics gegen die Repression, da kommt dann die dicke schwarze Mama rauf, die so Musik im Blut hat, Da zieht ihr euch dann die exotischen Tänze aus der Karibik 'rein. Und im Urlaub gehts in die Länder, wo so Ethno- Musik läuft, aber nur, wenn's auch ein bißchen mit Pop gemixt ist. Oder schön revolutionär verkitscht, weil der linke Deutsche hört Kitsch ja nur, wenn er die Texte nicht versteht . Ich würd euch Deutschen am liebsten den ganzen Tag den Marsch blasen.

Moderator: Das Stichwort nehm ich jetzt mal auf um die Diskussion wieder in geordnete Bahnen zu lenken: Vielleicht machen wir jetzt mal ne Runde, wo alle hier oben sagen, worum es ihnen eigentlich geht:

Migrant Cengiz: Für mich geht es nicht um die Geschlechterfrage, sondern allgemeiner um die Identitätsfrage ....Wir sind hier, um mit den Identitäten, die wir von euch bekamen, gegen die Identitäten zu kämpfen, die wir noch nicht haben.

Feministin Sabine: [Längere Ausführung, sinngemäß]: Kein Mensch ist illegal bedeutet vor allem, daß die Voraussetzungen für Flucht und Migration bekämpft werden müssen. Es ist ganz klar, daß wenn die Männer die Reproduktionsarbeit übernehmen und sich um die Kinder kümmern, dann gibt es keine Kriege mehr usw. usw. ...

Migrant Cengiz: Hab ich jetzt schon wieder irgendwelche Grenzen überschritten? Manchmal benimmst du dich ja grenzschutzmäßig wie der BGS!

Feministin Sabine: Diese Diskussion tu ich mir nicht an. Die ist mir einfach zu blöd und verlogen. Entweder stellen sich die Typen nicht, wenn man sie ankachelt, dann fangen sie entweder damit an, sich selbst zu bekleckern, oder versuchen sie einem auch noch nach dem Mund zu sabbeln. Das ist ja ekelhaft. Ich werd' mich jedenfalls nicht mehr an diesen Typen abarbeiten. Wir können hier in diesem Camp maximal ein Bündnis machen, aber nicht mehr: Auch wir unterschreiben „Kein Mensch ist illegal". Und lassen uns dabei nicht von ewiggestrigen stören.

Cengiz: Wenn ich jetzt hier die Identität eines Unerwünschten bekommen sollte, kann ich nur antworten: Kein Störer ist illegal!

Moderator: Aber nicht doch, du bist doch nicht unerwünscht, aber nicht doch...

Autonomer Harry: Das mit dem Stören ist schon mal nicht schlecht, also auf der Basis ließe sich vielleicht das neue weltweite Bündnis zusammen erkämpfen: Kein Störer ist illegal, ja, das hat was, da ist Musik drin: Ob auf dem Sozialamt oder anderswo, wirf deine Identity ins Klo oder so

PI Elisabeth: Wir sind jetzt mitten drin in dem Identitätsaspekt und damit natürlich auch im Transgender bzw. Gender-Crossing. Eine komplexe Angelegenheit, die uns selber als historisch überformte Individuen transformiert. Einerseits eröffnen wir uns damit eine Chance, im Kontext sexualisierter Gewalt gesellschaftlich normierte formalrassistische Zwangsidentitäten abzustreifen. Das fordert viel von uns! Wir dürfen gleichsam nicht mehr objek-

tiv oder fest werden wollen, keine Individuen sondern Dividuen, dann erst werden wir zu Zellen der Revolte, der Aufhebung fester Grenzen....Wenn das ganze hier aus meiner Sicht überhaupt 'ne Perspektive haben soll, dann besteht die darin, aus der Widersinnigkeit und Irregularität der gesamten Anordnung, den Prozeß des begriffslosen Objektivismus umzukehren in die Emanzipation des zu emanzipierenden Subjektes, welches sich dazu in die Lage versetzt, sich dem Zynismus der Institutionenmilieus in Guerilla-Mentalität zu verweigern ... Also meine Rolle in diesem Prozeß ist jedenfalls ganz klar.

Antira Klara: Wenn ich das schon höre: Identitätsfrage? Die findest du spätestens dann, wenn du den Löffel abgegeben hast, in der Kiste liegst und die Mäuse dich zernagen. Auf so 'ne Freund-Feind- Auseinandersetzung hier auf dem Camp hab' ich nicht den geringsten Bock. Das kennen wir doch schon alles. Da haben alle am Schluß so für sich so recht, sind allein, und nicht mehr politisch handlungsfähig. Die Debatte „Pro oder contra Grenze" finde ich überflüssig. Die von diesem Staat gesetzten lehnen wir ab, und die anderen, die wir zwischen uns manchmal brauchen, handeln wir aus. Und die gegenüber der Normalobevölkerung müssen wir überwinden. Ich werd' mich hier anstrengen, daß das Camp nicht auseinanderfällt. Wenn es gut läuft, kann das für die nächste Zeit ein wichtiges politisches Symbol gegen den Rassismus und Abschiebungen werden.

Autonomer Harry: Aber Symbole reichen doch nicht, dann könnten wir ja einfach alles mit Schwarzroten Sternen zusprühen.

Moderator: Halt, bloß nicht, daß wurde von der Campleitung mit der Stadtverwaltung so nicht besprochen...

Autonomer: Das Camp soll dazu da sein, den rassistischen nationalen Konsens hier im Land zu bekämpfen. Unsere Perspektive ist die des freien Flutens. Und die Orientierung muß an den ausgebeuteten im Trikont erfolgen, dann aber hier in den Metropolen entschlossen umgesetzt werden. Für die Sao Paulosierung der Verhältnisse!

Zwischenrufer (singt laut): Lalalala (brasilianischer Sound) und ich warte schon auf die erste autonome Telenovela!

Autonomer Harry: Das ist doch Quatsch. Aber wenn wir es nicht lernen unsere eigenen Bequemlichkeiten und Sicherheit in Frage zu stellen, werden wir hier nie eine Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse hinbekommen. Und dieser ganze Reformismus von Einwanderungsquoten, Regulationen, Steuerung von Wanderungsströme dient doch nur dazu, es sich als dicke Katze auf einem Regierungssessel bequem zu machen. Na, den werden wir auch noch vom Sofa helfen. Kompromißloser Kampf gegen die deutschen Zustände. Für die weltweite soziale Revolution. Bleiberecht überall! Kein Mensch ist illegal! Kein Störer darf legal handeln!

Zwischenrufer: Auch Migranten wollen ihren Ledersessel! Nichts ist erstmal schlecht daran, wenn etwas bequem ist. Regierungssessel für alle!

Moderator Bodo: Jetzt fühl ich mich auf meinem Moderatorensessel ein wenig unwohl.... Und ratlos: Für den einen bedeutet „Kein Mensch ist illegal" die Vernetzung konkreter Menschen in einer Kampagne, wo das Motto ja fast egal zu sein scheint, die anderen wollen sich „Respekt verschaffen", für die andere ist ein politisches Symbol eines brüchigen Bündnisses, dann wieder eine bloß andere Parole für die weltweite Revolution. Die einen wollen Grenzen haben, aber selbstbestimmte, die anderen wollen Grenzen überwinden, aber auch selbstbestimmt. Die Bundeswehr macht mittlerweile in Albanien auch Anti-grenz-Camps, Flüchtlinge werden zu Vertriebenen und spielen die Identitästkarte gegen andere, die das Pech hatten, zum falschen Zeitpunkt aus den falschen Ländern zu fliehen. Und am Schluß weiß keiner, wo alles Enden soll. Also ich halt solche undefinierten Situationen immer nicht aus Wer soll denn bitte schön vor lauter Politik, Bier und Spaß denn nun das Camp organisieren, die Dixieklos saubermachen und dafür sorgen, daß Strom und Wasser da sind. Uff, allein schaff' ich das einfach nicht. Leute, wenn wir uns hier nicht alle an den Riemen reißen, geht das Camp in die Grütze, und wir stehen schon morgen früh ohne Wasser da.. Ihr lacht vielleicht, aber ich finde das echt nicht witzig wenn ich jetzt sage: Die Campgesetze sind voll legal. Unsortierter Müll ist illegal Keinem Hausmeister ist sowas scheißegal.

Zwischenrufer (stürmt auf die Bühne): Verdammt! Die Scheiß-Nazis stehen draußen vor dem Camp! Wir müssen etwas tun!

Moderator Bodo: Was ist los?! Auch du Scheiße! (schnappt sich das Mega) Leute jetzt keine Panik. Alle achten jetzt auf ihre Nebenleute. Wir sammeln uns dort in der Mitte vom Zelt, nehmt euch uns zum Beispiel, Einigkeit macht stark: (Zeigt immer wieder auf die Mitte / Die anderen rufen laut durcheinander, rennen zurück und hin und her) - Fin -

Jenseits von Aufklärung versus Provokation: Politisch-strategische Überlegungen am Beispiel zweier antirassistischer Anti-Wohlstandsaktionen

Durch den Supermarkt-Garten zum Diskurs

Begrüßung...

Insbesondere die beiden als sog. Happenings titulierten antirassistischen Anti-Wohlstands-Aktionen in den Vorgärten sowie im Supermarkt sind es gewesen, welche in den zahlreichen Nachbesprechungen des Camps regelmäßig die Gemüter erhitzt haben. Sie haben somit einmal mehr die Frage aufgeworfen, welches politische Selbstverständnis es ist, das uns überhaupt in östliche Grenzgefilde treibt. Dieser Status diskursiver Prominenz ist im Kern begrüßenswert. Ist es doch durch die so mitangezettelte Problematisierung unseres politischen Selbstverständnisses zu einer intensivierten Diskussion aller derjenigen Fragen gekommen, die leider viel zu selten gestellt werden, die zu beantworten trotzdem aber Voraussetzung dafür sein sollte, in schlüssiger Manier linksradikale Politik betreiben zu können: Wie stellen wir uns Prozesse gesellschaftlicher Veränderung überhaupt vor? Wen wollen wir mit unseren Aktionen erreichen; wen glauben wir, erreichen zu können? Wie, d.h. mittels welcher Instrumente sind unsere kurz-, mittel- und langfristigen Ziele verwirklichbar? Wie sollten unsere Aktionen aufeinander bezogen sein?
Sind Bündnisse oder sonstige Kontaktaufnahmen erforderlich; wenn ja, wie sollte dies von statten gehen? usw.usf.
[...]

Kleiner Exkurs: Über Staus und linke Wahrnehmungsstörungen

Neben prinzipiellen Bedenken, auf welche die Sprache noch kommen wird, ist die Supermarkt-Aktion des öfteren deshalb in Frage gestellt worden, weil diese zu sehr zu Lasten der KassiererInnen gegangen wäre. Dieser Einwand ist in unseren Augen legitim; auch wir haben diesbezüglich im Vorfeld ausgiebig diskutiert; als Kompromiss in Sachen Zumutbarkeit ist hierbei herausgekommen, daß wir uns - mit Ausnahme der Ölflasche - ausschließlich auf solche Mißgeschicke spezialisieren wollten, die zwar (unvermeidbaren) Situationsstreß für die KassiererInnen produzieren, nicht aber etwaige Extra-Arbeiten nach sich ziehen würden wie z.B. umständliche Wiedereinräum-Aktionen. Daß diese Devise nicht von allen eingehalten wurde, hatte damit zu tun, daß einige AktivistInnen erst kurzfristig auf den Zug aufgesprungen waren. Und dennoch: Besagter KassiererIn-Einwand erscheint uns trotzdem komisch oder auch unehrlich und das deshalb, weil es sich um einen Einwand handelt, der in identischer Weise gegen jede Strassenblockierung - und somit gegen jede beliebige Demo - formuliert werden könnte. Denn in jedem Stau stecken Menschen fest, die nach beschissener 8-Stunden-Schicht so schnell als möglich nach Hause möchten, die pflegebedürftige Eltern auf sich warten wissen, die plärrende Kindern auf der Rückbank sitzen haben, die einen wichtigen Termin bei ihrem neuen Vermieter wahrnehmen müssen, usw. usf.. Solcherlei Blockierungen, von denen während des gesamten Grenzcamps Hunderte Menschen betroffen gewesen sein dürften, werden in aller Regel stillschwiegend in Kauf genommen oder werden aufgrund ihres politischen Charakters als legitim ausgegeben. Kritik im Sinne des KassiererIn-Argumentes wird in aller Regel nicht geübt, und das zurecht! Das aber zeigt, daß so mancher Einwand Ausdruck einer ausgesprochen einseitigen, d.h. schiefen Wahrnehmung ist und sich nicht zuletzt deshalb dem Verdacht aussetzt, einer anderen

Warum, warum nur?

Motivation geschuldet zu sein als der offiziell vorgeschobenen: nämlich einem schlichten Unbehagen gegenüber solchen Aktionen, die zunächst einmal als fremd, eigentümlich und unvertraut empfunden werden.
Die Frage nach Sinn und Zweck unseres Tuns möchten wir zunächst einmal negativ beantworten, also damit, was wir mit Sicherheit nicht beabsichtigt haben: Erstens ist es uns nicht darum gegangen, die von unseren Aktionen unmittelbar Betroffenen aufzuklären, d.h. für antirassistische Positionen und Anliegen zu gewinnen. Genausowenig haben wir zweitens die Absicht verfolgt, die Aktions-Betroffenen mittels raffinierter Strategien der Provokation und Irritation zum selbst-aufklärerischen Nachdenken anzuregen. Und auch ist es drittens nicht unser Ziel gewesen, Provokationen in den Raum zu stellen, einfach mal so, ganz um ihrer selbst willen. Daß wir mit unseren beiden Aktionen nichts von alledem angepeilt haben, darüber sollte absolute Klarheit herrschen, ist es doch andernfalls besonders einfach & billig - Stichwort: Verballhornungs-Strategie -, den Nachweis zu führen, daß die Hoffnung absolut abwegig ist, auf der Grundlage der von uns bewußt inszenierten Konfrontations-Situationen irgendeinen Menschen aufklären oder zum Nachdenken anregen zu können.
Das aber wirft unweigerlich die Frage auf, weshalb wir der Aufklärung so dermaßen unlustig gewesen sind, weshalb wir also noch nicht einmal die Anstrengung unternommen haben, wenigstens den Eindruck zu erwecken, wir wollten aufklären.
Unserem der Aufklärung Unlustig-Sein liegt die ganz prinzipielle Einschätzung zugrunde, daß Aufklärungsbemühungen in der Mehrzahl der Fälle zum Scheitern verurteilt sind, und zwar unabhängig vom Seriösitätsgrad des jeweiligen Aufklärungs-Auftrittes. Begründet ist dies in unseren Augen darin, daß die Mehrzahl der gesellschaftlichen AkteurInnen derartig fundamental in die Gesamtheit der gesellschaftlichen Macht- & Herrschaftsverhältnisse verstrickt ist, daß sie noch nicht einmal in Grundzügen über diejenigen Gedanken, Gefühle, Bedürfnisse, Werte und Prinzipien, körperliche Ausdrucksmöglichkeiten, etc. verfügt, welche Voraussetzung dafür sind, linksradikale Aufklärungs-Botschaften nicht nur wahrnehmen, sondern auch verarbeiten und somit reflektierend verstehen zu können. Realisieren tut sich besagte Verstricktheit auf zweierlei Weise: einerseits über das materielle Korsett der Gesellschaft, also darüber, daß die gesellschaftlichen AkteurInnen immer schon - auf je klassen-, geschlechts-, ethnizitäts-, etc.-spezifische Weise - in den Arbeitsmarkt, das Schulsystem, den reproduktiven Tätigkeitsbereich, die staatliche Fürsorgesysteme uvm. verstrickt sind; andererseits über das symbolische-diskursive Korsett der Gesellschaft, welches auf das Allerengste mit den Strukturen und Institutionen des materiellen Korsetts verwoben ist und zusammen mit diesem das Denken, Wissen und Wahrnehmen der gesellschaftlichen AkteurInnen genauso wie deren Art und Weise zu handeln hervorbringt und somit strukturiert. (Hinter diesen Formulierungen steckt letztlich die These, daß der Mensch kein (!) der Gesellschaft äußerliches Wesen ist, eines also, welches über einen vor-gesellschaftlichen Natur-Kern verfügte und demnach von den gesellschaftlichen Verhältnissen geradem al mit-geprägt bzw. über-formt werden würde. Vielmehr ist der Mensch - jedenfalls in unseren Augen - ein durch und durch gesellschaftliches Wesen, ist also in jedweder Hinsicht durch das gesellschaftliche Ganze her-

vorgebracht und strukturiert, und zwar in je spezifischer Abhängigkeit davon, welche Position er im gesellschaflichen Gesamtgefüge einnimmt (Geschlecht, Klasse, Ethnizität, etc.).)
Entscheidend ist nunmehr aber, daß der Grad bzw. die Intensität der jeweiligen Verstricktheit unterschiedlich ausfallen kann, woraus folgt, daß die AkteurInnen, deren Verstricktheit in die symbolischen sowie materiellen Strukturen der Gesellschaft die relativ Niedrigste ist, gleichzeitig diejenigen sind, welche linksradikalen Aufklärungs-Botschaften tendenziell am empfänglichsten gegenüberstehen. Ausgezeichnet sind jene potentiell Mobilisierungsfähigen durch die Eigenschaft, irgendwie links und deshalb empfänglich für linksradikale Standpunkte zu sein, politisches Engagement jedoch nicht - oder nicht mehr - auf die Reihe zu kriegen.
Wir möchten jetzt die Zielsetzung unserer beiden Aktionen positiv bestimmen: Knapp gesagt ist es uns - zumindestens vordergründig - darum gegangen, gesellschaftlich-diskursive Auseinandersetzungen mit-anzuzetteln, d.h. also das öffentliche Streitgespräch darüber zu entfachen bzw. anzufeuern, was es mit Nationalismus und Rassismus auf sich hat, oder näherhin: aus welchen Struktur-Elementen sich Nationalismus und Rasissmus zusammensetzen, wie sie mit anderen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verwoben sind, auf welche je spezifische Weise die gesellschaftlichen AkteurInnen in all dies verstrickt sind. (Es sei noch angemerkt, daß die Begrifflichkeit des Diskurses, so wie sie im Folgenden Verwendung findet, nicht in eins mit derjenigen gesetzt werden sollte, wie sie gemeinhin - unter Rückgriff auf Foucault - verstanden wird. Und das deshalb, weil Gegen-Diskurse (samt der durch sie entfachten Debatten) einen relativ niedrigen Institutionalisierungs- und Verbreitungsgrad aufweisen und es folglich auch nicht vermögen, produktive Machteffekte hervorzubringen.)
Solche gesellschaftlich-diskursiven Auseinandersetzungen anzuzetteln, ist unterdessen alles andere als einfach, insbesondere in Zeiten wie den gegenwärtigen, in welchen die rassistischen sowie nationalistischen Strukturen und Verhältnisse derartig hegemonial sind, daß sie noch nicht einmal Gegenstand alltäglicher Gespräche sind, geschweige denn öffentlicher Debatten. Damit es trotzdem zum öffentlichen Schlagabtausch kommt, ist es demnach erforderlich, mittels hierfür geeigneter Maßnahmen Diskurse bzw. Kommunikationskorridore durch das gesellschaftliche Kommunikations-Gefüge zu spannen. Denn im Kern bedeutet gesellschaftlich-diskursive Auseinandersetzung nichts anderes als Kommunikation: mündliche genauso wie schriftliche, visuelle oder akkustische Kommunikation. Denn nur dort, wo überhaupt gesellschaftliche AkteurInnen untereinander kommunizieren, ist es möglich, daß verschiedenartige Standpunkte und Wahrnehmungen sichtbar werden und es somit zur konflikthaft gestrickten Rede sowie Widerrede kommt.
Welches sind aber die Maßnahmen, mittels derer das Interesse und die Aufmerksamkeit der gesellschaftlichen AkteurInnen so gebannt werden kann, daß diese das Bedürfnis herausbilden, untereinander zu kommunizieren und auf diese Weise zu MitGestalterInnen von Diskursen bzw. Kommunikationskorridoren zu werden? Hierzu bedarf es in unseren Augen etwas Außergewöhnlichem, d.h. etwas Irritierendem, Unerwartetem oder Aufsehenerregendem. Denn das ist der Stoff, welcher die Leute interessiert & neugierig oder auch aufgeschreckt & zornig werden läßt, welcher also unmittelbare bzw. persönliche Betroffenheit herstellt und folglich nicht nur eigene Kommunikationsbedürftigkeit stiftet, sondern auch diejenige der NachbarInnen, Arbeits- bzw. SchulkollegInnen, der Lokal-Medien, der Lokal-Politik, etc. Genau dieses quantitative Wachstum der Kommunikationsbedürftigen ist indessen gut so, entstehen doch Kommunikationskorridore letztlich erst dadurch, daß immer mehr Menschen in das Gravitationsfeld eines sich herausbildenden Kommunikationskorridores geraten. Denn nur dort - und das ist wichtig! - , wo die TeilnehmerInnenzahl eines Kommunikationskorridores wächst, wächst auch die Wahrscheinlichkeit, daß um so verschiedenartigere Meinungen abgegeben werden - jedenfalls in einer Gesellschaft wie der unsrigen, in welcher es neben einerseits entferntem Nahumfeld sowie andererseits großem "Rest" auch noch PDS-lerInnen, linke SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen, Grüne, Bürger- und MenschenrechtlerInnen, NGO-Fuzzis, kritische JournalistInnen, engagierte ChristInnen, linksintellektuelle BürgerInnen, 68-er LehrerInnen, kritisch-linke WissenschaftlerInnen, humanistisch gesonnene KünstlerInnen, PsychotherapeutInnen, Alternativ-MedizinerInnen, menschenfreundliche SozialpädagogInnen, etc. gibt: D.h. solche Menschen, welche zwar nichts mit unseren linksradikalen Anliegen am Hut haben, trotzdem aber dagegenhalten bzw. einschreiten, wenn in ihrer Reichweite im Tenor des gesellschaftlichen Mainstreams gehetzt, gezetert und gepoltert wird und sich so zu TeilnehmerInnen eines Kommunikationskorridores machen. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur, daß es nicht zuletzt PDS-lerInnen gewesen sind, welche sich in die anfänglichen Platzauseinandersetzungen vermittelnd eingeschaltet haben.)
Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen dürfte es nunmehr nachvollziehbar sein, weshalb wir das Chaotisierende (Supermarkt) sowie Grenzverletzende (Gärten) lediglich als kommunikationsstiftende Maßnahmen begriffen haben, d.h. als Maßnahmen, die durch eigentümliche Außergewöhnlichkeit die Aufmerksamkeit der unmittelbar Aktions-Betroffenen in kommunikationsmotivierender Weise in den Bann zu schlagen, aber auch - deshalb die Flugblätter - keinen Zweifel am politischen Grundgehalt der Angelegenheit zu lassen. Maßnahmen also, die es den neu Kommunikationsmotivierten zu gestatten, die jeweilige Aktion mit all den anderen Kommunikationskorridoren kurzzuschließen, die sich in Zittau rund um´s Grenzcamp herausgebildet hatten. Just in diesem Sinne ist im übrigen auch die z.T. groteske Aufmachung unserer Flugblätter einzuordnen: Zum einen wollten wir auf diese Weise das persönliche Reizungslevel der Aktions-Betroffenen hochsetzen, zum anderen aber auch ein allzu schnelles Auf-Die-Seite-Legen der Flugblätter verhindern. Denn nur im Eigentümlich-Sperrigen ist unseres Erachtens die Chance begründet, daß ein Flugblatt - wenn schon nichts anderes hängenbleibt - wenigstens das Etikett politischer Verrücktheit aufgedrückt bekommt, was aus noch zu erläuternden Gründen nicht die schlechteste Etikettierung ist, welche ein Flugblatt (samt dazugehöriger Aktion) innerhalb eines Kommunikationskorridores verpaßt bekommen kann.

Vorausgesetzt, unsere Strategie der Kommunikationsstiftung klappt tatsächlich, stellt sich jetzt natürlich die Frage, wofür es überhaupt gut sein soll, das Kommunikations-Gefüge einer Stadt mit lauter Kommunikationskorridoren zu durchziehen und dadurch öffentlich ausgefochtenen Streit vom Zaun zu brechen? An dieser Stelle schlägt endlich das Stündlein des weiter oben als aufklärbar bezeichneten entfernten Nahumfeldes: Denn um dessen AkteurInnen wirklich zu erreichen, ist umfassende Präsenz erforderlich; herzustellen ist diese allerdings nicht durch persönliche Vertreterbesuche an der Haustür, sondern vielmehr dadurch, daß es gelingt, innerhalb der Öffentlichkeit in greifbarer, handlungsmächtiger und unübersehbar Manier anwesend zu sein. Ist dies nämlich der Fall, kann es deshalb zu Aufklärungs- und somit Mobilisierungsprozessen kommen, weil sich ja das entfernte Nahumfeld gerade dadurch auszeichnet, interessiert und empfänglich für linksradikale Inhalte und Praktiken zu sein, allerdings konkreter Anknüpfungspunkte bzw. Ermunterungen zu bedürfen, um das, was irgendwie schon da ist, tatsächlich Wirklichkeit werden zu las-

sen. (Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch daran, daß politische Argumente nur unter der Bedingung handlungsstimulierend wirken, daß sie mit einem praktischen und konkreten Handlungsvorbild einhergehen, welches überdies nachahmbar erscheint!) Der politische Wert solcher Aufklärungs- und Mobilisierungserfolge ist aber, daß wir auf diese Weise unser linksradikales Mehr-Werden organisieren können, was letztlich Voraussetzung dafür ist, nicht nur kleine, sondern auch große Gesellschaftsveränderungen in die Wege leiten zu können.
Zusammengefaßt heißt dies also, daß unsere beiden Aktionen nur vordergründig im Dienste des Aufbaus gesellschaftlicher Kommunikationskorridore gestanden haben, tatsächlich aber der Gewinnung neuer MitstreiterInnen dienlich gewesen sind bzw. sein sollten. Oder knapper noch: Angesprochen ist zwar die allgemeine Öffentlichkeit gewesen, gemeint allerdings nur spezifische Segmente innerhalb dieser. Das macht es wiederum verständlich, inwieweit das Etikett politischer Verücktheit nicht das schlechteste ist; denn anders als die allgemeine Öffentlichkeit fühlt sich das entfernte Nahumfeld durch derartig Ver-rücktes eher angezogen als abgestoßen!



Wie unschwer zu erkennen ist, steckt in dieser Argumentation deutliche Kritik an einer der heiligsten Dogmen autonomer Politik, nämlich daran, daß jede Aktion aus sich selbst heraus vermittelbar, d.h. verstehbar sein müsse. Welche so denken, verkennen Dreierlei:

- **erstens**, daß das, was einer/m selbst völlig durchsichtig und zwingend zu sein scheint, für andere nichts als krudes und gefährliches Kauderwelsch sein kann;
- **zweitens**, daß Verstehbarkeit als solche irrelevant ist, es sei denn, sie geht mit dem Impuls einher, über das jeweils Verstandene kommunizieren zu wollen;
- **drittens**, daß es oftmals gerade anfängliche Nicht-Verstehbarkeit ist, aus welcher im weiteren Verlauf Verständnis erwachsen kann - sei es über den von Kommunikationsguerilleras/os beschrittenen Weg, oder sei es über die von uns favorisierte Schiene, wonach eine Aktion über den Umweg des Kommunikationskorridores bei anderen Menschen aufklärend und mobilisierend wirken kann.

Aus dieser Kritik am autonomen bzw. linksradikalen Verstehbarkeits-Dogma folgt indessen, daß etwaiger Aktionserfolg nicht an Verstehbarkeits-Kriterien ablesbar ist, sondern vielmehr an solchen Kriterien, die darüber Auskunft geben, inwieweit es mittels entsprechender Aktionen tatsächlich gelungen ist, gesellschaftlich-diskursive Auseinandersetzungen anzuzetteln:

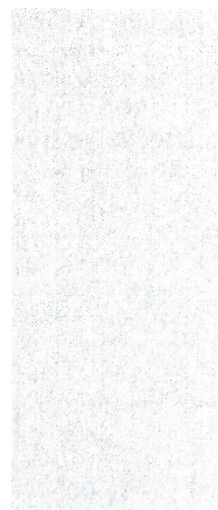
1. Peppigkeits-Kriterium:
gemeint ist, ob eine Aktion außergewöhnlich genug dafür ist, Kommunikationsimpulse zu setzen. Unstrittig sollte hierbei sein, daß Peppigkeit nicht mit Raffiniertheit & Schönheit in eins gesetzt werden kann; so ist es z. B. ungleich stumpfer, nicht aber weniger peppig, Chaos im Supermarkt zu veranstalten, als es das Überschreiten privater Gartengrenzen ist, bei welchem ja praktische Handlungs-Form sowie politischer Inhalt ineinander aufgegangen sind. (In diesem Sinne dürfte wohl die samstägliche Festungs-Europa-Aktion die raffinierteste und schönste Aktion des gesamten Camps gewesen sein.)

2. Rahmbarkeits-Kriterium:
gemeint ist, daß sich bei jeder Aktion um deren jeweilige Erkennbarkeit und somit Rahmbarkeit bemüht werden sollte, z.B. durch die begleitende oder nachträgliche Verbreitung von Flugblättern, Plakaten, Spuckis, Briefen, etc. Ist dies nicht der Fall, ist es nämlich eher unwahrscheinlich, daß sich rund um eine Aktion ein politisch motivierter Kommunikationskorridor entspinnt, es sei denn - und diese Situation hat das Zittauer Grenzcamp ausgezeichnet - es zirkulieren bereits zahlreiche, thematisch ähnlich ausgerichtete Kommunikationskorridore, so daß nahezu jede Aktion sofort in den Sog einer bzw. mehrerer dieser Kommunikationskorridore gerät und somit politisch-kommunikative Bearbeitung erfährt. (Erinnert sei diesbezüglich nur daran, daß sowohl im Supermarkt als auch in den Gärten die unmittelbar Aktions-Betroffenen auch ohne Flugblattlektüre sofort erkannt hatten, wohin der Hase läuft.)

3. Griffigkeits-Kriterium:
Jede Aktion bzw. Kampagne sollte auf der Ebene inhaltlicher Selbstpräsentation so angelegt sein, daß sie in ihrem Anliegen griffig ist, und zwar deshalb, weil andernfalls das Kommunikationskorridor-Gespräch allzu ausufernd und somit beliebig zu werden droht. (Achtung: Das Griffigkeits-Kriterium sollte auf keinen Fall mit Plumpheit bzw. Simplizität verwechselt werden!)

4.Dosierungs-Kriterium:
Hinsichtlich ihres Außergewöhnlichkeits-Gehaltes sollte bei jeder Aktion auf ihre jeweilige Wohldosiertheit geachtet werden, droht doch andernfalls die Stimmung innerhalb der Kommunikationskorridore negativ umzukippen, und das mit der Konsequenz, daß die eigentlich entfachte Stimmung nicht mehr als positiver Bezugspunkt für das entfernte Nahumfeld geeignet ist. In Zittau dürfte dies z.B. dann der Fall gewesen sein, wären die Autos meherer CDU-Stadtrat-Abgeordneten niedergebrannt worden.

Wir möchten jetzt noch auf die Frage eingehen, in welchem Verhältnis die Supermarkt- sowie Garten-Aktion zu anderen, eher klassisch-aufklärerisch ausgerichteten Aktionen stehen. In unseren Augen sind solcherlei Klassiker wie z.B. Demos, Camp-Zeitung-Verteilerei oder Blockaden absolut unentbehrlich, und das v.a. deshalb, weil gerade PDS-lerInnen, linke SozialdemokratInnen, MenschenrechtlerInnen, 68-er LehrerInnen, etc - also diejenigen, welche innerhalb der Kommunikationskorridore (zusammen mit uns) für Widerspruch sorgen - den Eindruck haben sollten, daß im Rahmen einer Kampagne auch solche Aktionen erfolgen, welche gemäß ihres eigenen Verständnisses legitim und sinnvoll sind. Droht doch andernfalls "unseren" bürgerlichen Widerspruchs-Geistern die Lust zu vergehen, sich in erwünschter Weise in's kommunikative Zeug zu legen. Anders formuliert heißt das also, daß es absolut verheerend gewesen wäre, hätte sich das Grenzcamp aus lauter Garten- und Supermarkt-Aktionen zusammengesetzt. Erforderlich ist stattdessen der tatsächlich erfolgte Aktionsmix gewesen, welcher überdies auch deshalb hilfreich gewesen ist, weil er gerade bei besagten Widerspruchsgeistern aus dem kritischen BürgerInnentum die Neigung wachgekitzelt hat, sich besonders inbrünstig & vehement zugunsten der von ihm für sinn-



voll und legitim befundenen Aktionen (samt ihrer Inhalte!) stark zu machen. Und zwar inbrünstiger & vehementer, als dies der Fall gewesen wäre, hätten wir uns ausschliesslich auf den im kritisch-bürgerlichen Wertehorizont für gut und rein befunden Aktionstypus beschränkt. Schliesslich sollte aber auch nicht vergessen werden, daß sich das entfernte Nahumfeld aus einer Vielzahl solcher, v.a. jüngerer Menschen zusammensetzt, welche insbesondere auf aufklärerisch-phantasievolle Aktionen "abfahren" wie z.B. das Würfelspiel auf dem Marktplatz oder den RäuberInnenüberfall auf die Schmalspurbahn; insofern sollten auch deshalb derartige Aktionen auf gar keinen Fall fehlen!

Und die Bilanz...

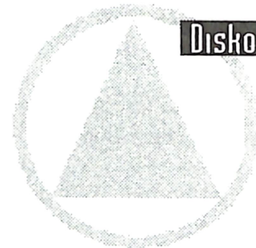
Insgesamt folgt hieraus, daß sich sämtliche AktivistInnen eines Camps gleichermaßen für das Zustandekommen eines Konzertes unterschiedlichster Aktionstypen verantwortlich fühlen sollten. Auf diese Weise werden die je spezifischen Effekte der je einzelnen Aktionstypen zugunsten eines um so größeren Gesamteffektes fruchtbar gemacht, welcher sich gemäß der Devise verhält, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Einzelteile. Was demnach fehl am Platze ist, zu glauben, wenn auf einer Aktion 'Aufklärung' draufsteht, auch tatsächlich 'Aufklärung' drin ist. Dies anzunehmen wäre naiv! Vielmehr muß - aus politisch-theoretischen Erwägungen heraus - immer wieder so getan werden, als ob es wirklich um Aufklärung ginge - auch wenn von vornherein feststeht, daß derartiges Aufklärungsansinnen mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt ist. Auf der anderen Seite sollte ebenfalls miteingerechnet werden, daß nicht überall dort, wo etwas als Provokation daherkommt, dies am Ende des kommunikativen Tages der einzige Effekt der entsprechenden Aktion bleiben muß!

Es bleibt die Frage, wie wir unsere beiden Aktionen bilanzieren, sowohl auf der Ebene ihrer technisch-praktischen Durchführung als auch auf derjenigen ihrer politisch-strategischen Effekte.

1.Technisch-praktisch sind beide Aktionen Erstlingswerke gewesen und folglich auch verbesserbar: Bei der Garten-Aktion hätte mit mehr Nachdruck für die Herausbildung kommunikativer Korridore gesorgt werden können, z.B. dadurch, daß den Betroffenen einige Tage später - ebenfalls als Kommunikationsstimulus - ein äußerst vernünftelnd abgefasster Aufklärungsbrief zugeschickt worden wäre oder dadurch, daß während der Aktion auch in den umliegenden Strassen Flugblätter verteilt oder Spuckis verklebt worden wären, oder dadurch, daß - was wesentlich mehr Leute vorausgesetzt hätte - eine entsprechende Aktion zeitgleich an mehrer Orten erfolgt wäre, usw. usf. Ähnliches gilt auch für den Supermarkt.

2. Politisch-strategisch dürfte unseren beiden Aktionen der gleiche Makel angehaftet haben wie allen anderen Camp-Aktionen auch: Damit es tatsächlich zu den von uns anvisierten Aufklärungs- und Mobilisierungserfolgen innerhalb des entfernten Nahumfeldes kommt, genügt es nämlich keinesfalls, sich lediglich mit der Ankurbelung kommunikativer Korridore, d.h. also öffentlich ausgefochtener Streits zu begnügen. Vielmehr bedarf es gezielter Kontaktaufnahmen mit dem entfernten Nahumfeld, bleibt doch andernfalls die Kontakthürde einfach zu groß. In diesem Sinne sollten bei einem etwaig nächsten Camp von vorneherein Kontakte gerade mit solchen Gruppen aufgebaut werden, die politisch allenfalls lose engagiert, trotzdem aber für unsere Inhalte empfänglich sind. Konkret bedeutet dies, eben nicht nur etablierte Vereine wie Jung-PDS-lerInnen, Grüne, Jusos, JunggewerkschaftlerInnen, etc. anzusprechen, sondern auch SchülerInnen-Gruppen, PfadfinderInnen, Jugendumweltschutzgruppen, Jugendhaus-HäuslerInnen, Einzelpersonen, etc. Dies bedeutet auch, (1.) während eines Camps niedrigschwellige Aktionen wie z.B. Demos nicht nur camp-intern, sondern auch öffentlich und offensiv anzukündigen, (2.) gemeinsam mit dem entfernten Nahumfeld Aktionen vorzubereiten sowie (3.) nahumfeld-gezielt für inhaltliche Veranstaltungen zu werben. Letzteres ist vor allem unter Aufklärungsgesichtspunkten wichtig; denn selbst intelligent aufgemachte Aktionen sind in inhaltlicher Hinsicht nahezu zwangsläufig unzulänglich und somit simplifizierend, sind also nur unter der Bedingung sinnvoll, daß sie als interessefördernde Plattformen fungieren, auf daß anderswo, d.h. im Rahmen hierfür geeigneter Veranstaltungen die jeweils anstehenden Themen und Inhalte ernsthaft diskutiert werden können. Ob und inwieweit allerdings mit derartigen, bereits im Vorfeld angeleierten Kontaktanbahnungnen das weitaus größere Manko wettgemacht werden kann - daß wir nämlich gerade mal zehn Tage vor Ort sind -, das scheint uns alles andere als ausgemacht zu sein. Denn letzlich dürfte selbst der beste Impuls verschütt gehen, solange kein geeigneter Rahmen verfügbar ist, mit diesem irgendetwas Weiterführendes anzustellen. In diesem Sinne sollte nicht nur über Techniken der Kontaktanbahnung nachgedacht werden, sondern auch über solche der langfristigen Infrastruktur-Aufbauhilfe.

Einige der Garten- und Supermarkt-Guerilleras/os



Antideutsch

Einige Anmerkungen zum Campmotto "Keine Grenze ist für immer"

„Keine Grenze ist für immer" - ein scheinbar problemloses Motto, dem alle Linken zustimmen können?! Doch wohl nicht ganz. Zumindest von antideutscher Seite gab es schon im Vorfeld heftige Kritik. Diese Parole könnte genauso gut der Schlesierverband oder ein anderer Vertriebenenverband auf seinen alljährlichen 'Tag der Heimat' verwenden und haben es wohl auch schon mal getan. Mag der Vorwurf auch überspitzt sein, so hat er doch einen wahren Kern. Schliesslich sind es noch keine 10 Jahre her, da die Oder-Neisse-Grenze gegen heftigen Widerstand der konservativen und revanchistischen Kräfte parlamentarisch anerkannt wurde. Das erfolgte erst nach heftigem Druck aus dem Ausland, weil sonst Grossdeutschland nicht akzeptiert worden wäre. Alljährlich mobilisieren die Vertriebenenverbände ihre bis zu den Naziverbänden reichende Basis, um zu betonen, dass sie die Grenze noch weiterhin in Frage stellen. Jetzt werden die TeilnehmerInnen des Grenzcamps natürlich sagen, damit haben sie nichts zu tun und sich empört zeigen, dass ihre Parole mit dem Treiben der Vertriebenenverbaende in einem Topf geworfen wird. Doch ganz so einfach ist es nicht, allein die Tatsache, dass an den Gegenaktionen zum „Tag der Heimat" alljährlich in Berlin nur ganz wenige Menschen teilnehmen, zeigt, dass es sich hier um kein Thema handelt, dass die radikale Linke in grösserem Masse interessiert. Zu häufig wird dort das Thema „Vertriebenenverbände" als nostalgisches Thema abgehandelt. Zu Unrecht, die Vertriebenenverbände haben schon längst die 3. Generation organisiert, die sich weiterhin auf ihre revanchistischen Ansprüche berufen und nicht nur das. Sie betreiben schon längst in den „ehemaligen Ostgebieten" eine Volkstumspolitik, die auf die völkische Zerstückelung dieser Länder hinausläuft. Man braucht nur die deutsche Anerkennungspolitik in Jugoslawien hinweisen, um die Folgen zu erkennen. Ein Grund mehr, da sich auch die radikale Linke mit dem Treiben der Vertriebenenverbände, ihren Treffen und ihren Parolen auseinandersetzen sollte. Und auch erkennt, dass eine Parole, wie „keine Grenze ist für immer" in polnischen Ohren durchaus einen anderen Beigeschmack hat als in Linksradikalen. Gut wäre es, wenn das auch auf dem Camp geschehen würde.

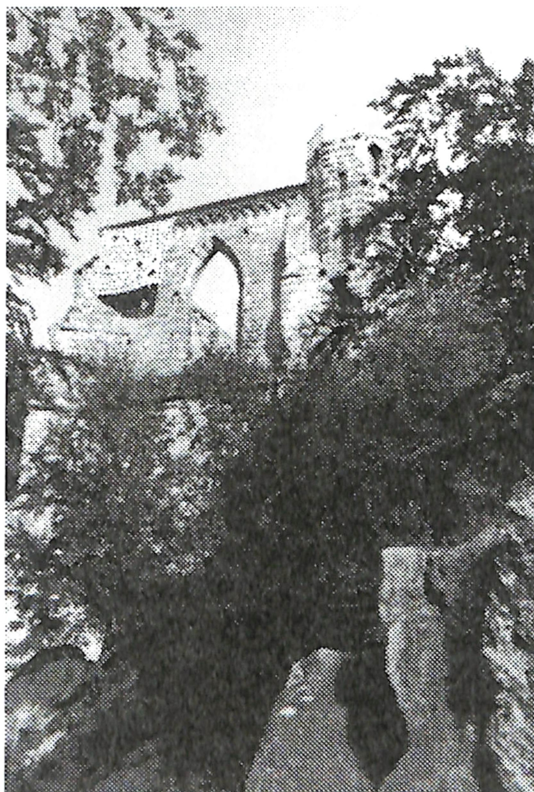
Peter Nowak

Über die Kritik an der Parole 'Keine Grenze ist für immer!' aus dem Geist des Gerüchts

Unmittelbar im Vorfeld des Grenzcamps erreichte das ZELTPLATZKOMITTEE die Information, das ein bekannter Antideutschtumsexperte auf einer der unvermeidlichen „antideutschen" Konferenzen, gegenüber dem von uns gewählten Slogan: „Kein Grenze ist für immer!" die Behauptung aufgestellt haben soll, daß dieser Slogan bereits irgendwann einmal von einem Vertriebenenverband benutzt worden sei. Für niemanden in der Gruppe stellte sich nach dem Erhalt dieser „Information" die Frage, ob dieser Kritiker, von dem man, wenn man ihn nur mal in direkter Rede stellt, doch tatsächlich die Aussage hören kann, daß er sich davor ängstige einmal sagen zu müssen: „Dann gute Nacht Deutschland!", da möglicherweise eine schlicht falsche Behauptung aufgestellt haben könnte. Ganz im Gegenteil: Alle von uns waren über diese „Information" vermutlich auch deshalb erst mal ein wenig irritiert, weil wir bislang wirklich nicht die größten Freunde eben dieser Vertriebenenverbände waren, und wir auch deshalb uns weder mit der Geschichte, Wandlungsprozessen, noch mit der aktuellen Politik dieser dubiosen Vereinigungen beschäftigt hatten. So mochte von uns erst mal niemand von vornherein ausschließen, daß dieser Slogan tatsächlich einmal von einem Vertriebenenverband Verwendung gefunden haben könnte. Interessanterweise rückte die Mehrzahl der Anwesenden im ZELTPLATZKOMITEE nach dem Vertiebenenverbände-Hinweis sofort von dieser Parole ab. Nur wenige mochten sich noch zu einer Verteidigung dieses Slogans bereit finden. Insofern schien also die von Antinationalen auf der Basis einer Verdachtslogik heraus gestellte Vertriebenenverbänden-Parole-Behauptung Aussicht auf Erfolg zu haben. Dabei bezieht sich der Verdacht natürlich auf die Furcht davor, durch die Verwendung dieser Parole möglicherweise nicht mehr zur Gemeinschaft der Linken gezählt zu werden. Jedes geltend machen einer Nachweislogik im Sinne von: „Zeigt mir bitte diese Stelle, woher ihr das bitte von den Vertriebenenverbänden habt!" hätte niemals diese Wirkung ausüben können und hätte darüber hinaus sogar noch völlig kleinkariert ausgesehen. Vielleicht auch, „um des lieben linken Frieden willens" wurde ein Angebot mit Leuten, die auf Basis des Vertriebenen-Hinweises öffentlich über diese Parole auf dem Camp diskutieren zu wollen, dankbar angenommen. Und das spricht wirklich Bände für die zuweilen bis zur politischen Selbstaufgabe reichende Naivität und Gutherzigkeit autonomer Basisstrukturen, die man aber bitte deshalb niemals verachten soll. Auf der anderen Seite kann und soll es nach unserem prinzipiellen Verständnis nichts geben, was nicht zu bestreiten, zu diskutieren und damit immer wieder von vorne und neuem zu begründen wäre. Das kann niemals verwerflich sein.

Überall Zitate, Zitate, Zitate ... Auf dem Camp wurde dann zunächst von einem schriftlichen Beitrag unter dem Titel „Antideutsch?" von dem Journalisten P. Novak unmißverständlich Stellung zu dem Slogan des Zittauer Camps: „Keine Grenze ist für immer" genommen. Auch er stellte dabei die Behauptung auf, daß „diese Parole (...) genauso gut der Schlesierverband oder ein anderer Vertriebenenverband auf seinen alljährlichen `Tag der Heimat´ (hätte) verwenden (können) und (...) es wohl auch schon mal getan" haben. Ende des Zitates, welches auf der Homepage des Grenzcamps im world-wide-web nachgelesen werden kann. Allerdings verwies die am Ende des zitierten Satzes verwendete wachsweiche „wohl auch schon mal" - Formulierung darauf, daß dem eifrigen Kritiker seine eigene Aussage so ganz geheuer nicht mehr vorgekommen sein mag. Dennoch mochte der um das „Antideutsche" bemühte Kritiker deswegen in seinem Beitrag noch lange nicht auf eine selbstlose Politikberatung der „radikalen Linken" zu verzichten, die er energisch dazu aufforderte, sich nun endlich einmal auch - ja womit? Genau! - „mit den Vertriebenenverbänden auseinanderzusetzen." Auch der zweite, auf einer anderen diskursiven Ebene erheblich gehaltvollere Diskussionsbeitrag, der im Anschluß an das große Plenum am Mittwochabend vor zunächst etwa 100 Zuhörerinnen vorgetragen wurde (und der

unter dem Titel „Diskussion um das Motto ..." gleichfalls auf der Grenzcamp-Homepage nachgelesen werden kann) meinte aus welchen Gründen auch immer auf einen genauen Beleg für die provokante „Vertriebenenverbände-Parole-Behauptung verzichten zu können. Nun, es gilt wahrscheinlich nicht nur im linken Milieu, daß wenn man nur etwas lange genug behauptet, das es dann irgendwann einmal zu einer unverrückbaren Tatsache wird, die weder der genaueren Nachfrage wert noch die eines Belegs würdig ist. So kann es nicht verwundern, daß man zwischenzeitlich in dem Beitrag „Zittern in Zittau" in „analyse und kritik" (vom 26. 8.`99) die einfache, durch nichts eingeschränkte Aussage: „Auch von Vertriebenenverbänden war jene Parole in der Vergangenheit benutzt worden." lesen kann. Noch ein klein wenig präziser äußerte sich ein Herr Kolja Lindner in der Zeitschrift Ornament & Verbrechen (Nr. 1/JULI `99) mit einem Artikel unter der Überschrift: „Zittauer Tage des Zorns". Der entschloß sich dazu, zwar kein „Verbrechen" zu begehen aber doch die Tatsachenbehauptung aufzustellen, daß „das Camp-Motto >Keine Grenze ist für immer< - immerhin in den 50er Jahren eine Parole der Vertriebenenverbände" gewesen sei. An der Angabe eines genauen Ortes und einer genauen Jahreszahl ließ aber auch er es fehlen. Demgegenüber kann es auf den ersten flüchtigen Blick fast als ein Fortschritt erscheinen, daß ein Autor in einer der aktuellen Bundesregierung nahe stehenden Zeitung ein paar Tage zu genaue Festlegungen zu meiden weiß. Dennoch gilt auch ihm in nicht ungeschickter Formulierung die „historisch unbekümmerte Losung" deshalb als „verunglückt", da es ja nun mal nicht richtig sein könne „rhetorisch (...) in die Nähe von Revanchisten (zu) geraten." (TAZ vom 30.8.1999). Und um der Vollständigkeit halber noch mal auf den mutmaßlichen Urheber jener Information, jenem bekannten Antideutschtumsexperten zurückzukommen: Auch der verzichtete wie selbstverständlich in einer kurzen, aber meinungsstarken Kolumne in der konkret Nr. 9/99 unter dem originellen Titel: „Kein Quatsch ist illegal" auf einen genauen Beleg, wußte aber nunmehr die Information nachzureichen, daß das Camp doch eher den „Eindruck" hinterlassen habe, daß es sich bei den dortigen Aktivistinnen nicht um „linke", sondern um die „Jugend der Vertriebenenverbände" gehandelt habe. So oder so: Die Vielzahl dieser Zitate zeigt, daß das von antinational sein wollenden Zeitgenossen gestreute Vertriebenverbände-Parolen-Gerücht seine Funktion vollauf erfüllt hatte. Sie hatte nicht nur allerorten die schnelle Runde gemacht, sie konnte auch - sicht man die zwischenzeitlich zu dieser „Information" publizierten Veröffentlichungen an, - ohne Zweifel eine erfolgreiche Resonanz verbuchen. Das gilt leider auch für den im 80er Jahre-Vollautonomen-Ranschmeiß-Sound verfaßten, und auch von daher weitgehend gedanken- wie prinzipienlosen Beitrag von Fred König und Hans Meister aus der INTERIM Nr. 483. Sie schreiben dort doch tatsächlich unter Hinweis auf den von ihnen wohl nicht unabsichtlich völlig falsch referierten Verlauf der Camp-Diskussionsveranstaltung: „Klar ist der Slogan scheiße, darüber waren sich alle einig, selbst diejenigen, die ihn auf die Plakate drucken ließen." So sind wir nun unmittelbare Zeugen davon geworden, daß aus einem Gerücht eine Information, und aus einer Behauptung eine Tatsache geworden war, über die sich doch, so jedenfalls Fred König und Hans Meister, „alle einig" geworden zu sein scheinen. Ob da überhaupt noch ein Widerspruch erlaubt ist? Jedenfalls haben die in diesem Zusammenhang publizistisch tätig gewordenen Genossen die Behauptung entweder in den Rang einer Tatsache erhoben, oder gehen zwischenzeitlich schon stillschweigend in ihren Argumentationen davon aus. Dieser Erfolg der Anti-Vertiebenen-Verbände-Parolen-Argumentation, so unsere Vermutung, muß in einer psychologischen Dimension darin gelegen haben, daß alle dazu aufgefordert worden waren, so etwas wie politisch sauber zu bleiben. Und wer mag sich von den anständigen Linken dieser Aufforderung schon verweigern? Die oben zitierten jedenfalls nicht. Dieser Erfolg setzte sich in gewisser Weise auch auf der abendlichen Veranstaltung auf dem Camp zu diesem Thema insofern weiter fort, als „die Mehrheit diese Kritik" an der Parole teilte, wie es ein Bericht der Jungle World (vom 1.9.`99) zutreffend vermerkte. Dabei besteht das sympathische an dieser Aussage darin, daß dort wo es eine „Mehrheit" gibt, erstens niemals „alle einig" gewesen sein können, und zweitens dort immer auch eine Minderheit zu finden gewesen sein muß. Überhaupt kann noch positiv von dieser Veranstaltung vermerkt werden, daß die weitgehend höfliche Form des von vier GenossInnen referierten „Diskussion um das Motto"-Vortrages als auch Momente des Debatteninhaltes mit dafür sorgten, weitgehend frei von basisautonomen Privat-politisch Kurzschlüssen, auf einem sowohl zivilisatorisch wie auch zeitweise politisch-historisch angemessenen Niveau zu debattieren. Für diese Vorlage und Anstrengung gebührt den GenossInnen unbedingter Dank, die sich nebenbei bemerkt, selbst zumindest weder an diesem Abend noch mit ihrer Unterschrift unter ihrem Beitrag öffentlich als „Antinationale" bezeichnet haben. Wenn wir dennoch im Fortgang unserer Argumentation weiter an dieser Sammelbezeichnung festhalten, entspringt das zunächst einmal aus unserer Verlegenheit darüber, wie wir denn sonst die Kritik „beim Namen" nennen sollten. Allerdings sind wir uns bewußt, daß man damit in die große Gefahr gerät, GenossInnen als Katzen mit den bekannten Ticketspielern des antinationalen Scheinradikalismus „grau zu machen", die es nun wirklich nicht verdient haben. Auf der anderen Seite gehen wir davon aus, daß es die GenossInnen im Unterschied zu uns, nicht als Zumutung empfinden würden, ihre Kritik eben als „antinational" zu bezeichnen.



Das (vorläufige) Ergebnis einer ergebnislosen Recherche ... Zurück zum Thema: Bislang wurde von uns noch nicht der Anwurf aus dem Weg geräumt, das es in der Verwendung der Parole „Keine Grenze ist für immer" zu einer intellektuellen Kollaboration zwischen Autonomen und Vertriebenenverbänden gekommen sein soll. Und das ist ja nun ein nicht ganz einfach zu verdauender Anwurf, der sich auch nicht dadurch aus der Welt schaffen läßt, daß er mit dazu beitrug, das die Parole „Keine Grenze ist für immer" von den CamporganisatorInnen „auf die Schnelle" in der

INTERIM-Sondernummer zum Camp noch mit dem Zusatz „ ... den Rassisten auf die Finger!" versehen wurde. (Siehe Ende dieses Beitrages) So blieb zunächst einmal nur dieser kleine Stachel, - viele werden das vielleicht etwas kleinkariert und pedantisch halten - diese schlichte Nachfrage danach, auf welchem Schlesier-Pommern-, Kaschubentag oder Tag der Sudentendeutschen genau eben jenes Motto verwendet wurde. Für jeden diesbezüglichen Hinweis wären wir dankbar gewesen. Nun, dieser Wunsch, diese mehrfach auch schriftlich u.a. auf der Homepage des Grenzcamps publizierte Bitte wurde uns von den oben genannten Vertriebenenverbändenexperten bis auf den heutigen Tag nicht erfüllt. Wir haben unterdessen die Zeit dafür genutzt, um uns einmal selbst einmal über diese mutmaßliche Vertriebenenverbände-Parole kundig zu machen. Die Recherche, ob der Slogan „Keine Grenze ist für immer!" jemals von einem bundesdeutschen Vertriebenenverband benutzt worden ist, hat ganz schlicht und einfach - nichts, überhaupt nichts ergeben. Und das ist schon eine skurrile Angelegenheit nach etwas zu suchen, was es (wohl) niemals gegeben hat, da immer eine gewisse Irritation darüber zurück bleibt, ob man nicht vielleicht doch etwas übersehen haben könnte. Deshalb haben wir vorsichtshalber auch noch eine an einer wissenschaftlichen Institution seit Jahren arbeitende und uns gut bekannte Bohemistin (d.h. Historikerin für Tschechien und der Slowakei) gefragt, ob es nicht doch sein könnte, daß dieser Slogan schon einmal bei den Vertriebenenverbänden Verwendung gefunden haben könnte. Um es kurz zu machen: Sie hat herzlich gelacht als wir ihr von der Kritik der Antinationalen berichteten: „Für die revanchistischen Vertriebenenverbände, „sagte sie „ ist diese Parole ja wohl zu keinem Zeitpunkt geeignet gewesen. Die Grenzen, für die die kämpfen, sind aus deren Sicht ja definitiv für immer. Sie berufen sich doch auf die tausendjährige Gültigkeit einer natürlichen Grenze, für deren Wiederherstellung, die doch Politik machen." Meine Güte ja, warum sind wir nicht eigentlich selber darauf gekommen? Gegen die Behauptung der Antinationalen wäre doch in einem ersten Schritt allemal einzuwenden gewesen, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß Vertriebene gerade diese Parole verwenden würden. Denn das Grenzen nicht für immer sind, hatte ihre Vertreibung ja gerade bewiesen. Da sich rechtes Denken aber zuallererst durch unhistorische Annahmen auszeichnet, wäre die Parole - die ja genaugenommen nur eine Banalität im historischen Verlauf ausdrückt - für Vertriebene extrem irritierend. Sie argumentieren ja mit der Beständigkeit von Grenzen, die auch nach 1945 einfach behauptet wurde, gegen alle Vernunft. Da hätten wir nur an die alten BRD-Schulatlanten mit dem 1937´er-Grenzverlauf zu denken brauchen.

Was auch immer: Nicht nur deswegen fühlen wir uns auch dazu legitimiert erstens festzustellen: Die Behauptung, daß „Keine Grenze ist für immer" jemals eine Parole eines Vertriebenenverbandes war, ist bis zu dem von den Antinationalen zu erbringenden Beweis, wenn auch vielleicht nicht in einem intentionalen Sinne erlogen, so aber doch ganz falsch. Zweitens wird dieses Feststellung nicht dadurch relativiert, daß die Vertriebenenverbände sie dann ja - einmal vermeintlich ideologiekritisch gewendet - wenigstens „benutzt haben könnten". Vermeintliche Ideologiekritik so in Anschlag gebracht ist nur eine andere Beschreibung für ein ungedachtes Lumpenschwadronieren. Es zählt nur, daß sie obwohl es von den Antinationalen einfach so behauptet worden ist, es nicht haben, und es genau dafür handfeste Gründe geben muß, die gerade auch für die von uns vorgenommene Wahl des Slogans sprechen. Als dritte und gerade in perspektivischer Hinsicht kann als wichtigste Feststellung in diesem Zusammenhang gelten, daß die von Antinationalen erhobene Behauptung aus dem Geist der negativ delirierenden Abstraktion, dh. des Gerüchts entstammt. Das kann schon mal passieren, aber das beunruhigendste besteht darin, daß eben dieses Gerücht so ungeheuer schnell die Runde machte und die Köpfe vieler CampaktivistInnen erreichte. Und das ist erstens außerordentlich bedrückend wie erklärungsbedürftig und zweitens kann man das nun wirklich nicht den Antinationalen zum Vorwurf machen.



Am Ende des „kurzen Jahrunderts" mit „unmißverständlich links" noch „auf der sicheren Seite"? Was sind nun also die Chiffren und stillen Motivlagen, die von den Antinationalen mit dem von ihnen erfundenen Vertriebenen-Parole-Gerücht so außerordentlich wirkungsvoll, fast mit einem mouse-click in den Köpfen der ursprünglich einmal unter der Parole „Keine Grenzen sind für immer!" angetretenen Campaktivistinnen haben angerufen werden können? Die spontane Assoziation, daß für die deutsch-polnische Grenze hiermit nur ihre Aufhebung zu verstehen sei, wird als erster Bonuspunkt abgebucht. Da die gedanklichen Koordinaten in der Nachkriegszeit hängen, wird sie als rechte entlarvt. Der Satz „Das könnten auch die Vertriebenen fordern" gerinnt durch wenige Schritte zur Gewißheit und die irritierende Parole kann aus der Welt diskutiert werden. Zur Analyse dieses Problems möchten wir zwei Zugänge diskutieren. Dabei hebt der eine auf so etwas wie eine psychologische Konstitutionsproblematik vieler autonomer Bewegungsaktivistinnen ab, der andere Zugang setzt sich mit der Rolle und heutigen politischen Bedeutung eines defensiv orientierten Zweite Weltkriegs-Antifaschismus auseinander. Mit der Diskussion dieser beiden Zugänge soll das Problem der Vermittlung zwischen großer Außen- und kleiner Innenpolitik reflektiert werden, der nun alle ausgesetzt sind, die in diesem Land etwas gesellschaftspolitisch verändern, sprich bewegen wollen. Am Schluß werden wir uns dann noch einmal für die weitere Verwendung des Slogans „Keine Grenze ist für immer!" stark machen. Es existiert in der Gesellschaft bei vielen BewegungsaktivistInnen das Bedürfnis im Angesicht der in diesem Jahrhundert zerklüfteten deutschen Geschichte erstmal auf so etwas wie einer „sicheren Seite" sein zu wollen. Im Angesichts der bis auf den heutigen Tag in die Gesellschaft reichenden starken rechten bis autoritativen Tendenzen ist das der unmittelbare Reflex darauf, daß wenn man das schon nicht mehr zu verändern weiß, so sich aber doch dann wenigstens als „links" erklärt. Von den Antinationalen wird dieses Chiffre in ihrer Rede auch mehrfach angerufen: „Die Oder/Neiße-Grenze ist von Linken zurecht als Friedensgrenze verteidigt worden, und das muß auch heute noch getan werden." Einmal abgesehen davon, daß diese Problematik zumindest in der zweiten Hälfte der 40er Jahre von der damaligen „Linken", d.h. der KPD und der SPD

durchaus mal anders gesehen und erst danach verändert worden ist, so besitzt die oben zitierte Aussage den Vorteil, sich selbst zunächst einmal einer staatspolitischen Anordnung Europa zu versichern, die aller spätestens mit dem 4+2 Einigungsvertrag aus dem Jahre 1990 staats- und völkerrechtlich beglaubigt worden ist. Allerdings ist die Forderung nach einer „Verteidigung" einer von einer christdemokratisch geführten BRD-Regierung seit 1990 anerkannten Staatsgrenze in gewisser Weise eine etwas sterile Angelegenheit, die sich aber zugleich der auch gedanklichen Anstrengung beraubt, sich in die Verhältnisse politisch einzumischen. „Links" ist in diesem Fall auch nicht der Hauch eines wirklichen Widerspruches zu „Rechts" und zu Autoritarismus schon gar nicht, sondern nur die notwendige komplementäre Ergänzung dazu. In dem vorliegenden Redebeitrag wird dieses Motiv bereits in dem ersten Satz von den Antinationalen unmittelbar angesprochen: „Wer von deutscher Seite aus in Richtung Oder/Neiße die Parole >Keine Grenze ist für immer< ausgibt, begeht einen Tabubruch". Dreht man diese Aussage um, dann spricht sie sich implizit für die Existenz von politischen Tabus aus. Genau das ist aber aus ihrem prinzipiellen Verständnis heraus für eine politische Rechte auch nicht das aller geringste Problem. Sucht man diese Aussage auf etwas zu beziehen, was als „Linke" verstanden, oder als „links" geltend gemacht wird, dann ist sie zuende gedacht zugleich das Ende einer Linken, die logischerweise nicht Tabus, sondern mit Hilfe einer rücksichtslosen Kritik -gerade auch gegen Tabus! - Aufklärung und Befreiung stiftet. Eine „Linke" die meint Grenzen mit der Erklärung von „Tabus" und nicht mit Argumenten verteidigen zu müssen, hat sich argumentativ in eine politische Rechte transformiert.

Die in der Argumentation der Antinationalen enthaltene Bekräftigung einer sauberen Scheidung zwischen „Rechts" und „Links" drückt sich auch in ihre auch von vielen Campaktivstinnen geteilten Wunsch nach der Scheidung von möglicherweise „mißverständlichem" aus: „Für das Grenzcamp müßte das heißen, sich von mißverständlichen Parolen (>Keine Grenze ist für immer<), wie von mißverständlichen symbolischen Aktionen (Überschreiten der Grenze von West nach Ost mit Verhöhnen polnischer Grenzer) zu verabschieden." Doch wer entscheidet bitte sehr darüber was denn nun schon als „mißverständlich" gelten kann und was nicht? Kann etwa die gloriose Parole „Nie wieder Deutschland!" als unmißverständlich angesehen werden, obwohl bekanntlich ein staatsrechtliches Gebilde dieses Namens nirgendwo auf der Welt existiert hat? Und was ist von der vom bayrischen Ministerpräsidenten Stoiber ausgerechnet auf dem letzten Sudetentag im Frühsommer `99 gerade mit Hinweis auf die Begrifflichkeiten in der Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus erhobene Forderung zu halten, es dürfe keinen „Schlußstrich" geben und das nichts vergessen sei. Haben wir, und hier insbesondere die Antinationalen daraus irgendwelche Schritte hinsichtlich der zukünftigen Parolenauswahl abzuleiten? Das Argument der möglichen Kontaminierung bestimmter Parolen- oder Gedankenfetzen durch einen politischen Gegner ist also für sich genommen, so wenig politisch wie nur irgendwas. Es findet sich schließlich immer ein Gegner, der im passenden Moment die Bedeutung umzudrehen bereit ist. In diesem Sinne finden wir es schlicht in einem politischen Sinne eine Chimäre, einem stillen Motiv nach „unmißverständlichen" Parolen folgen zu wollen. Die kann und wird es niemals geben können. Darüber ob etwas verständlich oder mißverständlich ist, entscheiden zunächst die Leute, die darüber - idealerweise! - in ein Gespräch kommen und die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Leute aktuell agieren. Deswegen läßt sich auch die von den Antinationalen scheinbar unmißverständlich getroffene Aussage, daß „sich Polen und Tschechen von der Parole „Keine Grenze ist für immer" bedroht fühlen" müssen, auch schlicht umdrehen. Schließlich wurde die Umsetzung dieser Parole doch durch die dem polnischen Staat nach dem Zweiten Weltkrieg von den Siegermächten übertragene „Verwaltung deutscher Gebiete" - wenn man so will - erfolgreich unter Beweis gestellt. Und auch für die BürgerInnen des polnischen Staates stellte sich in gewisser Weise die Evidenz dieser Parole durch die zu ihren Gunsten durchgeführte Veränderung der BRD-Visabestimmungen im Jahre 1991 her. Und davon fühlten sich nun wieder rum die hiesigen Nazis „bedroht". Whatever, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich der Slogan „Keine Grenze ist für immer!" wirklich in sehr verschiedene Richtungen drehen lassen kann. Und auch hier gilt es sich dann in der Tat einzumischen, anstatt sich auch noch aus einer Position der faktischen politischen Schwäche heraus um die Errichtung von „Tabuzonen" zu bemühen, die nur eine andere Beschreibung dafür sind, sich aus dem Handgemenge abzuwenden. Manchmal kann sich sogar die Politik eines Mißverständnisses dann bedienen, wenn sie alte bornierte Denk- und Handlungsweisen angreifen und durchbrechen will. Man sollte sich deshalb niemals von als „mißverständlich" bezeichneten Parolen deshalb trennen, weil sie irgend jemand mißverstehen könnte, sondern nur dann, wenn sie in einem politisch-emanzipatorischen Sinne schlecht sind, oder diesem sogar im Weg stehen.

Über die politischen Grenzen eines defensiv orientierten Zweite Weltkrieg-Antifaschismus Es gibt noch ein weiteres sehr tragendes Motiv für die spontane Zustimmung vieler Campaktivistinnen zu den von Antinationalen vorgetragenen Argumentationslinien. Es besteht in dem Charme einer mit dem Zweiten Weltkrieg entstandenen defensiv orientierten Form von Antifaschismus, der dessen diplomatische und staatsrechtliche Ergebnisse bis auf den heutigen Tag zu verteidigen sucht. In dem Beitrag wird das durch die mehrfache völlig unkritische Verwendung des von der politischen Klasse der DDR creierten Begriffes von der Oder/Neiße-Linie als „Friedensgrenze" deutlich. In diesem zunächst einmal nicht völlig unehrenhaften Blickwinkel müssen natürlich die Interventionsvorbereitungen der Nationalen Volksarmee in der polnischen Krise der Jahre 1980/81 unterschlagen werden, und die seit spätestens nach 1989/91 in Europa fundamental geänderte politische Situation folgerichtig aus dem Blick geraten. Auch wenn die Antinationalen in ihrem Vortrag einräumen, daß „die BRD inzwischen die Ostgrenzen anerkannt (habe) und ein erneuter deutscher militärischer Ritt nach Osten (...) nun wirklich nicht auf der Tagesordnung (stehe), (da das) (...) heutzutage auch völlig unnötig (sei), denn die BRD ist ökonomische Führungsmacht in Europa", so verharrt diese Betrachtung doch in den reichhaltigen Verbrechen der faschistischen deutschen Geschichte in der ersten Hälfte der 40er. Exemplarisch dafür der als zwar verbal geschickter, dennoch vom Inhalt her völlig mißlungene Interpretations-Overstretch zweier völlig disparater, weil aus ihrem konkreten politischen wie historischen Zusammenhang gerissener Bilder: „Wenn Deutsche die Oder/Neiße-Grenze wenn auch mit harmlosen Mitteln angreifen und polnische Grenzbeamte verhöhnen, hat das eben diesen starken symbolischen Charakter. Und bei Symbolik zählen Bilder, nicht gute Absichten. Ein böser Mensch also, wer bei dieser Aktion auch an das berühmte Photo von deutschen Soldaten denken muß, die 1939 unter Gejohle den ersten Schlagbaum einreißen?" An dieser Stelle geht es wirklich nicht um die absolut irrelevante Frage, ob hier irgend jemand, der für sich beansprucht zu denken, damit zugleich auch „ein böser Mensch" sein könnte, sondern ob sich die als „Deutsche" bezeichneten, sich selbst wohl zum Teil als „Frauen/Lesben" verstehenden und während ihrer Aktion leicht bekleideten GenossInnen, sich mit den behelmten und bewaffneten faschistischen Kobelbechermännern und Banditen des 1. September 1939 gleichsetzen lassen. Jedenfalls wenn wir die beiden Bilder betrachten, dann geht die von den Antinationalen suggerierte Gleichsetzung nun mal ganz und gar nicht auf. Ein einfacher Blick auf die Bilder - „und bei Symbolik zählen Bilder" (sic!)- reicht da völlig! Die Aussagen der Antinationalen bleiben letztlich auch heute noch auf die Unterstellung einer Überwältigung Polens durch die Bundesrepublik fixiert.

Exemplarisch dafür der Merksatz: „Wer das mörderische deutsche Grenzregime gegen Flüchtlinge bekämpft, muß gleichzeitig auch die Oder/Neiße Grenze als symbolische Grenze deutscher Großmachtpolitik verteidigen." Vor lauter argumentativen Verteidigungsanstrengungen einer bereits selbst als „symbolische Grenze" bezeichneten Anordnung, ist den Antinationalen völlig entgangen, das aktuell ein Angriff der Bundeswehr auf Polen auch deshalb nicht stattfindet, weil die BRD gerade zusammen mit ihrem NATO-Partner Polen die BR Jugoslawien überfallen hat. Aber diese vielleicht ja nicht so unwesentliche Veränderung der internationalen Staatenordnung läßt sich eben nicht mehr in der durch die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Jalta fixierte Anordnung beschreiben. Folgerichtig muß sie aus dem Blick geraten., d.h. sie wird in dem vorliegenden Beitrag noch nicht einmal als Frage, geschweige denn als ein politisches Problem angesprochen, mit dem zumindest alle die heute konfrontiert sind, die gegen den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien ein „Nein" formuliert haben. Es gibt allerdings in dem Antinationalen-Beitrag einen durchaus dramatisch zu nennenden Sprung aus der durch Jalta fixierten ideologischen Staatenanordnung, wenn sie tatsächlich schreiben: „Unter den gegebenen deutschen Verhältnissen ist die Parole >Keine Grenze ist für immer< genauso naiv und falsch wie die Parole >Nie wieder Krieg<„.

Das ist schon ein starkes Stück, die Parole „Nie wieder Krieg" gerade auch unter Hinweis auf die „gegebenen deutschen Verhältnisse" als „falsch" zu bezeichnen. Die zumindest verbal kriegsbereiten Antinationalen werden sich wundern, bei wem sie noch in den hiesigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die weit über das von dem Grünen J. Fischer besetzte Auswärtige Amt hinaus reichen, Unterstützung für diesen Gedanken finden werden. Viel fataler ist jedoch an dieser Aussage, daß sie nicht nur Verhältnisse charmiert, in der der Krieg aller gegen alle als ein unveränderbarer Naturzustand zwischen den Menschen betrachtet wird, sondern daß sie zugleich auch eine frontale Absage an die Vorstellung einer kommunistischen Weltgesellschaft formuliert, in der gerade der Krieg als Modus zur Lösung von Konflikten in einem logischen Sinne unmöglich sein wird, eben: „Nie wieder Krieg!". Und ein mehr als gefährlicher Irrtum ist es zu glauben, daß der „Krieg" lediglich eines von mehreren kontrollierbaren Mitteln der Außenpolitik ist und bleibt. Die Geschichte eines jeden Krieges lehrt etwas ganz anderes. Die Eskalationsautomatiken eines Krieges zeigen noch immer, daß wenn erstmal der wirklich erste Biß getan ist, er sofort den nächsten speist und sofort. Meinen die Antinationalen etwa das, wenn sie meinen die Parole „Nie wieder Krieg" als „falsch" bezeichnen zu müssen? Wenn ja, dann müssen sie, wenn sie diese Aussage uzende denken, in den noch kommenden Kriegen den Weg der Dunkelmänner und das mit allen Konsequenzen einschlagen. Und dieser genuin antikommunistische Weg wird mitnichten zwischen uns und den Antinationalen ein gemeinsamer sein. Es ist allerdings dem von den Antinationalen gehaltenen Vortrag zu Gute zu halten, daß er die Frage und den Horizont aufriß, welche genaue politische Geltung die von den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges stammende Staaten-und auch Gedankenordnung in Europa noch heute beanspruchen kann. Niemand der sich „irgendwie" auf die „Linke" bezieht, kann ein Interesse daran besitzen, den Sieg der Roten Armee und der West-Alliierten über den europäischen Faschismus rückgängig machen. Und in gewisser Weise gilt das sogar für die aktuell amtierende rot-grüne Bundesregierung, die ja keineswegs davor zurückscheute, sich einige aus der Epoche der Sowjetunion stammende Antifa-Argumentationsstränge als Bestandteil ihres eigenen Argumentationsarsenals zu eigen zu machen, um den erstmaligen, vielleicht nicht unbedingt „antinationalen" aber zumindest doch von der Flachpfeife Ulrich Beck als „postnational" bezeichneten Kriegseinsatz deutscher Soldaten im NATO-Angriffskrieg im März 1999 gegen die BR Jugoslawien zu legitimieren. So bewegen wir uns in der Tat auf einem seit 1989 in Europa wirklich etwas unübersehbar gewordenen Terrain, in der die durch die KP-Führungseliten betriebene Selbstzerstörung und Transformation des „realen Kartellsozialismus" in einen osteuropäischen Bandenkapitalismus noch lange nicht auf den Begriff gebracht worden ist. Als sicher kann in diesem Zusammenhang gelten, daß die von den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges geronnene Staaten- und Gedankenanordnung ihre gesellschaftspolitische Prägekraft eingebüßt hat. Das nicht zu analysieren, und sich vor den Veränderungs- und Zerfallsprozessen des einen kapitalistischen Universums blind zu machen, - die nebenbei ja auch nicht unwesentlich die Migrationsströme von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen provozieren, - wie es die Antinationalen so trefflich in ihrem Beitrag tun, muß gerade in einem politischen Sinne in einer Mischung aus Kitsch und Antiaufklärung verenden.



Was heißt „Keine Grenze ist für immer!" Das war jetzt deshalb eine wirklich lange und um Grundsätzliches bemühte Anti-Kritik eines antinationalen Anspruches, da dieser für viele „links" sein wollende Campaktivistinnen den Widerspruch als ihre eigene Frage in Gestalt verkörpert. Und die mit diesem unsinnigen Widerspruch verbundene Frage muß mindestens abgeräumt werden, wenn man zu etwas besserem als den derzeitigen politischen und kulturellen Verhältnissen gelangen will. Es ist ein mehr als grobes Mißverständnis die Parole „Keine Grenze ist für immer!" lediglich auf ein außenpolitisches Handlungsprogramm in den etablierten Institutionen des bürgerlichen Staates herunter zu buchstabieren, und damit zu verkürzen. Der Slogan „Keine Grenze ist für immer!" verkörpert nicht nur den unbedingten Widerspruch zu Rechts, sondern auch das nachhaltige Interesse daran, von wem auch immer gesetzte Privateigentums-; Klassen-, Geschlechter- oder Identitätsgrenzen und den notwendigerweise daraus folgenden und tief in unsere eigenen Beziehungen reichenden Autoritarismus, anzugreifen und zu überwinden.

Und um das jetzt an dieser Stelle noch mal etwas konkreter zu benennen: Wenn eine Gruppe von Frauen einer „Schlagt-Die-Sexisten-wo-Ihr-Sie-Trefft-Gmbh" in der INTERIM Nr. 484 schreibt, daß für sie „emanzipatorische Politik" heiße „in erster Linie aus gelaufenen Diskussionen Konsequenzen zu ziehen und Grenzen zu setzen und zu verteidigen", so finden wir das nicht nur deshalb falsch, weil Emanzipation dem Begriffe nach immer grenzenlos ist, sondern auch eine politische Provokation für jeden Revolutionär,der sich unter den gegebenen Verhältnissen erstmal für die Individuen interessiert, mit denen er wo auch immer - z.B. durch Beiträge in der INTERIM - konfrontiert ist. Insofern rüttelt „Keine Grenze ist für immer!" an allen bisherigen Grenzen, und fragt erneut nach deren Notwendigkeiten, die - so oder so - das Reich der Freiheit, in der es keine erniedrigten, geknechteten und beleidigten Menschen mehr geben wird, begrenzen. Natürlich kann man erstmal niemanden daran hindern, sich an einem vermeintlichen „Ende der Geschichte" mit vernagelten Köpfen und jeder Menge Grenzsetz-ungen in den deprimierenden Realitäten des kapitalistischen Universums einrichten zu wollen. Doch genau darin besteht doch das große politische Problem, das jeden Kommunisten und Kommunistin zu verstärkten Anstrengungen beflügeln muß, anstatt sich damit abzufinden! Insofern steht die Verwendung der Parole „Keine Grenze ist für immer!" in der Perspektive eines Kampfes für Glück und Befreiung, der sich allerdings für die Antinationalen, zumindest wenn man ihre Argumentationen durch-mustert, als Frage, geschweige denn als Problem nicht stellt, und auch insofern schon lange aufgegeben worden ist.

Wladimir Projorzki / Karl Friesland

Beitrag zur Diskussion um das Motto

"Keine Grenze ist für immer"

Wer von deutscher Seite aus in Richtung Oder/Neiße die Parole „Keine Grenze ist für immer" ausgibt, begeht einen Tabubruch – in unserem Fall jedoch nicht aus reaktionären, sondern allerbesten Motiven: Gegen die mörderische Flüchtlingsabwehr im Rahmen der Festung Europa. Die Oder/Neiße-Grenze ist von Linken zurecht immer als Friedensgrenze verteidigt worden, und das muß auch heute noch getan werden. Doch wer diese Grenze in ihren verschiedenen Funktionen wahrnimmt, für den gibt es keinen Widerspruch zwischen Verteidigung der Friedensgrenze und Bekämpfung des deutschen Grenzregimes, für den ist allerdings auch die Parole „Keine Grenze ist für immer" untragbar.

[...]

Mit der Berufung auf die Menschenrechte der deutschen Minderheit eignete sich Hitler 1938 das Sudetenland an. Im jetzigen Yugoslawienkrieg war es immer wieder die BRD, die sich zum Fürsprecher nationaler Minderheiten machte und die Zerschlagung des Zentralstaats zugunsten Deutschland-freundlicher Kleinstaaten wie Slowenien und Kroatien betrieb.

Doch es muß nicht immer die militärische Grenzverschiebung sein. In Bezug auf Polen und Tschechien, die inzwischen NATO-Mitglieder sind, läuft deutsche Großmachtpolitik heute anders, nämlich über wirtschaftliche Macht. Diese Alternative zur direkten militärischen Großmachtpolitik war in Deutschland immer auch verbunden mit dem Bestreben, Außengrenzen nicht zu verschieben, sondern in gewisser Weise aufzulösen. Paneuropakonzept, Europa der Regionen, Mitteleuropakonzept und Kerneuropa hießen und heißen diese deutschen Projekte, mit denen gerade durch Aufhebung von Grenzen und traditionellen Nationalstaaten deutsche Großmachtinteressen verwirklicht werden sollen. Bei Wegfall der Grenzen würde sich Deutschland als ökonomisch stärkste Macht durchsetzen und außerdem die deutschen Minderheiten als „überlegenes Kulturvolk" in Osteuropa an Macht gewinnen. Besonders deutlich wird die Folge der Grenzauflösungen in den sogenannten Euro-Regionen. In diesen mittlerweile um fast die ganze BRD herumliegenden grenzüberschreitenden Regionen verliert die Grenze selbst gegenüber EU-innen-Grenzen noch mehr an Bedeutung. Die Erfahrung in diesen Euro-Regionen zeigte, daß der deutsche Einfluß jenseits der Grenze steigt, während die dortige Bevölkerung die ökonomischen Verlierer sind.

[...]

Es sollte also klar sein, daß ein Kampf gegen nationalstaatliche Grenzen nicht als Selbstzweck verfolgt werden kann. Grenzen müssen immer im historischen und aktuellen Kontext gesehen werden.

Unter den gegebenen deutschen Verhältnissen ist die Parole „Keine Grenze ist für immer" genauso naiv und falsch wie die Parole „Nie wieder Krieg". Doch während „Nie wieder Krieg" immerhin unzweideutig friedlich zu verstehen ist, müssen sich Polen und Tschechen von der Parole „Keine Grenze ist für immer" bedroht fühlen.

In der ersten Campzeitung heißt es: „Grenzen sind überkodierte Orte, und so haben auch praktische
Interventionen, im Grenzgebiet notwendigerweise einen starken symbolischen Charakter". Wenn Deutsche die Oder/Neiße-Grenze wenn auch mit harmlosen Mitteln angreifen und polnische Grenzbeamte verhöhnen, hat das eben diesen starken symbolischen Charakter. Und bei Symbolik zählen Bilder, nicht gute Absichten. Ein böser Mensch also, wer bei dieser Aktion auch an das berühmte Photo von deutschen Soldaten denken muß, die 1939 unter Gejohle den ersten Schlagbaum einreißen?

Für das Grenzcamp müßte das heißen, sich von mißverständlichen Parolen („Keine Grenze ist für immer"), wie von mißverständlichen symbolischen Aktionen (Überschreiten der Grenze von West nach Ost mit Verhöhnen polnischer Grenzer) zu verabschieden.

Wer das mörderische deutsche Grenzregime gegen Flüchtlinge bekämpft, muß gleichzeitig auch die Oder/Neiße Grenze als symbolische Grenze deutscher Großmachtpolitik verteidigen. Dazwischen müssen wir für uns keinen Widerspruch konstruieren, wohl aber die Grenze in ihrer Widersprüchlichkeit erkennen und sie in unserer Praxis berücksichtigen.

(Aus dem Web-Journal)

Kein Quatsch ist illegal

Deutsche sind, zumal in Polen und Tschechien, nicht gerade für historische Sensibilität bekannt. Man ist vor allem in den Grenzregionen viel gewohnt. Jede Woche karren Busse hunderte Berufsvertriebene durch die Landstriche, die vormals unter anderem von Deutschen bewohnt wurden. Auch Antirassisten finden Grenzen scheiße. Alle sollen da wohnen können, wo sie wollen. Nach dem Sieg des Antinationalismus im Kosovo-Krieg haben ihre Parolen einen neuen Klang: Statt „Freies Fluten" heißt es jetzt „Keine Grenze ist für immer", so jedenfalls das Motto eines „Grenzcamps" der Kampagne „Kein Mensch ist illegal", das im August am deutsch-polnisch-tschechischen Grenzdreieck in der Nähe von Zittau stattfand. Gerade erst wurde unter maßgeblicher deutscher Beteiligung Jugoslawien zerschlagen; alte Grenzen sind gefallen, neue sind gezogen worden. Insofern hatten die Veranstalter dieses Alternativurlaubsfürs gute Gewissen objektiv recht. Und mit der Wahl des ortes für ihr Zeltlager erwiesen sie sich sogar als Avantgarde deutscher Begehrlichkeiten – der Eindruck, daß es sich hier nicht um Linke, sondern um die Jugend der Vertriebenenverbände handelt, wurde jedenfalls nicht vermieden. Auch die deutschen Aborigines in dieser Gegend konnten sich freuen: Obwohl sie den Bundesgrenzschutz bei der Jagd auf Flüchtlinge tatkräftig unterstützen und ein paar Erziehungsmaßnahmen deswegen nicht schaden könnten, galten die Attacken der Antirassisten nicht ihnen, sondern „der Grenze", dem vermeintlichen Symbol des „staatlichen Rassismus". Das Veranstaltungsprogramm - viel Ringelpiez mit Anfassen, Badeausflüge und Schwoof auf dem Zittauer Marktplatz - läßt erahnen, wieviel Energie und Kreativität die Organisatoren darauf verschwendeten, die arischen Eingeborenen von ihrer Zutraulichkeit zu überzeugen. Daß ihr naßforsches „Keine Grenze ist für immer" von den osteuropäischen Nachbarn als Provokation aufgefaßt werden mußte, war ihnen dagegen offensichtlich gleichgültig - das sind ja nur Slawen. Doch es geht nicht nur um Gedankenlosigkeit: Das Motto verweist vielmehr darauf, daß deutscher Antirassismus bisweilen auch zur Ideologie derer werden kann, die von den deutsche Verbrechen - etwa der gewaltsamen Beseitigung der tschechischen und polnischen Grenze - nichts mehr hören wollen. Deshalb ist es reichlich absurd, wenn „Jungle World"-Kommentator Burkhard Schröder moniert, daß die kreuzfidelen Grenzcamper „nicht dieselbe Sprache wie die Stinknormalen" sprechen. Vielmehr geht es auf diesem Zeltplatz zu wie im August auf jedem anderen in Europa: Man spricht deutsch.

konkret 9/99
Tjark Kunstreich



Dieser Text wurde vom FrauenLesben Plenum des Grenzcamps 99 verfasst

Keine Nachhilfestunde in punkto Sexisimus
aber: Eine Resolution gegen patriarchale Unterdrückungsstrukturen

Über den folgenden Text wollen wir nicht erneut die Diskussion entfachen, sondern einiges nochmal klarstellen. Wie ihr hoffentlich schon alle wisst, befindet sich hinter dem Radiozelt der Frauen/Lesbenbereich. Und dazu eine Neuigkeit:
Männer haben dort nichts zu suchen! D.h. auch, dass sie da nicht mal eben durchlaufen, oder nur mal kucken oder eben pissen gehen müssen. Solltet ihr euch daran nicht halten, dürft ihr euch über blaue Augen nicht wundern.
Uns geht es hier darum, klar zu stellen, dass nur Frauen für sich selbst definieren, wo Sexismus beginnt. Diese Grenzen müssen akzeptiert werden, und zwar von allen! Ausserdem hat sie das uneingeschränkte Recht, mit dem jeweiligen Sexisten so zu verfahren, wie sie es für angemessen hält. Sie muss sich weder dafür rechtfertigen, dass sie sich gegen ein Unterdrückungsverhältnis gewehrt hat, noch muss sie es diskutieren oder auf dem Plenum vortragen. Eine Diskussion ist schon deshalb nicht angebracht, weil durch nochmaliges Auseinanderklamüsern der Situation die Wahrnehmung der Frau in Frage gestellt wird.
Wie die Vorfälle von sexistischem Verhalten im Camp gezeigt haben, wurde sich zu Sexismus mitunter gar nicht oder falsch verhalten. Denkt doch nur mal an Rausschmiss der Punks, wo die Frauen in Frage gestellt wurden und die Täter zu Opfern gemacht wurden.
Sexismus bedeuted auch, Frauen weniger zuzutrauen, wie z.B. als Männer die Schutzfrauen beschützen wollten oder als ein Mann meinte, die Seetauglichkeit des Frauen/Lesbenflosses erst prüfen zu müssen.
Zum Kotzen finden wir es auch, dass die Dreckarbeit immer an uns Frauen hängen bleibt, will heissen, dass Frauen dafür verantwortlich gemacht werden, dass im Camp sexistisches Verhalten bekämpft wird.
Mit Frauen/Lesben sind wir bereit nochmal darüber zu diskutieren, kommt doch aufs Frauen/Lesbenplenum.
Hey Typen, wenn ihr den Text nicht versteht, kauft euch'n Buch!

Frauen/Lesben wehrt euch, nehmt euch die Waffe, die euch passt!

Kritik an der Zittauer Frauen-Resolution

Es ist uns wichtig, die oben zitierte Resolution, die eine Gruppe von Frauen während des Abend-Plenums im Zittauer Grenzcamp am Mittwoch, dem 11.8.99 vorgetragen hat, zu kritisieren. Viele, die nach der Verlesung dieser Resolution während des Camp-Plenums nichts gesagt hatten, teilen diese Kritik und haben geschwiegen: teils aus Angst, selbst in die Schußlinie zu geraten, und/oder, um bekannte, fruchtlose Ebenen des Schlagabtauschs zu vermeiden. Ein Drittel der Anwesenden hat der Resolution applaudiert. Das allein ist Grund genug für uns, ihr etwas entgegenzusetzen.

Unsere Kritik in aller Kürze: Wenn das allein "Sexismus" wäre, was die Frauen in der Resolution so nennen, dann müßte das Camp als gelebte Utopie bezeichnet werden.

Sexismus ist aber etwas anderes. Als Sexismus verstehen wir ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis, an dem sowohl Männer *als auch* Frauen aktiv Anteil haben, und in dem sie sich gegenseitig auf jeweils reduzierte Rollen und Positionen festlegen. Beide Seiten profitieren unterschiedlich von diesen Festlegungen, und auf beiden Seiten gibt es Leiden daran. Was jedenfalls definitiv nicht stimmt, ist, daß Frauen *immer* Opfer des Sexismus sind und Männer *immer* Profiteure und Täter, und daß Frauen darin sozusagen von Natur aus 'die Guten' sind, die aufgrund ihres Opferstatus von selbst immer auf der "sauberen Seite" sind. Unter dieser ganz realitätsfernen gedanklichen Voraussetzung, daß es nämlich nur "Täter-Männer" und "Opfer-Frauen" gibt, sind Frauen natürlich schon Sexismus-Opfer, wenn ihnen kritische Rückfragen gestellt werden.

Die Hauptforderung der Resolution, den Frauen in puncto Sexismus die totale Definitionsmacht einzuräumen, beruht genau auf dieser Voraussetzung: Stellt irgendjemand diese totale Definitionsmacht in Frage, macht er/sie die, die sie beansprucht, zum Opfer. Wir finden das falsch. Wir glauben, daß mit einem derartigen Machtanspruch, wie ihn die Frauen in der Resolution erheben, keine emanzipatorische Politik möglich ist, daß der Ausschluß von Konflikten, den die Resolution zum Ziel hat, Veränderungen erschwert oder gar verunmöglicht, die allein einen offensiven Umgang mit den Herrschaftsverhältnissen befähigen können, zu denen auch das Patriarchat gehört.

Während einer Diskussion mit AutorInnen der Resolution im Frauen/Lesben-Bereich des Camps hat sich eine von uns darauf festgelegt, eine geplante schriftliche Kritik ausschließlich in der Amazora zu veröffentlichen, weil diese Zeitschrift nur von Frauen gelesen wird. Diese Entscheidung war nicht zu Ende gedacht. Wir nehmen sie hiermit zurück, weil wir eine gemischtgeschlechtliche Debatte für unerläßlich halten.
Es gibt Voraussetzungen, die eine nur-eingeschlechtliche Veröffentlichung von Texten sinnvoll machen: Z. B. wenn in Texten intime - oder Verletzungsgeschichten 'drinstehen, von denen eine Betroffene nicht will, daß andere als die unmittelbaren AdressatInnen sie zu lesen bekommen. Solche Texte nicht öffentlich zu machen, ist eine Sache der Rücksichtnahme und Diskretion. Es ist überhaupt legitim, wenn AutorInnen etwas nicht veröffentlichen wollen, wenn eine Gruppe z. B. einfach 'unter sich' etwas schriftlich kursieren lassen will, wer würde da widersprechen? Aber das verpflichtet niemanden, der nicht zu dieser Gruppe gehört.

Repressiv nicht emanzipatorisch

Die Forderungen, die die Frauen aufstellen, öffnen keinen emanzipatorischen Horizont. Im Gegenteil - ihre Konsequenzen wären repressiv und autoritär, würden sie verallgemeinert: Im Kern beanspruchten die Frauen von der gemischtgeschlechtlichen und äußerst heterogenen 'Camp-Bevölkerung', sich ihrer Definitionsmacht bedingungslos unterzuordnen. Nimmt eine Frau das Verhalten einer anderen Person als sexistisch wahr, soll sie allein die Macht haben, über Sanktionen zu entscheiden. Aus der individuellen Wahrnehmung wird unmittelbar das Recht abgeleitet, über Strafen für die angeschuldigte Person zu entscheiden. Jede Möglichkeit, sich zu wehren, richtig zu stellen o. ä. wird außer Kraft gesetzt. Widersprechen darf niemand. Auch nicht nachfragen. Dieser Anspruch, der ja keineswegs neu ist, sondern seit Jahren u. a. in der *Interim* immer wieder von radikalen Frauen-Zusammenhängen erhoben wird, hat mit Befreiung nichts zu tun. Sein Horizont ist nicht eine bessere Gesellschaft, nicht das Ende des Patriarchats und der Unterjochung. Der Horizont, in dem die Camp-Resolution der Frauen steht, ist die bloße Umkehrung eines Unterdrückungsverhältnisses, von dem die Frauen behaupten, daß sie es beseitigen wollen. Sie setzen auf ein falsches Konzept, um daraus Selbstbewußtsein zu ziehen, nämlich auf die Macht, die sie auf der Grundlage der Idee beanspruchen, alle Frauen seien Opfer.

Aber Opfer sind nicht als solche „gut". Und Frauen sind nicht als solche Opfer. Sie sind auch Täterinnen, aktiv verstrickt ins Patriarchat und in alle möglichen anderen Herrschaftsverhältnisse. Und schließlich: Nicht verhandelbare Macht ist kein emanzipatorisches Instrument, sondern eins von Herrschaft. Anstatt für Befreiung einzutreten, nehmen nun die Frauen selbst das Recht auf Unterdrückung für sich in Anspruch. Das läuft nicht auf Befreiung heraus, sondern auf einen bloßen Austausch des Personals, das die Zwangsmacht besitzt. Gegenmacht in unserem Sinn muß immer so angelegt sein und gelebt werden, daß sie sich im Prozeß auch wieder selbst aufhebt. Eine emanzipatorische Veränderung der Geschlechterverhältnisse ist mit der oben genannten Herangehensweise ausgeschlossen. Zugespitzt formuliert: Der Sexismus-Vorwurf muß letztlich der Resolution gemacht werden, denn ihre Herangehensweise verlängert patriarchale, d. h. herrschaftliche Strukturen in die Ewigkeit. Frauen eignen sich hier das Patriarchat an, anstatt es zu demontieren.

Was dabei mit der Wahrheit passiert ...

Die Frauen suspendieren jeden Anspruch auf Vermittlung. Im Zentrum des Papiers steht die Weigerung, den Herrschaftsanspruch, den die Frauen für sich selbst erheben, vor einem Publikum zu begründen, dem sowohl Männer als auch Frauen angehören. Diskutieren wollen sie ausschließlich mit Frauen. Auseinandersetzung und Verhandlung von Verhältnissen und Rollen kann so gar nicht erst beginnen. Aber nur in Auseinandersetzungen von Einzelnen beider Geschlechter sind Veränderung möglich, mit denen patriarchale Herrschaftsverhältnisse überwunden werden könnten. An diesen Herrschaftsverhältnissen sind Angehörige beider Geschlechter beteiligt. Anstatt sich mit diesen Verhältnissen auseinanderzusetzen, verwandeln die Autorinnen der Resolution die Wahrheit in eine Zwangsinstanz. Wahr ist, was eine von ihnen wahrnimmt. Wie diese Wahrnehmung genau beschaffen ist, wird nicht verraten. Was einzelne Handlungen und Worte zu dem macht, als das die Frauen es interpretieren, darf nicht reflektiert werden. Motive, Kontexte, Strukturen können nicht analysiert, Veränderungsmöglichkeiten nicht ausgehandelt werden. Die Deutung der jeweils einzelnen Frau soll unbedingte Geltung haben, weil sie Opfer ist: Was ich wahrgenommen habe, war Sexismus. Was ist das für eine Wahrheit, die nicht in der beschreibbaren Wirklichkeit begründet wird, sondern in einer Autorität, die sich aus einer Vorabdefinition herleitet? Was ist das für eine Wahrheit, die nicht in Frage gestellt werden darf? Derartige Wahrheiten waren auch im Stalinismus mächtig, als die Partei des revolutionären Subjekts die Definitionsmacht hatte, und in der Kirche des Mittelalters, deren Wahrheitsagenten die Priester gewesen sind. Diese Wahrheit ist das Gegenteil von dem, was der Subcommandante Marcos über die Wahrheit der zapatistischen Revolte sagt: "Es geht nicht darum, irgendwelche Ideen zu verbieten, sondern darum, sie auf politischer Ebene zur Diskussion zu stellen. Und daß dann den Menschen die Entscheidung überlassen bleibt. Nicht die Gewalt soll entscheiden, sondern die Vernunft." (Le Monde Diplomatique, August.'99, S. 12)

Ausschluß von Konflikten

Wie jeder totale oder totalisierende Anspruch schließt die Definitionsmacht der Frauen Widerspruch, Konflikt, das "Andere" oder Abweichende, das, was in der Ordnung nicht aufgeht, und schließlich im Grunde das Subjekt selbst aus. Die patriarchale Ordnung ist ebenfalls eine Ordnung, die alles ausschließt, was sich ihr nicht einpasst. Sie bietet Frauen als den "Anderen" ein subtil verwobenes Netz von Einordnungsmöglichkeiten. Und Frauen handeln darin. Z. B. treten sie den „Täter"-Männern die Verantwortung ab. Frauen sind - entgegen aller Beteuerungen - nicht auf der sauberen Seite. Die Behauptung, sie seien „Opfer" der Männer, versucht zwar, das Handeln von Frauen in den herrschaftlichen Geschlechterverhältnissen zu negieren. Aber Frauen handeln und tragen zur Dominanz der Männer bei, sie sind Mittäterinnen im Patriarchat, profitieren von ihrem Verantwortungsverzicht.

Wenn die Autorinnen der Resolution, die sich als „Frauen/Lesben" bezeichnen, bis in alle Ewigkeit auf der Opferrolle von Frauen beharren, verhindern sie Veränderung, lähmen sie jede Möglichkeit, die Geschlechterrollen aufzubrechen. Die emanzipatorischen Ziele des Feminismus kommen dabei unter die Räder. Schließlich ist die Frauenbewegung einst angetreten, um gegen diesen Ausschluß aus der patriarchalen Identitätskultur Widerstand zu leisten und an die Stelle eine Identitätskultur eine der Gleichrangigkeit von Verschiedenartigen zu setzen. Die Frauen der Resolution verharren in der Pose des Protests, aber schaffen dabei eigentlich nur eine Umkehrung der beschissenen Verhältnisse im Kleinformat der Szene. Wenn die Gruppe der formal gegen ein Herrschaftsverhältnis Protestierenden ganz zwanglos ihre *eigene* Dominanzkultur entwickelt, gibt es nur eine Umkehrung der Aktionsrichtung:

Anstatt um Gesellschafts - und Selbstveränderung zu kämpfen, wendet sich der Blick nach 'innen', in die Szene, in der sich längst alle darüber einig sind, daß Sexismus falsch ist und das Patriarchat abgeschafft gehört. Der Kampf gegen den Sexismus gehört zum Glaubensbekenntnis eines und einer jeden linksradikalen AktivistIn. Anstatt mit diesen Leuten, von denen jede/r antworten würde, daß die patriarchalen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern bekämpft werden müssen, in eine Auseinandersetzung zu treten, wie das konkret und im Einzelnen, in den Produktions-Reproduktions-, Politik-, Lust- und Liebesverhältnissen gemacht werden kann, wird mit einer völlig reduzierten Sexismus-Definition sämtliche Anstrengung in eine paranoide Dauerfahndung nach Feinden in den eigenen Reihen investiert. Wie in den schlimmsten Ausformungen der patriarchalen Dominanzkultur wird der An-

dere, der Abweichende, der, der in der Ordnung nicht aufgeht, gejagt. Was auf der Strecke bleibt, sind Widerspruch und Konflikt. Hinterrücks wird die bekämpfte Ordnung einfach unter anderen Vorzeichen wieder aufgerichtet.
Die klägliche Folge ist die Verjagung einzelner Männer, die sich 'Delikte' haben zu Schulde kommen lassen, die in die völlig reduzierte Sexismus-Definition der Frauen passt. An dieser Stelle wird die absolute Definitionsmacht, die diese Frauen beanspruchen, auf gruselige Weise praktisch. Die neueste Geschichte dieser Art handelt von einem linksradikalen Genossen, der nicht nur dabei erwischt worden sein soll, daß er Pornohefte besaß, sondern sogar noch eingestanden haben soll, diese zu benutzen, um zu onanieren. Dieser Mann wurde wie in einer sich hochschaukelnden Hexenjagd immer heftiger attackiert. Zuletzt wurde er von Frauen an den Haaren über eine Straße gezerrt, er traut sich nicht mehr zu Veranstaltungen, Treffen, oder in Kneipen zu gehen, wo er diedie Aktivistinnen vermutet, die seinen Totalausschluß exekutieren. Zum Camp ist er aus Angst vor ihnen nicht gefahren.
Was hier stattfindet, ist nicht Revolution, sondern Krieg. Anstatt um die Veränderung von Verhältnissen und Menschen zu kämpfen, werden Menschen reduziert zu Abstraktionen: Dieser Mann ist nicht mehr einer, der ein Buch liest, gern ißt, schläft, Freunde hat, politisch redet und handelt, seine Lebensfunktionen genießt, er ist kein vielfältiges, widersprüchliches, handelndes Bedürfniswesen mehr, sondern er ist nur noch eins: „Sexist". Diese Ordnung ist anti-emanzipatorisch, falsch und wahnsinnig: Die bessere Gesellschaft, um die gekämpft werden sollte, kann niemals „rein" sein. Eine Gesellschaft, in der nicht mehr gestritten und verhandelt wird, ist überhaupt nicht wünschbar. Konflikte wird es immer geben. Und es kommt darauf an, sie zu verhandeln, und zwar unter Einschluß der Menschen und unter möglichst weitgehendem Ausschluß von reaktionären, herrschaftlichen, dummen und leidzufügenden Handlungsweisen.



Bei den in der Frauen-Resolution aufgezählten Sexismus-Vorfällen handelt es sich jeweils um Konflikte, und zwar um solche, die im Camp-Rahmen mehr oder weniger gut oder auch gar nicht ausgetragen worden waren: Jungs kommen, um den Schutz zu verstärken, Schutz-Frauen halten das für überflüssig und beißen Jungs weg. Okay! Punks prollen herum und sagen widerliche sexistische und rassistische Sachen, werden 'rausgeworfen. Okay! Im Plenum wird vom Rausschmiß der Punks erzählt. Eine Frau fragt nach, an welchen Maßstäben dieser Rausschmiß orientiert war. Ihr wird geantwortet. Sie ist zufrieden. Okay! Jungs machen den Dicken, als die Frauen ihr Floß durchs Camp tragen und fragen, ob das auch wirklich nicht untergeht. Sie werden weggebissen. Okay! Wenn das der ganze „Sexismus" auf dem Camp war: Na superprima!

Konflikte haben sich zugetragen. Die Subjekte haben sich in ihnen bewegt. Jede/r ist vorgekommen, einige haben sich klare Antworten eingehandelt, welche mußten gehen. Die Frauen haben sich auf alle Fälle behauptet. 500 Menschen auf einem Haufen, ein Hin und Her von Begehren, Abneigung, Mißverständnissen, unterschiedlichen Voraussetzungen usw., und dort wo Trieb oder Blödheit drohten, andere zu kränken, haben die sich effektiv dagegen verwahrt. Ein gutes Ergebnis. Aber was passiert nun? Die Vorfälle werden aufgeblasen zu Beweisen für eine Struktur, die im Camp gar nicht dominant ist. Aus dem Durcheinander des Handgemenges ziehen die Frauen den Beweis für die Existenz des Bösen und Unsauberen, des "Sexismus" im Camp.

Offensive Sexismusdebatte und zwar gemischtgeschlechtlich

Die Konzentration darauf, die Szene sauber zu halten, ist starr und statisch. Wenn permanent nur noch nach Einzeltätern gefahndet wird, und wenn dabei die Maßstäbe der jeweiligen Anklage nicht mal mehr diskutiert werden dürfen, dann hat die Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen keine Chance mehr. Denn Sexismus ist nicht, wenn Männer versuchen, Frauen anzubaggern. Es kommt darauf an, wie sie es tun. Sexismus ist, wenn das System der Zweigeschlechtlichkeit mit bestimmten Vorstellungen über den ein für alle mal vorgegebenen gesellschaftlichen Ort von Frauen und Männern verknüpft, und wenn sie auf bestimmte, vorgegebene Handlungen und Rollen festgelegt werden. Es ist genauso sexistisch, biologisch definierte Männer auf einem vorab definierten Konzept von Männlichkeit festzunageln, wie das dem entsprechende Festnageln von Frauen auf einem Muster von Weiblichkeit.

Von daher ist unser Anspruch der, uns mit Sexismus auch in gemischten Strukturen auseinanderzusetzen.

Zuletzt noch einmal gegen Entmischung und für das Handgemenge in emanzipatorischer Perspektive

Wir finden die Aufspaltung in Identitäts- und Geschlechtergruppen schlecht. Ebenso schlecht finden wir die Aufspaltung von Denkenden und Handelnden, von Intellektuellen und solchen, die Reflexion "anstrengend" finden. Wir finden, es ist die Aufgabe der Leute, die Auseinandersetzung wichtig finden, sich an den anderen, die sich nicht anstrengen wollen, abzuarbeiten. Wo ist der Ort der Revolte? Doch nur dort, wo sich die Revoltierenden befinden. Deshalb finden wir, daß wir uns gegenseitig davon abhalten sollten, in die Vereinsmeierei oder in das Sektierertum abzudriften. Wenn wir uns gegenseitig in Ruhe lassen, dann gibt es keinen Ort der Revolte mehr. Deshalb ist es auch schade, wenn einige resignieren und sich in eine andere Art von "Reinheit" zurückziehen, nämlich die der gut gedachten Gedanken und der "wirklich relevanten" Auseinandersetzungen im Internet.

Alle Revolutionen, die sich Reinheit zum Ziel gesetzt haben, sind in Konterrevolutionen verendet. Es gilt, zu einem neuen Verständnis von Revolution zu kommen, in dem die Unvollkommenheit, der Konflikt und das Handgemenge, Schwäche, Krankheit, Alter und Tod, Durcheinander und Unklarheit nicht ausgeschlossen, verdrängt und unterdrückt, sondern verhandelbarer Bestandteil sind. Es gibt keinen "Endzustand", sondern nur den unaufhörlichen Kampf gegen Lüge und Verdrängung, Ausbeutung und Herrschaft, und zwar aus der Perspektive von Solidarität, Erfahrung und Befreiung. Das ist anstrengend und macht manchmal Lust, wie das Leben selbst ...

Stefanie + Uschi

Beitrag zum Thema: Grenze • Wohlstand • Armut

Beg to Differ

Die Linke in Deutschland sollte sich nichts vormachen: 1997 wurden 68,2% des Bruttoinlandsprodukts als Löhne und Gehälter verteilt und 57,2% für den privaten Verbrauch verwendet. 34 Millionen Menschen waren 1997 in Deutschland erwerbstätig. Gäbe es keine Arbeitslosigkeit (die offizielle und inoffizielle) dann wären es über 40 Millionen Erwerbstätige. Lohn-und Gehaltsempfänger und Konsumenten haben gewiß einen Einfluß auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse insbesondere auf die Verteilung des erwirtschafteten Surplus. Die deutsche Nation weist noch immer ein wesentliches Merkmal auf. Trotz der Globalisierung erfüllt sie ihren historischen Auftrag: soziale Kämpfe können noch immer vom Staat durch Klassenintegration (oder: Interessengruppenintegration) unter dem Banner der Nation gelöst werden. D. h. Deutschland ist noch in der Lage, abweichend von dem sich weltweit ausbreitenden einheitlichen durchschnittlichen Preis für die Arbeitskraft ein nationales Wertgesetz durchzusetzen. Dieser deutsche Lohn schwankt zwischen dem Bedürfnis eine verbesserte Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt zu erreichen (Weltmarktpenetration) und der Notwendigkeit soziale Konflikte zu entschärfen. Die Kontrolle über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft ist neben der Kontrolle über natürliche Ressourcen, lokale Märkte, finanzielle Ströme und die aktuellste Technologie eins der Instrumente um das Programm der kapitalistischen Expansion fortzuführen. Der Nationalstaat tut was er kann, die Surplusempfänger danken es ihm. Auch durch ein Lächeln auf dem Gesicht der Linken, die morgens durch einen günstigen Orangensaft ihren Vitaminbedarf decken.

Nord Süd West Ost

An der Peripherie ist der Versuch es den großen Nationalstaaten nachzumachen gescheitert. Das Scheitern, und die dann folgenden Krisen, haben aber andere Ursachen als die aktuelle Bedrohung für das nationale Wertgesetz in den Zentren. Hier ist es das Vordringen transnationaler Konzerne, die sich weltweit verteilen und durch Produktionsexplosionen das nationale Wertgesetz ins Wanken bringen. Ebenso bedrohlich sind die ausländischen Arbeitskräfte, welche die Botschaft in die Zentren tragen, daß es einen anderen als den deutschen Lohnsatz geben könnte.

Die Peripheriestaaten sind, auch wenn ihre Außenbeziehungen nicht unmittelbar von den Zentralstaaten zum Zweck der autozentrierten Akkumulation geregelt werden, nicht in der Lage ihrerseits die Außenwirtschaft nach ihren Bedürfnissen zu formen oder zumindest zu verhindern von außen geformt zu werden. Sie können kein nationales Wertgesetz mehr durchsetzen. In den Zentren, also auch in Deutschland, bestimmen die sozialen Beziehungen und Auseinandersetzungen über die Frage was und wieviel für wen wie wo und wann produziert werden soll die Dynamik der kapitalistischen Expansion und wegen der schwachen Peripheriestaaten auch die wirtschaftliche Entwicklung in eben diesen Grenzstaaten inklusive der Verteilung des dort produzierten Surplus. Die sozialen Kämpfe in den Peripherien können nur noch in den Zentren entschieden werden, und sie werden dort auch gelöst, mittels Politik oder Krieg. Deutschland hätte auch täglich 50 Millionen Greenbacks über dem Kosovo abwerfen können, wenn dies nicht dem deutschen Wertgesetz geschadet hätte.

Nach der Diskussion ist vor der Diskussion

Die größte Bedrohung für das deutsche Wertgesetz sind neben den transnationalen Konzernen die ausländischen Arbeitskräfte, die aus verständlichen, ökonomischen Gründen in die Zentren kommen. Auch wenn sich manches kinderlose Ehepaar wünschen sollte, irgendjemand möge in Zukunft für ihre jetzt gebildeten Vermögenswerte schuften, und seien es Kanacken, den deutschen Lohn- und Gehaltsempfängern ist dies gar nicht egal. Kohls in Erinnerung bleibender Satz war, daß der Erfolg der europäischen Einigung eine Frage über Krieg und Frieden in Europa sei. Schröder hat es noch nicht ausgesprochen, aber seine Politik läuft darauf hinaus: Das Bündnis für Arbeit wird zur Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa. Zu hoffen ist, dass die Transnationalen das deutsche Wertgesetz endlich brechen.

Quelle: Webjournal)

Wohlfahrtsstaat, Sicherheitsmythen und die Grenze

Grenzcamp als Plattform symbolischer Politik

Folgende fünf Thesen weisen einen Zusammenhang zwischen der neoliberalen Politik des Sozialstaatsabbaus mit dem herrschenden Grenzregime auf. Dieser Konnex soll einen Aspekt der Reichweite des Grenzcamps als Plattform symbolischer Politik darstellen.

1. Der neoliberalistische Wohlfahrtsabbau produziert ein Bedürfnis nach Sicherheitsfiktionen.

Die neoliberal motivierte „Verschlankung" des Wohlfahrtsstaats hat neben realen ökonomischen Folgen auch symbolische. Die Abschaffung bzw. Einschränkung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe und auf Absicherung der materiellen Existenzbedingungen hat tiefe Löcher in die Kontinuitäts- und Sicherheitserwartungen großer Teile der Bevölkerung gerissen. Angst vor gesellschaftlicher Exklusion wird damit zu einer instrumentalisierbaren Ressource.
In Wohlfahrtsgesellschaften gibt es, zumindest gemäß ihrer expliziten Moralökonomie, ein Recht auf ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. Im Zuge des Sozialstaatsabbaus und der begleitenden diskursiven Strategie der Verleumdung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wurde den europäischen Bevölkerungen in unterschiedlicher Schärfe dieses Recht symbolisch und ganz erheblich auch legal aberkannt. Wer heute aus dem Raster fällt, ist auf die Gnade des Staates angewiesen oder muß sich alternative solidarische Netzwerke organisieren. Die massenhaft verbreitete biographische Verunsicherung verleiht Sicherheitsfiktionen Attraktivität.

2. „Sicherheit" ist ein Ersatzangebot des Staates.

Der Staat hat im vergangenen Jahrzehnt ein Ersatzangebot für das massenhafte Bedürfnis nach Sicherheiten bereitgestellt, das freilich durch die Verknappung wohlfahrtsstaatlicher Sicherheiten erst erzeugt wurde. Sogenannte „innere Sicherheit" fungiert als abgespeckte und zugleich pervertierte Form von Bürger- und Menschenrechten. Die Gewährleistung des grundlegenden Rechts, ein „würdiges" Leben führen zu können, wird weiter abgeschafft, um nur noch die blanke körperliche Unversehrtheit anzubieten. Für diesen schlechten Ersatz wird erst dadurch Akzeptanz geschaffen, daß „innere Sicherheit" zum phantasmatischen Bild einer totalen Sicherheit aufgeblasen wird, eine Sicherheit, die jeden Eingriff staatlicher Behörden rechtfertigt. Die These lautet also, daß das Phantasma einer totalen Sicherheit der Bevölkerung als tatsächlich billiger Ersatz für die Möglichkeit eines guten Lebens angeboten wird.

3. Das Konzept Sicherheit ist mythisch verfasst.

Damit dieser Etikettenschwindel nicht auffliegt, wird das neoliberale Sicherheitsversprechen in einen Mythos gekleidet, der allseits bekannte Inhalte transportiert: Das Volk ist gesund, wird aber durch äußere Gefahren durch soziale Erreger bedroht, die das Land zu überschwemmen oder den Volkskörper zu infizieren drohen, womit dann MigrantInnen, Kriminalisierte, Illegalisierte und radikale KritikerInnen gemeint sind. Der Mythos funktioniert, indem der positive Gehalt des Schutzes der körperlichen Unversehrtheit angezapft wird, um den ebenso paranoiden wie politökonomisch motivierten Visionen der Kontrollgesellschaft Attraktivität zu verleihen. Ohne diesen Mythos könnten kontrollgesellschaftliche Repressionsinstrumente wie Schleierfahndung, zero tolerance, der Lauschangriff und abgeschottete Grenzen weniger Begeisterung verbuchen.

4. „Grenze" als Abgrenzung und Ausgrenzung ist Grundlage des Sicherheitsmythos

Das Konzept „Grenze" ist das symbolische Herzstück des Sicherheitsmythos. Die Grenze hält als schützende Hand von oben Gefahren ab oder elimiert sie durch operative Eingriffe. Als symbolisches Konstrukt verstanden impliziert „Grenze" sowohl Abgrenzung nach außen als auch Aus-grenzung als quasi-medizinische Bekämpfung angeblicher eingedrungener Gefahren. Die territoriale Grenze ist symbolisch übercodiert, sie ist zugleich reales Gebiet und Zeichenträger für die Sicherheitsfiktionen. Solange die symbolische Ordnung des Sicherheitsmythos nicht gestört wird, bleibt Rassismus für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung konstitutiv. Der Rassismus ist notwendig zur Stabilisierung ordnungspolitischer Sicherheitsfiktionen und zur Legitimierung einer repressiven politischen Ökonomie. Gerade die Übercodierung, der Sinnüberschuß des Zeichenträgers „Grenze" erlaubt die Destruktion des Mythos, indem seine Historizität und damit seine inneren Widersprüche aufgedeckt werden.

5. Sauberkeit ist eine notwendige Stütze des Sicherheitsmythos.

Der Mythos Sicherheit ist auf die symbolische Sauberkeit seiner rostigen Instrumente angewiesen. Wenn wir aufdecken, wie „dreckig", weil offiziell legal, aber kulturell - hoffentlich - illegitim die Zwangsmassnahmen des Grenzregimes und der allgemeinen Sicherheitspolitik sind, wenn das Bewerkstelligen sogenannter Sicherheit als dreckiges Geschäft beim Namen genannt wird, kann die Glaubwürdigkeit und suggestive Kraft des Sicherheitsmythos unterminiert werden. Gelingt dies, verliert einerseits die Illegalisierung von Menschen die legitimatorische Grundlage, andererseits verlieren Denunziantentum und Sicherheitsdenken gegenüber zivilgesellschaftlicher Solidarität massiv an Attraktivität.

Hack the Borderline!

Boris Traue

Und nicht zuletzt wollen wir hier allen Menschen, die das Camp in irgendeiner Weise organisatorisch., finanziell, ideell oder sonstwie unterstützt haben, stellvertretend für alle danken !!!!!

:-)

Impressum:

Redaktion:
Readergruppe
c/o Infoladen
Koburger Str. 3
04277 Leipzig
il@island.free.de
Fax: 0341 /30 26 503

Dezember 1999

Bestelladresse:
kein mensch ist illegal
c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel: 030 / 693 83 18

V.i.S.d.P.:
G. Müller, Straße des 18. Oktober 20, 04103 Leipzig

Preis:
4 DM

Internetausgabe dieses Readers:

http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/grenzcamp99/

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der /dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Broschüre der /dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der /dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

...und hier noch ein paar Anzeigen:

Piratenradio zum Camp:

Aufzeichnung einer Piratensendung in Berlin. 2 Tapes

Zu bestellen über:

campradio 99
c/o ffm
Kein Mensch ist illegal
Gneisanaustraße 2a
10961 Berlin

Der Bundesgrenzschutz und die deutsche Ostgrenze

Reader der antirassistischen Fahrradtour 1995

Internetausgabe:

http://www.nadir.org/nadir/archiv/Antirassismus/bgs_broschuere/





Offizielle SponsorIn des

AntiGrenzCamps '99

„Kein Mensch ist illegal !"